

# Wer will den Krieg?

Gründe, Hintergründe und Folgen  
**des Ersten Weltkrieges**



Mit Texten von

**Francis Delaisi (1911)**

**Julian Borchardt (1915)**

**der «Arbeiterpolitik» (1918)**

**und Johann Knief (1919)**

## Inhalt

<b>Francis Delaisi: Der kommende Krieg .....</b>	<b>5</b>
Vorwort.....	5
Der kommende Krieg. ....	5
Der Delcassésche Anschlag.....	6
Die käufliche Presse. ....	7
Die Gefahr besteht wirklich. ....	7
Das deutsch-englische Duell.....	8
Geschäftskriege.....	8
Die englische Industrie gegen die deutsche. ....	9
Die Bagdadbahn. ....	10
Der Appell an die Kanonen. ....	10
Einkreisung und Dreadnought-Ära. ....	11
Der Industriekrieg.....	12
Die englischen Manöver.....	13
Deutschlands Ausfallpforten.....	13
Die belgische Neutralität.....	14
Die Frage der Befestigung von Vlissingen.....	15
England braucht unsere Armee. ....	15
Frankreich und Deutschland. ....	17
Gibt es deutsch-französische Streitfragen?.....	18
Das deutsch-französische Syndikat von 1902. ....	19
Der Besuch Eduards VII. ....	19
Die Bemühungen Wilhelms II. ....	20
Das Heil des Deutschen Reiches kann von der Pariser Börse kommen. ....	20
Ein doppelter Krieg würde doppelte Kosten erfordern. ....	21
Die Rolle Frankreichs als Geisel.....	22
Die Neutralität ist für uns möglich.....	23
Der Wahnwitz des wirtschaftlichen Absolutismus.....	24
Die französischen Finanzleute und die elsass-lothringische Frage.....	24
Der Preis des Blutes. ....	24
Wie es gemacht wird. ....	25

Wie es weiter gehen soll.....	26
Die einzige Möglichkeit für den Frieden.....	27
<b>Julian Borchardt: Vor und nach dem 4. August 1914.....</b>	<b>31</b>
Vorwort zur 3. Auflage.....	31
Vorbemerkung zur 4. Auflage.....	33
1. Die Gründe der Reichstagsfraktion.....	34
2. Was tat die Sozialdemokratie für den Frieden?.....	36
3. Wer ist schuld am Kriege?.....	38
4. Die Gründe der Diplomaten.....	40
5. Die Grundlagen des Sozialismus.....	43
6. Zweckmäßigungsgründe.....	46
7. Sozialdemokratie und Patriotismus.....	48
8. Nation und Klasse.....	50
9. Zusammenfassung.....	52
<b>Arbeiterpolitik 21 / 1918: Krieg aus Konkurrenzneid?.....</b>	<b>55</b>
<b>Peter Unruh: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution.....</b>	<b>60</b>
Einleitung.....	61
Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus.....	61
Die Politik der Sozialdemokratie.....	63
Die Politik der Unabhängigen.....	64
Der Militärputsch.....	65
Sozialdemokraten und Unabhängige in der Regierung.....	66
Das Erfurter Programm.....	67
Die Nationalversammlung.....	68
Der Achtsturentag.....	69
Die alte Regierung.....	70
Die Räte.....	70
Treibende Kräfte.....	71
Die proletarische Revolution beginnt.....	73
<b>Literatur.....</b>	<b>74</b>

# Der kommende Krieg

Übersetzung von  
**La Guerre qui vient**  
von  
Francis Delaisi  
erschienen in Paris im Mai 1911

6. bis 10. Tausend

**Preis 20 Pf.**

Berlin 1915 \* Verlag E. S. Mittler & Sohn

# Francis Delaisi: Der kommende Krieg

Übersetzung von  
La Guerre qui vient  
von  
Francis Delaisi  
erschienen in Paris im Mai 1911

Berlin 1915 \* Verlag E. S. Mittler & Sohn

Digitized by the Internet Archive in 2017 with funding from University of Illinois Urbana-Champaign Alternates

[https://archive.org/details/derkommendekrieg00dela\\_0](https://archive.org/details/derkommendekrieg00dela_0)

\* \* \*

## Vorwort.

Im Mai 1911, zu einer Zeit, als Frankreich im Schutze der Abmachungen mit England daranging, das Protektorat über Marokko unter Nichtachtung der in den Jahren 1904 und 1909 eingegangenen Verpflichtungen vorzubereiten, erschien in Paris, im Verlag der Guerre sociale, eine kleine Schrift, „La Guerre qui vient“, die damals wohl kaum beachtet wurde.

Jetzt ist sie wieder ausgegraben worden und erscheint hiermit in deutscher Übertragung. In kurzen Ausführungen bietet sie eine außerordentlich klare Übersicht über die politischen Treibereien und Kräfte, die damals schon nach Ansicht des Verfassers in kürzester Zeit zum Ausbruch eines Weltkrieges führen mussten.

Das Werkchen liest sich wie eine Prophezeiung, so erstaunlich ist die Sicherheit, mit der der Verfasser Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind, vorausgesagt hat. Wenn sich der Verfasser auch in einigen Punkten, wie z.B. in der Abschätzung der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte Deutschlands, getäuscht hat – ein Irrtum, dessen Erkenntnis ihm nur ein Beweis der Friedensliebe Deutschlands sein müsste –, so ist doch seine Einsicht in die sich vorbereitende Weltkatastrophe so überraschend, dass seine Schrift als ein außerordentlicher Beitrag für die Beurteilung der wahren Kriegsursachen anzusehen sein dürfte.

## Der kommende Krieg.

Scheint es nicht Unsinn, von einem Krieg von morgen zu sprechen, von einem Krieg, der vielleicht möglich ist, der kommen kann?

Man hat sich doch so lange in pazifistischen Träumereien wiegen lassen! Man hat sich so häufig die Macht der Demokratien und der Parlamente vergegenwärtigt, die die kriegerischen Ambitionen der Regierungen zügeln müssten; man hat sich so daran gewöhnt, auf das Friedensbedürfnis der großen Masse zu vertrauen!

Sicher ist, wenn es nur nach dem Gefühl des einfachen Volkes in allen Staaten ginge, dann gäbe es nichts zu befürchten.

Es ist klar, dass das deutsche Proletariat kein Verlangen hat, sich auf das unsere zu stürzen, dass die große Menge des englischen Volkes nur wünscht, in Ruhe auf dem Feld, in den Magazinen und Werkstätten zu arbeiten. Und auch die Franzosen, seien sie Arbeiter oder Bauern, Proletarier oder Bürger, internationale Sozialisten oder radikale Patrioten, haben nur einen Wunsch: den Frieden.

Es müsste also alles gut gehen, und wir könnten ganz ruhig sein, wenn die Völker wirklich die Herren ihrer Geschicke wären.

Nun ist aber unglücklicherweise kein Volk Herr über seine auswärtige Politik.

Deren Ausübung ist die ausschließliche Domäne der kleinen Zahl von Staatsbeamten, die man Diplomaten heißt. Diese äußerst soignierten Leute rekrutieren sich überall, auch in unserer Republik, aus dem Briefadel oder aus dem Geldadel, und sie alle sind ganz in Händen der Finanz oder der Industrie und arbeiten nur für deren auswärtige Anleihen und Aufträge. Ein Botschafter ist heutzutage mitsamt seinem gestickten Rock nichts anderes mehr als ein Agent der Banken oder der großen Handelshäuser.

Man wird einwerfen, über den Botschaftern stünde der Minister des Auswärtigen als ihr Chef, und er wäre den Volksvertretungen verantwortlich.

Was ist es aber mit dieser Verantwortlichkeit? Wenn ein Abgeordneter eine Frage über irgendeine auswärtige Angelegenheit stellt, dann antwortet die Regierung immer wieder mit denselben unbestimmten und feierlichen Erklärungen über Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens und über das europäische Gleichgewicht. Und wenn genauere Auskunft verlangt wird weiß man die Antwort schon im Voraus: es handelt sich um diplomatische Geheimnisse.

Dank diesem System wissen weder die Völker noch die Parlamente etwas. Und ohne dass sie es ahnen, können sie durch ein paar Menschen in die schwersten Konflikt gebracht und in Kriege verwickelt werden.

## Der Delcassésche Anschlag.

So war es im Jahre 1905, als Delcassé seit zehn Jahren ununterbrochen die äußere Politik Frankreich leitete. Er hatte sich so gut das Vertrauen der Kammer zu erwerben verstanden, dass diese ohne Diskussion auch seine Erklärungen billigte. Darüber war der kleine Mann so stolz geworden, dass er sich nicht einmal mehr mit seinen Kollegen, den anderen Ministern, beriet.

Er war es, der in den Jahren 1904 und 1905 in Übereinstimmung mit dem englischen Kabinett und ohne jemand davon zu unterrichten, es unternommen hat, Deutschland „einzukreisen“. Er versuchte Italien vom Dreibund abzusprenge, unterhandelte in Petersburg intrigierte in Konstantinopel und legte es darauf an, das isolierte Deutschland durch England mit Frankreichs Unterstützung vernichten zu lassen.

Es dauerte nicht lange, bis Wilhelm II. die Sache merkte und ohne sich viel zu besinnen, durch seinen Botschafter eine Art Ultimatum überreichen ließ.

Man erinnert sich noch der Erregung und Überraschung, die damals das ganze Land erfasste. Eines Morgens im Juni erschienen alle Zeitungen mit Grenzkarten auf der ersten Seite: auf beiden Seiten der Grenze sah man die deutschen und die französischen Armeekorps als kleine schwarze Karrees abgebildet. Und jedermann konnte sich fragen, ob er nun nicht sofort sein Gewehr zu nehmen hatte, um sich in den Vogesen gefälligst den Schädel einschlagen zu lassen.

In der Kammer gab's eine Stunde wirklicher Kopflosigkeit. Die Abgeordneten begriffen, dass all dem irgendeine unbekannte Machination zugrunde lag, denn letzten Endes waren sie alle doch von der geringen Bedeutung der ganzen Marokko-Angelegenheit überzeugt. Man wollte sofort Rouvier interpellieren und das Ministerium stürzen.

Aber, das muss gesagt werden, am meisten erstaunt war Rouvier selber. Er verlangte sofort Aufklärung von Delcassé.

Es fand dann im Elysee ein denkwürdiger Ministerrat statt. Während zweier Stunden setzte damals der kleine Mensch seinen überraschten Kollegen seine Intrigen auseinander und drang schließlich kalten Bluts auf die Fortsetzung seiner Politik „der Einkreisung“, auf eine Militärallianz mit England und auf den Krieg gegen Deutschland.

Die einmütige Antwort des Kabinetts war die Entfernung des gefährlichen Menschen, und die Beziehungen zu Berlin wurden allmählich wieder normal.

Darum ist es doch nicht weniger wahr, dass ein einziger Mensch imstande war, ohne jemand zu fragen, eine Politik zu betreiben, die Millionen von Existenzen gefährden musste, dass er ein ganzes Volk wider seinen Willen, unter Missachtung der Absichten der Kammer und des Kabinetts, beinahe in einen Krieg stürzen konnte. Man sieht daraus, wie wenig selbst unter einem demokratischen Regime ein Volk Herr seines Geschickes ist!

## Die käufliche Presse.

Wenn man nun meint, dass die Zeitungen auf die Gefahr hätten aufmerksam machen können, so muss man sich vergegenwärtigen, wie die Presse zurechtgemacht wird. Vor allem sind alle Telegramme der Agence Havas, von der die Zeitungen ihre wichtigsten Nachrichten beziehen, aufs sorgfältigste im Ministerium des Äußeren gesiebt. Dadurch werden sie so nichtssagend, dass die paar großen Zeitungen, die die auswärtige Politik verfolgen, sich fremder Depeschen-Agenturen bedienen müssen. Der „Matin“ erhält die Telegramme der „Times“, des „Echo de Paris“, die des „Daily Telegraph“ usw. Alle aber versorgen sich mit Informationen nur aus den englischen Agenturen, so dass man in Frankreich nichts anderes zu hören bekommt, als was in England gemacht wird.

Was aber die eigenen Artikel und die Kommentare der Zeitungen zu den telegraphischen Nachrichten anlangt, so geht das so zu: Im Ministerium des Äußeren gibt es ein „Presse-Bureau“. Dort empfängt jeden Tag ein sehr liebenswürdiger Beamter die Journalisten. Äußerst höflich setzt er ihnen auseinander, was sie über alle Angelegenheiten der äußeren Politik zu denken haben.

Natürlich erzählt er ihnen nichts, was nicht den Ansichten des Ministers entspricht. Alle Zeitungen wiederholen das dann brav am nächsten Morgen, und die große Masse glaubt, was man ihr dergestalt vorbetet, da sie keine andere Möglichkeit zur Information besitzt.

Man kann danach beurteilen, wie wenig die Öffentlichkeit wirklich informiert wird. Dank diesem Vorgehen brach der russisch-japanische Krieg gerade zu einem Zeitpunkt aus, als die Zeitungen seine Unmöglichkeit verkündeten; aus demselben Grunde hat jedermann die Marokko-Angelegenheit so lange für unwichtig gehalten, bis sie uns beinahe an den Rand des Krieges gebracht hatte.

Man sieht, unsere ganze auswärtige Politik entzieht sich jeder Kontrolle, der öffentlichen Meinung sowohl wie der des Parlaments; sie entzieht sich manchmal sogar der Kontrolle der Regierung. In unserer nebelhaften Demokratie ist es durchaus möglich, dass ein einzelner Mann oder eine kleine Koterie von Finanz- und Geschäftsleuten es fertigbringt, einen Krieg zu entfesseln und unser Vaterland in die gefährlichsten Abenteuer zu stürzen.

## Die Gefahr besteht wirklich.

Es handelt sich hier nicht nur um ferne Möglichkeiten. Gerade jetzt beginnt die alte Intrige Delcassés von neuem; man ist daran, den Streich von 1905 zu wiederholen:

Ein furchtbarer Krieg zwischen England und Deutschland bereitet sich vor. Überall in der ganzen Welt messen sich die beiden Gegner und bedrohen sich. Die Verhandlungen wegen der Bagdadbahn und die Frage der Befestigungen von Vlissingen zeigten erst kürzlich, wie sehr sich die Krise schon zugespitzt hat.

Nun haben aber beide Mächte, um den Kampf zu gutem Ende zu führen, die Hilfe Frankreichs nötig. Deutschland, das keine genügenden Kapitalien hat, braucht unser Geld, England, dem die allgemeine Dienstpflicht fehlt, braucht unsere Armee.

Unsere Regierung wäre also in gewisser Beziehung Herr der Situation; sie brauchte nur Wilhelm II. unser Gold und Georg V. unsere Soldaten zu verweigern, und der Friede wäre so gut wie gesichert.

Aber gerade jetzt verhandelt Cruppi über eine Militärkonvention mit England!

Kommt es zur Unterzeichnung, so ergibt sich für uns daraus die Verpflichtung, uns auf den belgischen Ebenen die Schädel einschlagen zu lassen, um den Londonern den Besitz von Antwerpen zu sichern. Damit sind wir aber auch sofort allen Schrecken einer deutschen Invasion ausgesetzt.

Und es ereignet sich das Ungeheuerliche: Alle fremden Zeitungen sind voll von der neuen Militärkonvention. Alle großen französischen Blätter bringen die Kommentare der ausländischen Presse. Nicht eines hat gewagt zu behaupten, dass die Information unrichtig sei! Aber in Frankreich sagt niemand etwas dazu. Kein Abgeordneter erhebt sich von seinem Sitz, um von der Regierung ein Dementi oder eine Aufklärung zu fordern. Nicht ein einziger von den Sozialistenführern hat auch nur den Mut gefunden, angesichts so schwerwiegender Behauptungen, den Minister des Äußeren zu interpellieren.

Von einer einzigen Seite ist die Gefahr verkündet worden. Der Delegierte auf dem letzten internationalen Kongress für Metallurgie, Herr Merrheim von der Compagnie generale transatlantique, der mit eigenen Augen beobachten konnte, wie sehr sich der englisch-deutsche Konflikt zugespitzt hat, hat nach seiner Rückkehr von Birmingham in der „Vie Ouvrière“ darauf aufmerksam gemacht; aber niemand hat sich darum gekümmert.

## Das deutsch-englische Duell.

Und nun ist Delcassé wieder zur Macht gelangt! Der Mensch, der ohne die öffentliche Meinung, ohne das Parlament, ja ohne selbst seine eigenen Kollegen zu befragen, im Jahre 1905 uns beinahe in einen Krieg gestürzt hat, übernimmt wieder die Leitung unserer auswärtigen Politik. Denn niemand in Europa täuscht sich darüber, dass Herr Cruppi am Quai d'Orsay nur ein Strohmann ist, während andererseits Delcassé als Marineminister nunmehr leichtes Spiel hat, die Militärkonvention zu schließen, die uns an England binden muss.

Vielleicht schon in einigen Wochen werden unsere Finanzleute ihren Londoner Kollegen das Leben von 100000 Franzosen für einige türkische oder äthiopische Eisenbahnkonzessionen verschachert haben.

Darum ist jetzt für alle, die sich nicht wie eine Ware verkaufen und verraten lassen wollen, der Moment gekommen, die Augen zu öffnen und mit kühlem Blick die politische Lage in Europa zu betrachten, um die gefährliche Intrige zu erkennen, in die uns unsere Finanzhüuptlinge verwickeln wollen.

## Geschäftskriege.

In früheren Zeiten, als die Staaten noch hauptsächlich Bauernbevölkerung hatten, und ihre Oberhäupter naturgemäß eine Agrarpolitik betrieben, war das Ziel aller Völker, ihren Landbesitz zu vergrößern, Nachbargebiet an sich zu bringen. Darum waren ihre Konflikte Grenzkonflikte und

ihre Kriege Annexions- und Eroberungskriege: der siegreiche Napoleon bemächtigte sich Belgien, der siegreiche Bismarck nahm Elsass-Lothringen usw.

Wie anders heute! Die großen europäischen Nationen werden von Geschäftsleuten beherrscht, von Bankiers, Industriellen, Exporteuren. Ihr Ziel ist überall nach Absatz für ihre Schienen, Baumwollwaren, ihre Kapitalien zu suchen. Was man sich in der ganzen Welt streitig macht, das sind Eisenbahnaufträge, Anleihen, Minenkonzessionen! Und wenn zufällig zwei rivalisierende Gruppen sich über die Ausbeutung eines neuen Landes nicht verständigen können, dann greifen beide zur Ultima Ratio der Waffen. So war es, als 1895 die Japaner mit den Chinesen um die Ausbeutung von Korea, 1898, als die Amerikaner mit den Spaniern wegen Cuba aneinandergerieten, 1899, als die Engländer die Buren überfielen wegen der Minen in Transvaal, 1900, als ganz Europa die Chinesen bekriegte, um ihnen seine Eisenbahnen aufzunötigen, und schließlich 1904, als sich Japaner und Russen während 18 Monaten massakrierten, um zu entscheiden, wer das Recht haben sollte, die Mandschurei auszubeuten.

Fünf Kriege in zehn Jahren, das ist ein Triumph des Pazifismus. Alle diese blutigen Kriege brachten den Siegern keinerlei eigentlichen Gebietszuwachs: die Mandschurei gehört noch immer zu China, China hat seine Selbständigkeit bewahrt, Südafrika bildet einen politisch autonomen Staat und Cuba ist eine unabhängige Republik. Aber die Eisenbahnen dieser Länder, ihre Anleihen, ihre Zolltarife bilden die Beute der Eroberer. Unsere großen Geldoligarchien von heutzutage suchen keine Untertanen mehr, sondern Kunden; nicht vaterländische Kriege führen sie, wie sie früher Mode waren. Sie sind Geschäftsleute, und die Kriege, die sie führen, sind Geschäftskriege.

## Die englische Industrie gegen die deutsche.

Jetzt aber bereitet sich ein Konflikt vor, gegen dessen Folgen das furchtbare Blutbad des russisch-japanischen Krieges nur Kinderspiel war. Auf der ganzen Welt bekämpft das englische Kapital das deutsche. Kein anderes Ende dieses Kampfes lässt sich absehen als der Krieg – es sei denn, dass die Arbeiterklasse in beiden Ländern sich dagegen auflehnt.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts war England ohne Widerspruch Herr der industriellen Welt. Es hieß von ihm: „Ein Stahlklotz auf einen Kohlenklotz getürmt!“ Es hatte in Fülle das Eisen, woraus man Maschinen macht und die Kohlen, um sie zu betreiben. So konnte es von allen anderen Nationen eine unvergleichliche industrielle Entwicklung nehmen, und seine Insellage begünstigte die Schaffung einer überlegenen Seemacht. So kam es, dass während eines Jahrhunderts die Webereien von Manchester und die Metallfabriken von Birmingham ihre Erzeugnisse über die ganze Welt verbreiten und ohne besondere Anstrengungen gewaltigen Gewinn aufhäufen konnten.

Einzig Frankreich machte England noch eine schwächliche Konkurrenz; aus dieser Zeit stammt das Wort vom „perfiden Albion“, das unsere Kapitalisten geprägt haben, um den Hass gegen England zu predigen. Und schließlich verzichtete im Jahre 1898 gelegentlich des Faschoda-Zwischenfalls Frankreich, oder richtiger gesagt die Frankreich beherrschende Oligarchie, auf jeden weiteren Anspruch als Großmacht: England konnte sich als unbestrittenen Herrscher über die Weltmärkte ansehen.

Da trat wider alles Erwarten ein neuer Bewerber auf den Plan! Bis zum Jahre 1870 war Deutschland fast ausschließlich Agrarstaat gewesen. Sein Boden war jedoch nicht sehr ertragreich, und jedes Jahr wanderten gegen 300 000 Deutsche nach Amerika aus und gingen so der Heimat verloren. Darin trat nach dem Kriege allmählich eine Wandlung ein. Unsere Chauvinisten haben sich immer bemüht, uns Bismarck als einen Kerl hinzustellen, der von früh bis spät nur über dem einen Gedanken brütete, wie er seine Ulanen wieder auf Frankreich loslassen könnte. In Wirklichkeit hatte er nur das eine Bestreben: Die Deutschen nach dem englischen Vorbild zu einem Industrievolk zu machen.

Am Rhein, in Westfalen, Sachsen, Schlesien entstanden allmählich Hochöfen, Stahlwerke und Eisengießereien. Millionen von Spindeln begannen sich in den Spinnereien zu drehen, und große Webereien, chemische Fabriken und Schiffswerften wuchsen, wie durch Zauberhand geschaffen, aus dem Boden. Neue Eisenbahnen wurden gebaut und die Flüsse kanalisiert. Die Häfen wurden mit allen Anlagen glänzend ausgestattet, große Werkstätten schlossen sich an, und bald entstand eine immer mächtigere Handelsflotte, die die deutsche Flagge und deutsche Waren in alle Erdteile trug.

Nun begann man in England unruhig zu werden. Anfangs hatte man mit verächtlichem Lächeln auf die Bemühungen der ungeschickten Deutschen geblickt, die englische Industrie nachzumachen. Man versicherte und glaubte, die Deutschen brächten nur Schund zustande. Aber dieser sogenannte Schund eroberte bald die englischen Märkte selbst. Um sich seiner zu erwehren, veranlasste man ein Gesetz, dass alle Waren deutscher Herkunft die Marke „Made in Germany“ tragen mussten. Man hoffte so die Erzeugnisse des Rivalen in Misskredit bringen zu können!

Wie groß aber war das Erstaunen, als man entdeckte, dass eine beträchtliche Anzahl ausgezeichneter Fabrikate, die früher für englische gehalten worden waren, geradewegs aus Westfalen, Sachsen und Schlesien stammten. Die geschickten Deutschen arbeiteten besser und billiger als die Engländer. Und anstatt sie zu diskreditieren, hatte man für sie noch die erfolgreichste Reklame gemacht. In allen englischen Fabrikantenkreisen herrschte furchtbare Wut.

Dazu kamen aus allen Teilen der Erde von den zur Überwachung des internationalen Handels bestellten englischen Konsuln beunruhigende Berichte. Überall stellten sie die Anwesenheit und Geschäftigkeit deutscher Geschäftsreisender, deutscher Ingenieure und deutscher Unternehmer fest, die sich Aufträge, Konzessionen und Anleihen sicherten. Und überall verlangsamte sich der Fortschritt des englischen Handels, während der deutsche reißend zunahm.

## Die Bagdadbahn.

Natürlich fanden all diese Bemühungen deutscher Kaufleute und Bankiers möglichst weitgehende Unterstützung der deutschen Diplomatie. Überall arbeiteten die Botschafter und Gesandten, um Konzessionen und Aufträge für ihre Industrie zu erhalten. Kolonien in Afrika wurden gegründet, Eisenbahnen durch China wurden gebaut, Minen in Chile wurden ausgebeutet usw.

Vor allem suchte sich deutsche Unternehmungslust in der Türkei zu betätigen. Im Jahre 1903 erhielt Wilhelm II. vom Sultan Abdul Hamid die Konzession zum Bau der Bagdadbahn, von der gerade jetzt wieder so viel die Rede ist. Es handelt sich dabei um einen Schienenstrang von 2800 km Länge, von Konstantinopel bis zum Persischen Golf, ein Unternehmen von einer Milliarde in Wert! Man kann sich leicht ausrechnen, welche ungeheuren Gewinne dabei in die Taschen der deutschen Bankiers und der deutschen Industriellen fließen müssen!

Nun sollte aber dieser deutsche Schienenstrang in Mesopotamien enden, in einem Gebiet, das die Engländer als ihren Interessen reserviert ansahen. Außerdem konnten durch diese Bahn türkische Truppen in kürzester Zeit in bedenkliche Nähe von Indien kommen und so die englische Herrschaft dort bedrohen.

## Der Appell an die Kanonen.

Jetzt bekam man in England wirkliche Besorgnis, und das anfängliche Erstaunen der englischen Fabrikanten über den neuen Nebenbuhler hatte sich rasch in Unruhe und Wut verwandelt.

In der Tat wird heute überall auf der Erde, im Balkan, in der Türkei, in Persien, China, Zentralamerika, in Brasilien, Argentinien und Chile ein stiller, aber erbitterter Kampf ausgefochten zwischen englischen und deutschen Großbanken, zwischen englischen und deutschen Großkaufleuten und zwischen der englischen und deutschen Schwerindustrie.

Um wenigstens den kolonialen Handel einigermaßen zu sichern, suchte Chamberlain, der Führer der Birminghamer Metallindustrie, auch für Großbritannien das Schutzzoll-System einzuführen, aber die englischen Arbeiter widersetzten sich dem Projekt, das ihnen ihre Lebenshaltung verteuert hätte.

Unter diesen Umständen sahen die englischen Kapitalisten nur noch eine Möglichkeit, um mit diesem unerwarteten Rivalen fertig zu werden, der die englische Handelsüberhoheit überall bedrohte. Da es anscheinend nicht mehr mit friedlichen Mitteln gelingen will, den Konkurrenten zurückzudrängen, müssen die Dreadnoughts helfen, es bleibt nur mehr der Appell an die Kanonen. Mit den Vorbereitungen dazu hat sich dann die englische Regierung in großartiger Konsequenz unverzüglich beschäftigt. So sehen wir, wie in unseren kapitalistischen Zeiten es der Wettkampf zwischen rivalisierenden Finanzgruppen ist, der die Völker zum Kriege bringt.

## Einkreisung und Dreadnought-Ära.

England, das sich im industriellen Wettkampf geschlagen fühlte, traf für die Entscheidung mit den Waffen Vorbereitungen nach zweierlei Richtung.

Erstens trachtete man durch ein System von Ententen und Bündnissen Deutschland einzukreisen, suchte es für den Tag der Entscheidung in Europa so zu isolieren, dass es von keiner Seite auf militärische oder finanzielle Unterstützung zählen könnte. Deshalb näherte sich Eduard VII. im Jahre 1903 wieder Frankreich und legte durch die Überlassung von Marokko an Frankreich den Grund zur Entente cordiale. Bald darauf söhnte er sich vermittels einiger Konzessionen in Persien und auf dem Balkan auch mit dem russischen Zaren aus, suchte er Italien vom Dreibund abzusprenge und in Ungarn den traditionellen Hass gegen Deutschland aufzustacheln, sogar die Jungtürken wurden durch Geld und Ratschläge dahingebacht, die Herrschaft von Abdul Hamid zu stürzen, dessen Freundschaft mit Wilhelm II. zu bedenklich geworden war. So sah man den Tag herannahen, an dem Deutschland, von feindlichen Mächten umgeben, dem furchtbaren Gegner allein gegenüberstand.

Zweitens begann man zur selben Zeit in London mit gewaltigen Rüstungen. Man fing an, die ersten Dreadnoughts zu bauen, gewaltige Schiffe von 18 bis 20, ja 22 Tausend Tonnen, mit Panzertürmen, aus denen 34 cm-Geschütze ungeheure Melinitgeschosse bis zu 9000 m weit zu schleudern vermögen! Außerdem wurden fast alle schweren englischen Panzergeschwader in den Heimathäfen konzentriert, um in der Nordsee gegen Deutschland desto rascher zur Hand zu sein. Die öffentliche Meinung in England wurde durch gewaltige Flottenparaden stimuliert und durch die Erregung des nationalen Stolzes dahin gebracht, die enormen Kosten der neuen Flottenprogramme ohne Murren hinzunehmen. Schließlich ließ man aus allen englischen Kolonien und Siedlungen Journalisten und Minister kommen, um ihnen darzulegen, dass die englische Vorherrschaft in der Welt bedroht sei, und um sie darauf vorzubereiten, dass auch die Kolonien an den Kosten der neuen Rüstungen teilzunehmen hätten. Alle Kräfte des englischen Weltreiches in den fünf Kontinenten sind heutzutage in ungeheurem Aufwand für den Krieg gerüstet.

Dieser schweren Bedrohung gegenüber blieb Deutschland natürlich auch nicht untätig. 30 Jahre hindurch glaubte man dort, nur von Frankreich oder Russland drohe Gefahr; man hatte sich deshalb begnügt, nur immer die Armee zu verstärken.

Nun kam mit einem Male der Alarmruf vom Kaiser. Von ihm stammte das Wort: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Und bald darauf kam das neue Flottenprogramm, das anfänglich vom Parlament noch nicht verstanden und zurückgewiesen wurde; aber bald begriffen infolge der einsetzenden Propaganda des Flottenvereins Kaufleute, Industrielle und Bankiers die drohende englische Gefahr. Nun folgte Flottenprogramm auf Flottenprogramm, den Dreadnoughts folgten Über-Dreadnoughts und eine fieberhafte Tätigkeit entfaltete sich auf den Werften in Bremen,

Hamburg, Kiel, Stettin. Im Jahre 1914, wenn die Programme durchgeführt sein werden, wird England 30, Deutschland 26 Dreadnoughts besitzen. Die Kräfte sind also ungefähr gleich.

## Der Industriekrieg.

Um diesen Krieg zu verstehen, muss man sich von hergebrachten Vorstellungen befreien, denn es handelt sich ja nicht darum, dass England mit 100000 Mann in Deutschland einfällt. Andererseits handelt es sich auch für Deutschland nicht darum, ein Landungskorps nach England zu werfen. Angesichts der modernen Flotten wäre das so gut wie unmöglich, und es würde auch zu gar nichts führen. Man will ja gar keine Annexionen oder Eroberungen in diesem Handelskrieg machen. Deshalb wird man wieder auf die alten Gebräuche der Piraterie und der Kontinentalsperre zurückkommen.

Was England will, ist die deutsche Industrie vernichten, und dafür ist das beste Mittel, ihm seine Rohstoffzufuhr abzuschneiden und seine Ausfuhrhäfen zu sperren. Das erscheint gar nicht unausführbar. Die großen Werke am Rhein, in Sachsen, in Schlesien, all diese Eisengießereien, Spinnereien und Webereien, die den Herren in Birmingham und Manchester eine so fürchterliche Konkurrenz gemacht haben, was verarbeiten sie denn? Eisen aus Spanien und Schweden, Baumwolle aus Amerika oder Ägypten, Wolle vom Kap, von Australien und Argentinien. Und all diese unersetzlichen Rohstoffe kommen übers Meer, vor allem über die Häfen von Bremen und Hamburg.

Ebenso steht es mit den deutschen Exportprodukten Eisenwaren, Lokomotiven, Maschinen, Baumwollwaren und Gewebe, alles Waren, die dem englischen Handel in der Türkei, in Afrika, in Nord- und Südamerika, in China und Japan eine so empfindliche Konkurrenz machen: Der größte Teil dieses deutschen Exports geht übers Meer, und zwar auch wieder über die beiden Häfen Hamburg und Bremen.

Nun denke man sich diese beiden Häfen und ihre Nachbarhäfen durch eine englische Flotte blockiert, und man kann sich vorstellen, dass sofort Eisenerze, Baumwolle und Wolle für all die Fabriken ausbleiben werden. Was noch fabriziert wird, kann nicht mehr exportiert werden und häuft sich in den Lagerhäusern an; Geld geht nicht mehr ein und die Dividenden sind gleich Null: der Zusammenbruch beginnt. Getreide und Fleisch, die in Menge aus Amerika importiert werden, können nicht mehr herein, der Preis der Kolonialwaren steigt; Elend und Not werden allmählich immer mehr auf dem ganzen Volk lasten.

Wohl wird die Industrie Export und Import auf dem Landweg versuchen, über neutrale Bahnen und neutrale Häfen, über Dünkirchen, Genua, Triest. Aber man muss bedenken, dass dabei der Transport unendlich viel teurer wird und dass dadurch die deutsche Industrie während des Krieges in ihrer Leistungsfähigkeit schwer beeinträchtigt sein wird. Wenn man nun von der Annahme ausgeht, dass die englische Schifffahrt – wie dies höchst wahrscheinlich ist – nicht in erheblichem Maße wird behelligt werden können, so werden während dieser Zeit die englischen Waren allmählich wieder ihre Vorherrschaft auf der ganzen Erde wiedergewinnen. Außerdem wird die englische Regierung die ihr günstige militärische Situation dafür ausnützen können, um mit den verschiedenen Ländern Verträge und Zollabkommen zu schließen, um Lieferungen abzuschließen, sich Konzessionen zu sichern und sich überall abgeschlossene Interessensphären schaffen gleich Marokko oder Ägypten.

Wenn dann der Krieg zu Ende ist, wird die deutsche Industrie alle Plätze besetzt finden und für ein Jahrhundert vielleicht wieder zurückgeschleudert sein.

Die Absperrung der Nordseehäfen ist solchermaßen das Ziel des Zukunftskrieges.

## Die englischen Manöver.

Man sage nicht, das sind Hypothesen, gut ausgedacht vielleicht und wahrscheinlich, aber eben doch Hypothesen!

Was war denn vor zwei Jahren das Thema der großen englischen Flottenmanöver? Die Wegnahme von Handelsschiffen auf der Fahrt zwischen Spanien und Irland.

Auf dieser ausgedehnten Linie hatte die Admiralität eine Menge von Panzern und Kreuzern verteilt, um den Eingang in den Ärmelkanal zu verschließen. Und alle englischen Handelsschiffe, die des Wegs kamen - im Kriegsfall wären es natürlich deutsche gewesen - wurden angehalten und gekapert.

Ähnlich war das Thema der Manöver vor einem Jahre, das den Fall setzte, eine feindliche Flotte im Atlantischen Ozean und eine in der Nordsee sollten durch eine englische Flotte im Kanal an der Vereinigung gehindert werden. Es ist bekannt, dass es trotz einer äußerst genauen Überwachung dem von Bremen kommenden Geschwader, das die deutsche Flotte darstellte, gelang, durch den Kanal und die Straße von Calais durchzubrechen.

Ganz England erzitterte damals vor Angst und die Folge war dann die Bewilligung von vier weiteren Panzerschiffen!

Nach Ansicht der englischen Admiralität selber ist also das Ziel des nächsten Krieges: Die Versiegelung der Nordseehäfen und die Vernichtung der deutschen Handelsflotte, um so die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie und deren Export unmöglich zu machen.

Es würde sich also um eine Art Kontinentalsperre handeln wie zu Zeiten des großen Kampfes zwischen Napoleon I. und England.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird man auch die Rolle verstehen, die Frankreich in diesem Kampf bis aufs Messer spielen soll. Um die deutsche Industrie gewaltsam zu vernichten, braucht England ihr nur die Rohstoffzufuhr absperren und ihre Ausfuhrhäfen durch Blockade schließen.

Nehmen wir an, dass das Londoner Kabinett sich dazu endgültig entschlossen hat. Es würde dann in einer dunklen Nacht ohne weitere Ankündigung - heutzutage fängt man Kriege an, indem man die Feindseligkeiten beginnt und dann erst den Krieg erklärt - ein englisches Geschwader durch die Nordsee nach der Elbmündung kommen und dort alle von Hamburg kommenden Schiffe abfangen. Ein anderes Geschwader würde an der Wesermündung den Schiffen von Bremen den Weg verriegeln. Zur selben Zeit würde ein Kreuzergeschwader im Kanal und eines zwischen Schottland und Norwegen Wache halten und nacheinander alle Handelsschiffe auf der Fahrt nach Deutschland abfangen.

Die Industrie des Feindes wäre blockiert.

Und damit wäre also alles verloren und der stolze Kaiser müsste sich etwa ergeben? Man wird sehen, dass das doch nicht ganz der Fall sein braucht.

## Deutschlands Ausfallpforten.

Bis jetzt haben wir nur von Hamburg und Bremen gesprochen, als den einzigen Häfen, durch die die deutsche Industrie sich mit Rohstoffen versorgen könnte. Das ist nicht ganz richtig. Es gibt noch zwei andere Häfen, die für das wirtschaftliche Leben Deutschlands ebenso wichtig sind; das sind Rotterdam und vor allem Antwerpen.

Das nicht weit von der Rheinmündung gelegene Rotterdam ist der Hafen für Tausende von Schiffen, die den Rhein hinauf der ganzen rheinischen und westfälischen Industrie ihre Rohstoffe bringen.

Auch von Antwerpen an dem breiten Unterlauf der Schelde ist der Weg nach Essen viel kürzer als nach Bremen. Von Antwerpen aus erhält die rheinische Industrie auf belgischen Bahnen und belgischen Schiffen einen großen Teil ihres Rohstoffbedarfs. Und über Antwerpen exportiert sie den größten Teil ihrer Erzeugnisse.

So sind Rotterdam und Antwerpen zu zwei großen Zwischenstationen für die deutsche Industrie geworden; sie sind wirtschaftlich betrachtet zwei deutsche Städte. Politisch aber gehören sie zu fremden Staaten, Rotterdam ist holländisch und Antwerpen belgisch.

Das ist ein Moment von ungeheurer Tragweite.

Was wird nämlich Deutschland gleich mit Kriegsausbruch tun? All seine Schiffe, die sich zu dieser Zeit in fremden Häfen befinden, werden sich entnationalisieren und werden sich unter neutraler Flagge ruhig nach Rotterdam oder Antwerpen begeben. Die englischen Kriegsschiffe können gar nichts dagegen tun, da es sich ja um neutrale Schiffe handelt, die nach neutralen Häfen gehen.

An den Quais von Antwerpen werden diese Schiffe ihre Waren ausladen, die dann auf den belgischen Wasserstraßen das deutsche Industriegebiet erreichen werden. Ebenso werden sie die Erzeugnisse der deutschen Industrie aufnehmen und sie in Seelenruhe an den Geschützen der englischen Schiffe vorbei transportieren, ohne dass diese etwas dagegen tun können; denn es sind ja der Theorie nach belgische Waren, die da auf belgischen Schiffen exportiert werden.

Die internationale Bedeutung der beiden Häfen wird nunmehr verständlich sein. Antwerpen und Rotterdam sind die Ausfallpforten der Festung Deutschland, durch die sie mit dem Ausland weiter in Verkehr bleiben kann. Solange sie offenbleiben, mag England ruhig Bremen und Hamburg blockieren. Die englischen Dreadnoughts mögen das Meer beherrschen, alle englischen Bemühungen werden umsonst sein. England wird zusehen müssen, wie vor den Mündungen seiner Geschütze die deutsche Industrie sich mit Rohstoffen versorgt und nach wie vor ihre Produkte über die ganze Welt ausbreitet.

Aus diesem Grunde wird der Kaiser mit aller Macht darauf sehen, dass die Häfen Rotterdam und Antwerpen geöffnet bleiben. Und aus demselben Grunde wird die Regierung Georgs V. ebenfalls mit aller Macht darauf ausgehen, sie zu schließen.

## Die belgische Neutralität.

Bei Rotterdam wird das erstere vielleicht gar nicht so schwer sein. Holland ist schon seit langem in den Bannkreis der deutschen Politik gezogen. Fast sein ganzer Handel ist auf Deutschland orientiert; seine Eisenbahnen stehen unter der Kontrolle von Berlin und seine Regierung folgt gern den Inspirationen Wilhelms II.

Im Falle eines Konflikts werden wahrscheinlich alle befestigten Plätze und die Häfen Hollands vom ersten Augenblick an durch preußische Truppen besetzt sein, ohne Rücksicht auf Hollands Einwilligung. England könnte allerdings dann das Land als kriegführende Macht behandeln und den Versuch machen, sich durch Waffengewalt in den Besitz Rotterdams zu setzen.

Bei Antwerpen ist es aber anders. Belgien ist, wie bekannt, ein neutrales Land. Durch feierlichen Vertrag haben sich alle angrenzenden Mächte verpflichtet, im Kriegsfall sein Gebiet zu respektieren. Sollte eine Macht nur den Versuch machen, mit ihren Truppen durch belgisches Gebiet zu marschieren, so sind schon die anderen garantierenden Mächte verpflichtet, den Versuch mit Waffengewalt zu hindern.

Hier liegt die große Schwierigkeit für England. Denn wenn es Antwerpens Hafen schließen will, müsste es unter Vertragsbruch in Belgien eindringen und würde sich so einen europäischen Krieg zuziehen.

Nun gibt es aber doch eine Möglichkeit, diese Schwierigkeit zu beheben. Antwerpen liegt nämlich nicht am Meer; es ist wie Rouen, Nantes oder Bordeaux ein Flusshafen, der sich 70 km flussaufwärts befindet. Man braucht deshalb, um diesem Flusshafen den Zugang zu sperren, keine Landung vorzunehmen, sondern ein Geschwader vor der Mündung des Flusses genügt.

## Die Frage der Befestigung von Vlissingen.

Nun erhebt sich hier aber eine neue Schwierigkeit. Die Mündung der Schelde befindet sich auf holländischem Gebiet und wird beherrscht durch den holländischen Ort Vlissingen. Und die Regierung der Königin Wilhelmine hat soeben, augenscheinlich durch Wilhelm II. beeinflusst, beschlossen, diesen Platz zu befestigen.

Man denke sich also diesen Plan ausgeführt, die Mündung der Schelde durch starke Küstenbatterien geschützt, und ein deutsches Geschwader unter ihrem Schutz vor Anker; das kann dann mit diesem guten Stützpunkt die englischen Dreadnoughts fernhalten und wird mit aller Macht die Scheldeschiiffahrt von und zu Antwerpen freihalten können.

Daraus versteht man, welchen Ärger die Nachricht von der geplanten Befestigung von Vlissingen in allen englischen amtlichen Kreisen erregte. Nicht, als ob der kleine Ort in sich selbst eine so besondere Bedeutung besäße; aber er ist der Schlüssel zum Hafen von Antwerpen, und wenn Antwerpen nicht „versiegelt“ werden kann, ist es nichts mit dem englischen Plan einer Blockade des deutschen Handels.

Sofort hat die ganze englische Presse angefangen, Holland mit Drohungen mürbe zu machen. Auch die „Times“, das Organ des englischen Auswärtigen Amtes, gebrauchte die auffälligen Worte: „Eine Befestigung von Vlissingen ist wie eine auf das Herz Englands gerichtete Pistole.“ Durch diese Drohungen eingeschüchtert, haben holländische Regierung und holländische Kammer ihren Plan noch nicht zur Ausführung gebracht. Aber die Frage ist von nun an in Fluss, und sie ist eins der schwersten politischen Probleme für Europa.

Wenn England über Deutschland triumphieren soll, muss der Hafen von Antwerpen „versiegelt“ werden können; wenn Deutschland den englischen Plänen rechten Widerstand leisten will, muss Antwerpen offener Hafen bleiben. Für beide Länder ist's eine vitale Frage.

Um Antwerpen wird sich das Schicksal der beiden Reiche entscheiden und in den belgischen Niederungen wird zwischen den beiden großen Industrievölkern der Würfel über die wirtschaftliche Beherrschung der alten Welt fallen.

Die Neutralität Belgiens ist aber auch noch durch Frankreich garantiert. Und deswegen will jede der beiden Mächte uns jetzt in diesen gefährlichen Konflikt hineinziehen.

Wir könnten nun sagen, mögen England und Deutschland sich schlagen, wenn sie es absolut wollen, wir brauchen uns ja nicht hineinzumengen und können neutral bleiben! So vernünftig das an sich ist, so schwer ist es unglücklicherweise! Denn beide Gegner wollen uns in den Konflikt ziehen. England braucht nämlich unsere Armee und Deutschland unser Geld. Hier liegt das Geheimnis für all die chauvinistischen Ausbrüche, von denen jetzt die Presse so voll ist. Dabei ist das nur ein Anfang. Aber immerhin ein Grund mehr, die ganze Situation mit kaltem Blut zu studieren.

## England braucht unsere Armee.

Um die deutsche Industrie auszuhungern, muss, wie ich gezeigt habe, England unbedingt Antwerpen blockieren.

Es kann dabei aber sicher sein, dass der deutsche Kaiser das nicht ohne Widerstand zulässt. Auf das erste Anzeichen eines Krieges – und zwar vor seiner offiziellen Erklärung – wird wahrscheinlich eine deutsche Flotte unter dem Schutz der holländischen Küstenforts vor Vlissingen vor Anker

gehen und wird ein preußisches Armeekorps in Eilmärschen vorrücken, um Antwerpen zu besetzen. Wenn der Plan gelingt, wenn ein englisches Geschwader ihm nicht zuvorkommt, muss Antwerpen von den Engländern zu Land genommen werden.

Nunmehr ändert sich der Lauf der ganzen Geschehnisse: über die maritime Blockade hinaus entsteht noch ein kontinentaler Krieg. Dazu muss England Truppen in Belgien landen, müssen diese Truppen den Weg der preußischen Armee versperren und sie über den Rhein und die Maas zurückwerfen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat der große englische General Lord Kitchener gesagt: „Die Grenze des englischen Reichs in Europa ist nicht der Pas de Calais, sondern die Maaslinie.“ Ein eigentümliches Wort, das zeigt, was er von der belgischen Neutralität hielt!

Die Schwierigkeit ist nun für England nur die, mit was für Truppen es diese Grenze besetzen soll.

In England gibt es bekanntlich keine allgemeine Dienstpflicht. Von allen europäischen Völkern hat allein England seinen Bürgern die schwere Last eines „Volksheeres“ erspart. Mächtig durch seine gewaltige Flotte hat es sich bis jetzt mit einer kleinen Armee von Berufssoldaten und einer Reserve von 200000 Freiwilligen begnügt, braven Burschen ohne Begeisterung und Disziplin, über deren geringen Wert der Kriegsminister Haldane selbst sich kürzlich geäußert hat. Man erinnert sich auch noch, wie wenig sich diese Armee gegen die Buren bewährt hat.

Nun handelt es sich bei einem Krieg mit Deutschland nicht nur um einen Kampf gegen tapfere, aber ungeschulte und undisziplinierte Bauern, sondern mit der am besten ausgerüsteten, geschulten und organisierten Armee von Europa.

Man stelle sich dieser Armee gegenüber die „Freiwilligen“ von London vor, geführt von ihren Paradeoffizieren, alle mit einer Ausbildung von sechs Wochen.

Dieser furchtbaren Gefahr gegenüber hat schon der englische Generalstab Alarm geschlagen. Der oberste Führer der Armee, Lord Roberts, hat im Parlament erklärt: „Unsere gegenwärtige Situation kann nur durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verbessert werden.“

Dies Mittel ist aber leider nicht ganz nach dem Geschmack des englischen Volkes. Das hat immer als einen unschätzbaren Vorzug angesehen, nicht zwei Jahre seines Lebens in der Kaserne unter ermüdenden und nichts eintragenden Übungen verbringen zu müssen.

Sicher sind in England die chauvinistischen Ideen ebenso stark wie auf dem Kontinent. Aber der Imperialismus der „Groß-Engländer“ ist umso kriegerischer, als jeder von ihnen weiß, dass er nicht in die Lage kommen wird, sein Blut nun auch für Größe und Ruhm des Reiches vergießen zu müssen. Wenn es aber hieße, plötzlich Gewehr und Tornister zu nehmen und sich in den belgischen Ebenen für die Pläne des Herrn Chamberlain den Schädel einschlagen zu lassen, dann würde wahrscheinlich die Politik der englischen Chauvinisten viele Anhänger verlieren.

Liberalen und Konservativen in England haben diese im Volksempfinden vorhandenen starken Widerstände wohl begriffen. Sie haben begriffen, dass die zwangsweise Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unter den Bürgern des freien Englands ihre ganze kriegerische Politik auf immer zerstören würde. Nach einigen fruchtlosen Versuchen im Oberhaus hat man daher auf die allgemeine Wehrpflicht verzichtet.

Aber die Engländer brauchen doch Truppen, um Belgien zu besetzen und die Deutschen über die Maas zurückzuwerfen. Und da die Engländer selber nicht genug haben, haben sie an Frankreich gedacht. Sie überlegen nun wie folgt: „Wir haben keine Soldaten, dafür aber hat Frankreich genug davon. Die Leute über dem Kanal haben ja eine zahlreiche, wohlausgerüstete und geschulte Armee, die es mit den Deutschen wohl aufnehmen könnte. Die Franzosen sind tapfer und kriegerisch; sie lieben den Krieg und verstehen ihn zu führen. Wenn man ihnen mit Worten wie ‚nationale Ehre‘ und ‚die obersten Interessen des Vaterlandes und der Zivilisation‘ zu kommen versteht, werden sie marschieren. Wir müssen die französische Armee für unsere Zwecke zu gewinnen suchen. Das wird nicht sehr schwierig sein. Die französische Demokratie ist nur eine schöne Fassade. In Wirklichkeit

wird dieses Volk durch eine Minderheit von Bankiers und Industriellen regiert, die die Presse und die Politiker in Händen haben. Mit dieser Minderheit müssen wir verhandeln. Wir können ihnen einige große Kriegsanleihen versprechen, wobei ihre Banken fette Kommissionen einstecken werden. Wenn wir uns verpflichten, ihnen einige Bahnkonzessionen in der Türkei, einige fette Unternehmungen in Syrien, in Äthiopien und in Marokko zu verschaffen, dann werden sie für eine Anzahl Millionen uns die französische Armee mit Haut und Haar ausliefern.“

So haben die Engländer überlegt, und ihre Politiker haben sich ans Werk gemacht.

Bald nach Schluss des Transvaalkrieges kam 1903 Eduard VII. nach Paris, und all die guten Leute, die kurz vorher „Hoch Krüger“ geschrien hatten, erfuhren nun durch die Presse, dass sie nunmehr „Hoch England“ rufen müssten.

Um sich erkenntlich zu zeigen, überließ uns das Londoner Kabinett für unseren Verzicht auf Ägypten, wo wir die Finanzkontrolle hatten, großmütig Marokko, das ihm gar nicht gehörte. Und auf allen offiziellen Banketten begeisterte man sich für die „Entente cordiale“.

Dabei allein aber blieb es nicht.

Delcassés Versuch, uns in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, hatte mit seinem Sturz geendet; daraus hatte England gesehen, dass es mit Vorsicht vorgehen müsse. Es wartete nun, bis der Freund und Zechgenosse Eduards VII. wieder zur Macht gekommen war. Wie durch Zufall ist er jetzt Marineminister geworden. Und wieder, wie durch Zufall, wurde gleich nach seinem Amtsantritt bekannt, dass zwischen London und Paris Verhandlungen im Gange waren über den Abschluss einer Militärkonvention. Natürlich wird diese Konvention „defensiv“ sein. Aber es ist ja so leicht für England, Deutschland durch eine Blockade von Antwerpen zu zwingen, ihm den Krieg zu erklären. Und dann sind es wir Franzosen, die wir uns auf den belgischen Schlachtfeldern hinschlachten lassen müssen, aber diesmal nicht „pour le roi de Prusse“, sondern für den König von England.

Das sind die Machinationen, die jetzt unter dem Schleier diplomatischer Korrespondenzen vor sich gehen, während die Parlamente dazu schweigen. Immer hatte England auf dem Festland einen „Soldaten“ nötig. Früher, zur Zeit der Napoleonischen Kämpfe, hatte es die österreichischen und preußischen Truppen bezahlt, um gegen Frankreich zu kämpfen; heutzutage ist es der französische Soldat, der gegen Deutschland kämpfen soll.

Die Rollen sind vertauscht, das Stück aber ist dasselbe geblieben. Es fragt sich nur, ob wir es spielen wollen.

## Frankreich und Deutschland.

Ich kenne viele brave Franzosen, die der Meinung sind, dass Kaiser Wilhelm jeden Morgen beim Frühstück überlegt, ob er nicht die Mobilmachung befehlen und seine Ulanen auf Nancy loslassen soll. ... Sie glauben, dass man in Deutschland an nichts anderes als einen Überfall auf uns denkt. Und man muss zugeben, die Mehrzahl unserer Zeitungen tut, was in ihren Kräften steht, um diese Besorgnis zu unterhalten.

Unsere Schwerindustrie kommt auf der Jagd nach immer neuen Bewilligungen von Kanonen und Panzerschiffen zur Bereicherung ihrer Aktionäre nicht um den Gedanken herum: was würde ohne die Furcht vor dem deutschen Popanz aus den Dividenden von Creusot?

Übrigens geht auf der deutschen Seite das gleiche Spiel. Jedes Mal, wenn Bismarck oder seine Nachfolger im Reichstag ein neues Septennat oder neue Rüstungen durchbringen wollten, nahm man ein paar Artikel der „Patrie“ oder eine Rede von Déroulède und ließ aus all der Rhetorik die Revancheidee gefährlich auftauchen; so hat man für die deutsche Schwerindustrie alles, was man wollte, erreicht. (Man darf dabei nicht vergessen, dass der Kaiser einer der Hauptaktionäre von

Krupp ist.) Es ist also auf beiden Seiten dasselbe Spiel mit drohenden Worten und rhetorischen Wirkungen. Wie kann man sich nun klar darüber werden, ob diese Drohungen echt sind oder nur ein einfacher Bluff der Schwerindustrie?

Dafür genügt ein genauerer Blick auf die wirtschaftlichen Interessen der beiden Mächte. In Deutschland wie in Frankreich, wie ja überhaupt in allen großen Staaten, sind es diese Interessen und nicht etwa die Kapricen der Monarchen, wodurch die auswärtige Politik bestimmt und über Krieg und Frieden entschieden wird.

## Gibt es deutsch-französische Streitfragen?

Seit über 40 Jahren hat es nicht an Gelegenheiten für die Deutschen gefehlt, uns anzugreifen und uns zu besiegen. Wenn sie es nicht getan haben, so war es nicht aus Sympathie für uns, sondern weil die Nation mit Anspannung aller ihrer Kräfte daran war, sich zu industrialisieren.

Ich habe in meinem Buch „La force allemande“ ausgeführt, durch welche geduldige, unaufhörliche und methodische Bemühungen das gelungen ist. Und das hat die Deutschen nun zu Rivalen der Engländer gemacht. Gibt es aber auch wirkliche Streitfragen zwischen uns und ihnen?

Vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet verkauft Deutschland ungefähr so viel an Frankreich, wie es von ihm kauft. Seit 20 Jahren halten sich Export und Import der beiden Länder untereinander ungefähr die Waage. Andererseits verkaufen die Deutschen auf allen Weltmärkten Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Maschinen, Baumwollwaren, Kurzwaren usw., während wir nur Luxuswaren exportieren, Modeartikel, Geschmeide usw., und im Geschmack können die Deutschen nicht mit uns konkurrieren.

Es handelt sich also um gar keine Handels-Konkurrenz, wirtschaftliche Streitfragen gibt es nicht!

Dann gibt es Leute, die mit Hinblick auf unsere Kolonien sagen, Deutschland mit seinem kleinen Kolonialbesitz könnte Absichten auf den unseren haben.

Was diese Besorgnis angeht, so rate ich, den Bericht des Herrn Viollette zu lesen, der uns unsere Kolonien in einem traurigen Licht zeigt. Eine einzige macht sich bezahlt, Indochina; und auch sie ist durch das System Doumer so ausgesaugt, dass sie vor einer allgemeinen Revolte steht.

Man kann deshalb annehmen, dass Deutschland am Vorabend eines ernstesten Konflikts mit England nicht wünschen kann, seine verwundbaren Punkte auf der ganzen Welt noch zu vermehren. Ihm liegt vielmehr daran, unter dem Schein einer Wahrung der türkischen Unabhängigkeit die asiatische Türkei zu kolonisieren.

Es bliebe also nur noch das Verlangen Deutschlands, eine französische Provinz zu erobern. Aber Deutschland hat schon genug an seinen früheren Eroberungen: Seit 1 ½ Jahrhunderten kann es Polen nicht recht verdauen, im dänischen Schleswig hat es Unruhen und jetzt gibt es Elsass-Lothringen die Autonomie, da es das Land nicht regieren kann. Höchstens nach einem Gebiet könnte es die Deutschen gelüsten. Sie haben zu wenig Eisenerz. Nun hat man gerade an der Grenze, im Departement Meurthe et Moselle, eins der mächtigsten Lager entdeckt, und das zu annektieren, könnten die deutschen Industriellen Verlangen tragen. Aber auch das ist ganz unnötig, da unsere Kapitalisten selber ihren deutschen Rivalen durch freiwilligen Verzicht einen großen Teil der Konzessionen überlassen haben. Warum sollte Wilhelm II. sich anstrengen, mit Waffengewalt ein Gebiet zu erobern, dessen Ausbeutung unsere patriotischen Großindustriellen ihm Tag für Tag freiwillig überlassen!

In der Tat, ich kann beim besten Willen keine Gründe finden, weshalb die Deutschen uns angreifen sollten!

## Das deutsch-französische Syndikat von 1902.

Im Gegenteil, ich sehe eher Gründe, weshalb sie sich mit uns gut stellen müssen.

Vor allem nämlich haben sie unser Geld nötig.

Um Industrien zu gründen, braucht man Kapital, und davon hat Deutschland nicht genug. Zweifellos erzielt es jedes Jahr großen Gewinn. Aber es ist als Staat relativ jung und hat nicht die gewaltigen Reserven älterer Nationen wie England oder Frankreich, deren Industrie ein oder zwei Jahrhunderte länger besteht und die somit in ihren Sparkassen Milliarden aufhäufen konnten.

In Deutschland verschlingen die Neugründungen jedes Jahr die Ersparnisse, und je mehr das Land sich entwickelt, desto mehr braucht es Geld.

Wo soll es nun das Geld finden, wenn nicht in Frankreich, in diesem Lande von Kapitalisten ohne Initiative, die mit den reichsten Ersparnissen der Welt nichts anderes anzuwenden wissen, als sie fremden Ländern zu leihen.

Im Jahre 1902 versuchte Wilhelm II. eine Finanzallianz mit unseren Banken ins Leben zu rufen. Er hatte eben vom Sultan die Konzession der Bagdadbahn erlangt, die jetzt die Begehrlichkeit von Europa so gewaltig erregt. Aber Deutschland hatte damals knapp eine wirtschaftliche Krise hinter sich und hatte nicht genügend disponible Gelder. In diesem Zeitpunkt näherte sich der Kaiser unseren Banken. Ein deutsch-französisches Syndikat wurde gegründet. Es hatte als Präsident Arthur von Gwinner, den Präsidenten der Deutschen Bank, und als Vizepräsidenten Herrn Vernes, den Genossen der Rothschilds in der „Compagnie du Nord“ und in der „Compagnie du Midi“ und Aufsichtsrat der Bank „de l'Union Parisienne“, der „Banque Ottomane“, der Eisenbahn Saloniki-Konstantinopel usw. Hinter Vernes standen noch Rouvier, G. Auboyneau usw.

Nachdem diese Verständigung zwischen den Finanzleuten zustande gekommen war, wurde eine diplomatische Annäherung unvermeidlich. Und schon predigte Jules Lemaitre (der damals noch nicht „Nationalist“ und „camelot du roi“ geworden war) Vergessen der Vergangenheit und Freundschaft mit Deutschland.

Es ist kein Zweifel, dass wir heute die Entente cordiale mit Deutschland hätten, wenn dies Finanzbündnis durchzusetzen gewesen wäre.

## Der Besuch Eduards VII.

Aber in diesem Augenblick fing man an, sich in England zu beunruhigen.

In seinem ökonomischen Wettkampf mit Deutschland hat England nur eines wirklich voraus: die Stärke und den Überfluss seiner Kapitalien. Wenn Frankreich sein Geld dem Rivalen Englands leihen würde, wäre die britische Überlegenheit endgültig aufs Spiel gestellt.

Als bald erschien, im Anfang des Jahres 1903, Eduard VII. mit großem Pomp in Paris.

Die überraschten Pariser, die vor zwei Jahren noch „Es lebe Krüger“ und „Nieder mit Chamberlain“ gebrüllt hatten, erfuhren mit einem Male, dass man nunmehr „Es lebe Eduard VII.“ rufen müsse.

Was damals wohl zwischen dem König, Delcassé, Vernes und einigen anderen verhandelt wurde? Erst die Geschichte wird es zeigen können.

Eins ist sicher: Am Tage nach der Abfahrt des Königs nach London verkündeten die Finanzagenturen, dass Herr Vernes und seine Gruppe sich von dem Bagdadbahn-Konsortium zurückzögen, und dass das deutsch-französische Syndikat gesprengt sei.

Und ein Jahr später war die Entente cordiale mit England geschlossen.

Als Ersatz für den Verzicht auf jegliche Finanzkontrolle über Ägypten und als Entschädigung unserer Kapitalisten für die verlorene Beteiligung am Bagdadbahn-Geschäft machte das Londoner Kabinett uns Marokko zum Geschenk. Die Engländer machten uns das Geschenk umso lieber, als sie es selbst gar nicht besaßen; und die jüngsten Vorkommnisse in Fez zeigen wieder einmal, dass man das Fell des Bären nicht kaufen soll, bevor er nicht tot ist.

Wie dem auch sein mag, Herr Delcassé, der nunmehr mit Englands Geschick so eng verbunden ist, machte sich sofort daran, Deutschland „einzukreisen“ und uns an den Rand eines Krieges zu bringen.

Man weiß, wie er dann 1905 von Rouvier „abgeschüttelt“ wurde.

## Die Bemühungen Wilhelms II.

In jenem Moment hatte Wilhelm II. eine schöne Gelegenheit, uns anzugreifen: unsere ganze nationalistische Presse ist einstimmig der Meinung, dass unsere unbesiegbaren Generale geschlagen worden wären.

Der Kaiser hat den Angriff nicht unternommen. Freilich nicht aus Sympathie für uns, sondern einfach deshalb, weil sein Interesse ihm riet, uns zu schonen.

Anstatt uns anzugreifen, suchte er mit allen Mitteln die Beziehungen zu unseren Geschäftsleuten wieder anzuknüpfen. Nach 1906 gab er sich bei einer Reihe von Anlässen in Kleinasien, in dem Syndikat von Quenza, in der „Union des Mines Marocaines“ viele Mühe, die deutschen Kapitalisten mit den französischen zusammenzubringen. Er hat offiziös in Glarus in der Schweiz ein kleines deutsch-französisches Syndikat für die Emissionen der Bagdadbahn wieder erstehen lassen, und jedes Vierteljahr nehmen die deutschen Banken zu hohem Zins gewaltige Summen vom Credit Lyonnais zu leihen. So bemüht er sich auf alle Weise, die Dinge wieder an den Punkt zurückzuführen, an dem sie sich im Jahre 1903 befanden vor dem Besuch Eduards VII. in Paris. Dies Bestreben war auch daraus zu ersehen, dass der deutsche Kaiser der erste war, der nach dem Unglück des Luftschiffes „Patrie“ einen Kranz für die Totenfeier der verunglückten Offiziere sandte.

Sicherlich sind diese Freundschaftsbezeugungen interessiert. Wilhelm II. sucht sich mit allen Mitteln unserem Lande zu nähern, weil er uns braucht; weil die Industrie seines Landes für ihre Entwicklung das französische Kapital nötig hat. Und das ist allein schon eine Garantie dafür, dass Deutschland uns nicht bekriegen wird.

Besonders aber wäre in einem englisch-deutschen Konflikt das französische Geld dem Kaiser vonnöten. Und gerade das wiederum macht unsere Situation so schwierig.

## Das Heil des Deutschen Reiches kann von der Pariser Börse kommen.

Vor zwei Jahren war in Hamburg ein deutscher Bankkongress, auf dem sich alle Finanzgrößen des Landes trafen. „Unsere militärische Mobilmachung ist tadellos“, heißt es im Bericht des Kongresses, „aber unsere finanzielle Mobilmachung ist nicht fertig. Ein Krieg mit England wird zum mindesten fünf Milliarden pro Jahr kosten; und er wird vielleicht zwei Jahre dauern. ...“ Woher soll Deutschland diese zehn Milliarde bekommen? In London oder New York sicher nicht. Auch bei seinen österreichischen oder italienischen Verbündeten nicht; die haben nicht einmal genug für sich selber. Und wohl noch viel weniger der Zar aller Reußen! ...

Es bleibt also nur Frankreich, das reiche Frankreich, das nicht weiß, was es mit seinen Ersparnissen machen soll, Frankreich, das dieses Jahr für sechs Milliarden Werte aufgenommen hat, davon 4500 Millionen fremde Werte. Der französische Rentner hat es auch Russland durch eine Anleihe von zwei Milliarden ermöglicht, während zweier Jahre gegen Japan zu kämpfen.

Wenn Frankreich dasselbe für Deutschland tun wollte! Dann würden die in Paris gezeichneten Krieganleihen die Schatzkammern in Spandau füllen; in ihnen könnte der Kaiser das Geld finden, das er zur Reparatur seiner Panzerschiffe, zur Verproviantierung und Ausrüstung seiner Soldaten nötig hätte. Es würde keine industrielle, keine Finanzkrise geben. Ohne sich erschöpfen zu müssen, könnte Deutschland den Zusammenstoß mit England aushalten.

Darum erhofft Deutschland sein Heil von der Pariser Börse.

Das wäre der enorme Dienst, den Frankreich nur durch die Macht seiner Ersparnisse seinem stolzen Nachbar leisten könnte. Und daraus versteht man die Bemühungen Wilhelms II., uns durch Güte oder Drohungen in seinen Bannkreis zu ziehen.

Nun bedeutet aber leider eine französische Anleihe nach Deutschland den Bruch mit England. Niemals würde das Londoner Kabinett es zulassen, dass Frankreich den Berlinern die Gelder zur Herstellung von Granaten leiht, mit denen die englische Flotte beschossen werden soll. Und es ist allgemein bekannt, dass die Zulassung deutscher Werte für offizielle Notierungen in Paris sofort die Auflösung der Entente cordiale zur Folge haben würde.

So befinden wir uns in einer recht ungemütlichen Situation. Jeder der beiden Gegner sucht uns gegen den anderen auszuspielen: Der eine braucht unser Geld, der andere unsere Armee. Und es ist für uns unmöglich, einem der beiden unsere Unterstützung zukommen zu lassen, ohne uns wiederum den Repressalien des anderen auszusetzen.

Es gäbe wohl eine Lösung, die darin bestände, streng neutral zu bleiben, und weder militärische Hilfe noch finanzielle Unterstützung zu gewähren. Aber können wir das? Wird Deutschland, wenn wir ihm die nötigen Anleihen auf unserem Markt verweigern, nicht den Versuch machen, unser Geld mit Gewalt zu bekommen?

Das ist unser schwerstes Problem, dem man nur nach genauem Nachdenken beikommen kann.

## Ein doppelter Krieg würde doppelte Kosten erfordern.

Nehmen wir an, dass der Krieg zwischen den beiden Rivalen ausgebrochen sei und dass Frankreich neutral bleibt.

Auf die erste Nachricht von der Kriegserklärung, schrieb der ehemalige Direktor der Darmstädter Bank, Herr Rießler, würde das ganze wirtschaftliche Leben stillstehen, würden alle Eisenbahnen von Truppentransporten besetzt sein, die Arbeitskräfte fehlen und der Preis der täglichen Gebrauchsmittel würde steigen; die Kapitalisten würden ihre Depots aus den Banken ziehen und die Kreditinstitute würden ihre Kassen sich entleeren sehen.

Nun ist aber gerade in diesem Moment der Staat gezwungen, um die ungeheuren Kriegsausgaben zu bestreiten, nacheinander Anleihen von Hunderten von Millionen zu machen. Um ihre Zeichnung zu ermöglichen, muss er die Anleihen zu einem sehr niedrigen Preis anbieten. Um selber zeichnen zu können, müssen die deutschen Rentner nun ihre Industripapiere verkaufen, die dafür eine starke Deroute erleiden würden. Das Gold wird rar, und es muss ein Zwangskurs der Banknoten eingeführt werden; eine Geldkrise steht vor der Tür.

Es ist indessen möglich, dass das deutsche Kapital mit Geistesgegenwart und voll Vertrauen auf die Regierung, solange vor allem die Flotte nicht geschlagen ist, diese Krise zu vermeiden versteht.

Wenn aber Frankreich infolge seiner Militärkonvention mit England auch mit auf den Plan tritt, ändert sich die Sachlage. Es genügt nun nicht mehr, zwei Armeekorps nach Antwerpen zu schicken; es muss die ganze Armee mobilisiert werden, eine Million Menschen muss an die Maas und in die Vogesen geworfen werden, muss transportiert, versorgt, gepflegt werden. Das ist nicht mehr ein Krieg, das sind zwei Kriege, die man durchhalten muss: einer auf dem Meere, einer auf dem Lande, und letzterer würde nicht der billigere sein.

Ehrlich gesprochen, kann man nicht annehmen, dass Deutschland, das schon nicht Geld genug hat für den Seekrieg, den Gleichmut haben würde, sich ohne zwingende Not noch die ungeheure Last eines Kontinentalkrieges aufzuladen.

Das wäre geradezu unsinnig. Die deutschen Staatsmänner sowie vor allem die leitenden Bankiers haben gezeigt, dass sie zu rechnen verstehen.

## Die Rolle Frankreichs als Geisel.

Ich weiß freilich, dass die chauvinistischen Zeitungen jenseits des Rheins (die es ja in Deutschland wie bei uns gibt) fürchterliche Drohungen laut werden lassen. Professor Schiemann, der deutsche *Déroulède*, hat gesagt: „Im Falle eines Krieges mit England nehmen wir Frankreich als Geisel.“ Und der alte Bismarckianer Harden hat erklärt: „Wir werden in Frankreich einfallen, werden ihm eine Kriegskontribution von 20 Milliarden auferlegen und werden mit diesem Geld die Kosten unseres Krieges mit England bestreiten.“

Aber das sind alles Rodomontaden, deren sich nun unsere Nationalisten mit Begeisterung bedienen und die keiner noch so kurzen Prüfung standhalten. Denn um uns zehn bis zwanzig Milliarden zu entreißen, wäre es nötig, zuerst selber zwei oder drei aufzubringen. Wenn man sich die französische Armee auch noch so inferior vorstellt, sechs Wochen wird sie sicher Widerstand leisten können wie die Österreicher vor Königgrätz oder die napoleonischen Truppen vor Sedan. Ich weiß nun von einem General, der mit mir die Angelegenheit in der „Ecole des Hautes Etudes Sociales“ zu besprechen die Freundlichkeit hatte, dass der erste Monat der Feindseligkeiten jeder Armee mindestens eine bis anderthalb Milliarden kosten würde.

Deutschland müsste also seinen Hilfsmitteln ein oder zwei Milliarden für den Krieg gegen Frankreich gerade in dem Zeitpunkte entziehen, wo es sie alle gegen England am nötigsten hätte. Es ist ein Unsinn, zwei Gegner zu gleicher Zeit schlagen zu wollen, und zwar zwei Gegner von solcher Widerstandskraft.

Aber mit der von Frankreich erpressten Kriegsentschädigung, so heißt es, könnte der Kaiser immer noch auf seine Kosten kommen, und es bliebe ihm noch genug für den Krieg gegen England.

So redet nur, wer von Geldangelegenheiten nichts versteht.

Glaubt man wirklich, dass sich zehn bis fünfzehn Milliarden so auf den Tisch zahlen lassen wie eine Banknote beim Krämer. Nach dem Jahre 1870 brauchten wir mehr als zwei Jahre, um die fünf Milliarden nach Deutschland zu zahlen; und ganz Europa – auch die Preußen – haben das als fabelhafte Kraftleistung angesehen.

Das Frankreich von heutzutage ist noch reicher, wohl verstanden. Aber wenn man von ihm zehn, fünfzehn oder gar zwanzig Milliarden verlangt, so würde es eine glänzende Leistung sein, wenn für die Aufbringung nur drei oder vier Jahre gebraucht würden. Selbst die erste Milliarde wird nicht vor einem Jahr flüssig gemacht werden können. Und zu diesem Zeitpunkt würde der Krieg mit England schon zu Ende sein: das französische Geld würde zu spät kommen.

Und gerade darauf rechnet man in London. Man macht sich keine großen Illusionen über unseren militärischen Wert. Man nimmt an, dass wir in Belgien geschlagen und dass wir dort vielleicht ein neues Waterloo erleiden werden. Aber wir hätten doch Deutschland gezwungen, sich zur gleichen Zeit die Kosten eines doppelten Krieges zur See und zu Land aufzuladen; wir würden es gezwungen haben, eine Milliarde oder zwei für sein Landheer auszugeben, das Geld eben, mit dem es seine Panzerschiffe hätte reparieren oder ersetzen können. Wir hätten eben einfach beigetragen, seinen Schatz zu leeren.

Nun hängt, wie Ludwig XIV. sagte, der Sieg vom letzten Fünffrankstück ab. Der Kaiser, dessen Hilfsmittel durch den Landkrieg erschöpft sind, wird nicht mehr Geld genug haben, um seine Flotte neu auszurüsten und wird kapitulieren müssen. Das wird der Triumph Georgs V. sein.

Es wird also so gehen, dass Frankreich mit aller Wahrscheinlichkeit okkupiert, geplündert und für eine ganze Generation mit einer ungeheuren Kriegskontributio belastet werden wird; England aber wird über seine Rivalen gesiegt haben. Einem besiegten Deutschland und einem furchtbar geschwächten Frankreich gegenüber wird es die absolute Vorherrschaft in der Welt wieder erobert und befestigt haben: Rule Britannia!

So sieht das Risiko aus, dem wir uns aussetzen, wenn wir die vortreffliche „Entente cordiale“ in ein höchst gefährliches „Militärbündnis“ verwandeln wollen.

Deutschland aber hat keinerlei Interesse, uns anzugreifen.

Haben wir ein Interesse, uns mit seinem Gegner zu verbünden, um es anzugreifen?

Dieser letzte Punkt ist noch zu prüfen.

## Die Neutralität ist für uns möglich.

Wir können zweierlei tun: Für eine der beiden Mächte Partei ergreifen oder neutral bleiben.

Für Deutschland Partei zu ergreifen, wäre sehr gefährlich. Zweifellos würde der Kaiser weder Schiffe noch Soldaten von uns verlangen; er braucht nur unser Geld. Aber die Zulassung deutscher Werte an der Pariser Börse würde unvermeidlich die Auflösung der „Entente cordiale“ nach sich ziehen. Und dann würde wieder auf der ganzen Welt jene Politik der Nadelstiche beginnen, die uns nach Faschoda geführt hat. Niemals wird ein klarsehender Franzose dazu raten.

Für England aber Partei zu ergreifen, ist für Frankreich noch gefährlicher. Das erste französische Regiment, das die belgische Grenze überschreiten würde, um auf Antwerpen zu marschieren, würde einen furchtbaren Krieg entfesseln. Alle französischen Offiziere, die ich darüber gesprochen habe, bestätigen, dass nach den Maßnahmen des deutschen Generalstabs der erste Schlag von einer unerhörten Schnelligkeit und Wucht sein würde.

Was sollen wir nun tun?

Einfach die Neutralität wahren! Und das ist nicht zu schwer. England hat kein Mittel, uns zu zwingen, auf Antwerpen zu marschieren, und Deutschland ist nicht in der Lage, uns mit Gewalt zu zwingen, ihm unser Geld zu leihen. Denn noch einmal gesagt, seine finanziellen Mittel sind nicht danach, die Kosten von zwei Kriegen zu ermöglichen. Der Vorschlag, Frankreich als Geisel zu nehmen, ist eben nur eine Rederei deutscher Déroulèdes.

Unter diesen Umständen scheint nur eine einzige Haltung möglich, vernünftig, weise, den Interessen des Landes entsprechend wie der Erhaltung des Weltfriedens: Die französische Regierung muss eben den Engländern erklären: „Wir geben Euch nicht unsere Armee“, und den Deutschen: „Wir geben Euch nicht unser Geld“.

„Dann werdet Ihr Euch nicht schlagen können, und Frankreich wird so nicht nur seinen eigenen Interessen gedient haben, sondern auch denen der Menschheit.

Oder aber wenn Ihr Euch unbedingt abschlachten müsst, tut es in Gottes Namen! Rechnet jedoch dabei nicht auf unsere Hilfe! In diesem brudermörderischen Kampf wird weder ein Centime französischen Geldes ausgegeben noch ein Tropfen französischen Blutes vergossen werden!“

Das würde Frankreichs Antwort sein, wenn es gefragt würde.

## Der Wahwitz des wirtschaftlichen Absolutismus.

Nun wird aber das französische Volk leider nicht gefragt werden. Trotz aller demokratischen Aufmachung regiert sich das Volk nicht mehr selbst und hat auch keine Kontrolle mehr über seine regierenden Stellen. Eine kleine Anzahl von Kapitalisten hat sich des Verwaltungsrats der großen finanziellen Gesellschaften bemächtigt; in ihren Händen sind die Banken, die Bergwerksgesellschaften, die Eisenbahnen, die Schifffahrtsgesellschaften, die Elektrizitäts- und Gasanstalten, die Wasserwerke, kurz der ganze wirtschaftliche Apparat von Frankreich. Ich habe in der „Guerre sociale“ gezeigt, wie diese kleine Gruppe auch das Parlament beherrscht, über die Minister disponiert und in ihrem Solde all die bedeutenden Blätter hat, die die öffentliche Meinung machen. Geschickt sich hinter der Attrappe der Demokratie verbergend, sind diese Leute in Wahrheit die Herren der Geschicke des Landes.

Ihrer hat sich nun eine Art Taumel bemächtigt, ein Wahwitz der absoluten Macht, genau von der Art, wie er Ludwig XIV. befahl und Napoleon zugrunde richtete. Selten stand ein Mensch oder eine Klasse vor einer ähnlichen Versuchung. Man muss bedenken, dass Frankreich heute tatsächlich die Rolle eines arbiters mundi (des Schiedsrichters über die ganze Welt) spielen könnte. Mit französischen Soldaten könnte England vielleicht den deutschen Koloss niederringen, und mit französischem Geld könnten die Deutschen der englischen Weltherrschaft unter Umständen den Todesstoß versetzen. Welche Versuchung für eine unverantwortliche und unkontrollierte Oligarchie, ihr Schwert in die Waagschale zu werfen und die Weltherrschaft zu entscheiden! Wie sollte eine solche Rolle einen Delcassé nicht aus dem Häuschen bringen, den größtenwahnsinnigen Knirps, den seine Schmeichler mit den großen Ministern unserer Vergangenheit vergleichen, ihn, der in der Geschichte als eine Art Richelieu gelten will!

## Die französischen Finanzleute und die elsass-lothringische Frage.

Es gibt gute Leute, die beim Gedanken an die Nähe eines deutsch-französischen Krieges von der „Revanche“ zu träumen anfangen. Dagegen kann ich versichern, dass unseren Bankleuten die elsass-lothringische Frage ganz gleichgültig ist. Niemals findet sich in ihren Überlegungen, niemals auch in den Gedankengängen unserer Diplomaten ein Anzeichen davon, dass man sich mit ihr befasste. Würde sich denn aus einem wiedereroberten Elsass irgendwie Geld ziehen lassen, und welchen Einfluss würde sein Besitz auf die Dividenden unserer Banken haben? Mehr noch: ausgezeichnete Spinnereien sind in Mülhausen entstanden, mächtige Stahlwerke mit vorzüglichen Einrichtungen wurden unserer Grenze entlang in Lothringen gegründet. Da sie den unsrigen überlegen sind, hat man geglaubt, sich gegen sie mit Tarifzöllen schützen zu müssen. Nimmt man an, dass die Grenze bis zum Rhein vorgeschoben würde, dann würden alle diese Werke den Creusot-Werken, den Spinnereien in den Vogesen, in Lille und Rouen eine fürchterliche Konkurrenz machen. Deshalb sollen sie außerhalb der Zollgrenze bleiben. Unsere Geschäftsleute denken so wenig daran, Elsass-Lothringen wieder zu nehmen, dass sie es selbst dann nicht haben wollten, wenn man es ihnen anböte! ... Aus diesem Grunde hat man im Volk die Revanche-Idee allmählich einschlafen lassen.

## Der Preis des Blutes.

Was will man dann? Ich will es in ein paar Worten sagen:

1. Man weiß, dass unsere Geschäftsleute als Prämie für die Entente cordiale von England Marokko erhielten. Sie sollten dort das Monopol aller Anleihen und öffentlichen Arbeiten, Häfen, Eisenbahnen, Telegraphen usw. haben. ... Sie wurden aber dann auf die Konferenz von Algeciras genötigt und sind nun unzufrieden, sich verpflichtet zu sehen, alle Konzessionen mit Deutschland teilen zu müssen. Ein Krieg wäre deshalb ein gutes Mittel, sich eines so unbequemen Teilhabers zu entledigen und das von England versprochene Monopol wieder zu erwerben.

2. Deutschland geht darauf aus, aus der Türkei ihr ausschließliches Interessengebiet zu machen, wo Aufträge, Minen, Eisenbahnen, alles seinen Untertanen reserviert wäre. Die Türkei ist nun ein Gebiet, wo die Vitali, Auboyneau und Revoil von der „Banque Ottomane“, die Rouvier von der „Banque Française“, die Schneider von Creusot schon stark engagiert sind. Wenn man den Engländern gegen die Deutschen hilft, so wäre das eine gute Gelegenheit, sich eines ernsthaften Konkurrenten zu entledigen. Man hätte dann nur mehr mit England die einträgliche Ehre zu teilen, die Türkei zu zivilisieren.

3. Im Kriegsfall gäbe es mehrere Milliarden in Paris aufzulegen, sowohl für Frankreich wie auch für England. Und unsere großen Banken haben die gewaltigen im Jahre 1871/72 erzielten Gewinne noch in angenehmer Erinnerung!

Das sind ungefähr die Profite, welche die Geldoligarchie aus einer Intervention in einem deutsch-englischen Konflikt ziehen zu können glaubt.

Ich weiß wohl, dass es der gegenwärtigen kapitalistisch gerichteten Gesellschaftsordnung als nützlich gilt, alle wirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten zu entwickeln. Aber kann das einen Krieg wert sein? Was sind die Minenkonzessionen von Marokko, so reich sie auch sein mögen, gegen die Verwüstungen eines Krieges in Frankreich, was bedeuten 1000 km türkischer Eisenbahn gegenüber den furchtbaren Metzeleien mit modernen Kriegsmaschinen, gegenüber den Leiden der Verwundeten, der Trauer von Frauen und Müttern und dem Elend der Waisen. Und wenn man sich das vorgestellt hat, dann entscheide man, ob die Dividenden der Creusot-Werke das Blut von 200000 jungen Franzosen wert sind.

Das ist das Einzige, was unser Volk aus einem solchen Abenteuer heimbringen kann; ich glaube nicht, dass man noch etwas anderes anführen kann.

Aber unser Volk ist ja nicht Herr seines Geschickes. Eine kleine, unverantwortliche, aber mächtige Koterie hat den größten Einfluss auf seine Diplomatie gewonnen, und sucht es mit sich fortzureißen.

Durch die Koterie sind wir in das marokkanische Abenteuer geraten. Und man weiß, dass unsere Generale häufiger ihren Befehlen gehorchen als denen der Regierung. Herr Ribot selbst hat sich darüber in der Kammer beklagt. Diese Koterie war es auch, die im Jahre 1905 Delcassé stützte, als er uns beinahe in Krieg mit Deutschland verwickelte. Sie hat ihn heute wieder zur Macht geführt und versucht nun, die Entente cordiale in eine Militärallianz zu verwandeln.

England kennt die Macht dieser Leute, und darum verhandelt es mit ihnen, ohne sich viel um Parlament und öffentliche Meinung zu kümmern, und sucht sie mit allen Mitteln an seinen Geschäften zu interessieren.

## Wie es gemacht wird.

Wenn man einen Faden der angespannenen Intrigen erkennen will, braucht man nur ein wenig jene seltsame Geschichte von Bernard Maimon zu verfolgen, die man jetzt anscheinend niederschlagen will.

Es handelt sich um einen Journalisten, Andre Tardieu, der ausgezeichnete Beziehungen zur Familie Waldeck-Rousseau hat, ehemaliger Botschaftssekretär ist, in engen Beziehungen zum Ministerium des Innern steht, die auswärtige Politik des „Temps“ leitet, Vertrauter der Minister ist, bei denen er aus- und eingeht, und der in ganz Europa als der Eingeweihte des Ministeriums des Äußern gilt. Aus seinen Artikeln glauben die anderen französischen Blätter, die Presse des Auslandes und sogar die europäischen Kabinette die Absichten der französischen Regierung zu erkennen.

Nun hat England, um der deutschen Bagdadbahn ein Hindernis in den Weg zu legen, die Absicht kundgegeben, eine neue Linie von Homs in Syrien nach Bagdad zu bauen. Ein Verwaltungsrat dafür ist schon gegründet. Wen finden wir darin? Sir Babington Smith, die rechte Hand von Sir Ernest

Cassel, dem ehemaligen Bankier Eduards VII., Cherif Pascha, einen türkischen General, der in Paris wild gegen das Komitee Einheit und Fortschritt wütet, und als dritten Herrn Andre Tardieu. Er hat aus dem Unternehmen seine ganz persönliche Angelegenheit gemacht und gibt sich die größte Mühe, ihm die Unterstützung der französischen Regierung zu gewinnen.

Nun zögert aber Pichon, darauf einzugehen. Sofort kritisiert der „Temps“, der bisher getreulich den Minister unterstützt hat, ganz offen seine Politik.

Zur selben Zeit – ein scheinbares Zusammentreffen, das aber die Mühe einer Enthüllung wert ist – lässt der Levantiner Bernard Maimon, Tardieus Genosse in der Homs-Bagdadbahn-Geschichte, durch den jungen Rouet, einen Schützling von Tardieu, geheime Dokumente, die im französischen Auswärtigen Amt gestohlen waren, entwenden. Ein Londoner Blatt, dessen Korrespondent er ist, veröffentlicht einen gleichfalls geheimen Auszug daraus über die Potsdamer Unterhandlung zwischen Wilhelm II. und Sasanow. Die Folge ist, dass die Pariser Bankiers dem Zaren sofort eine Anleihe von 1200 Millionen verweigern, die schon an der Börse angekündigt war, worauf der Zar mit einer Zurückziehung seiner Truppen von der deutschen Grenze antwortet.

Das ist ein Beispiel von dem Einfluss jener kleinen Koterie von Geschäftsleuten auf unser Ministerium des Äußern.

Wie es gegenwärtig in Europa aussieht, kann ein Eunke den Weltbrand entzünden. Und dabei ist es so weit gekommen, dass ein paar Hetzer aus Gier nach einer Eisenbahnkonzession in der Türkei einen gewaltigen Sturm über Frankreich entfesseln können.

## Wie es weiter gehen soll.

Man kann nun sagen, zugegeben, dass diese paar Leute den Krieg wollen: ist trotzdem anzunehmen, dass das französische Volk sich das gefallen lassen wird? Wie wird es dazu gebracht werden können, sich für die Ambitionen weniger hinschlachten zu lassen?

Der Plan ist ganz einfach; alles ist abgemacht, und man kann Tag für Tag den weiteren Gang der Dinge verfolgen.

1. Augenblicklich wird über eine Militärkonvention mit England verhandelt. Bei Ausbruch eines Konflikts mit Deutschland soll die englische Flotte unsere Küsten beschützen und unsere Truppen müssen auf Antwerpen losmarschieren.

Dabei versteht sich von selbst (zur Beruhigung der öffentlichen Meinung), dass diese Militärkonvention nur defensiv ist.

Aber man kann feststellen, dass alle modernen Krieg defensiv sind. Wenn man irgendeinen Franzosen fragt, wer 1870 der Angreifer war, wird er im besten Glauben sagen, dass es Bismarck mit seiner Fälschung der Emse Depesche war. Und wenn man dieselbe Frage einem Deutschen stellt, wird er mit derselben Sicherheit antworten, dass Napoleon angriff, indem er zuerst den Krieg erklärte.

Ebenso sind alle Russen überzeugt, dass Japan durch seinen Angriff auf die russischen Schiffe vor Tschemulpo den Krieg veranlasst hat, während alle Japaner antworten werden, dass der Zar durch das Eindringen in Korea die Unabhängigkeit und die Sicherheit ihrer Nation bedrohte.

In Wirklichkeit ist es immer so, dass, wenn ein Krieg ausbricht, die beiden feindlichen Regierungen ihn gleicher Weise gewollt haben; jedes Volk aber ist überzeugt, dass es sich in der Verteidigung befindet.

Man kann deshalb sicher sein, dass die Diplomaten des englischen Auswärtigen Amts es so einzurichten verstehen werden, dem Gegner die Verantwortung für den Konflikt zuzuschreiben,

wenn sie den Krieg beschlossen haben; und wir werden marschieren, infolge einer „defensiven Abmachung“, um den König Georg V. zu unterstützen.

2. Damit aber der französische Bauer auch guten Muts in den Krieg zieht, muss die öffentliche Meinung in der gehörigen Weise bearbeitet sein, und das geschieht durch die allgemeine Suggestion, dass die Deutschen an nichts anderes denken als an einen Einfall in Frankreich. Eine gekaufte und von langer Hand darauf dressierte Presse benutzt die geringsten Vorfälle, um sie zu entstellen, aufzubauschen und das Publikum zu beunruhigen. Ein Vorfall in der Fremdenlegion, der Prozess der „Lorraine Sportive“, eine Grenzüberschreitung durch ein Flugzeug, alles ist gerade recht, um bei uns Furcht und Hass vor den Deutschen anzufachen.

Eine große Zeitung, die ihre Informationen durch Spezialdraht von der „Times“ bekommt, zeichnet sich darin aus. Und dabei ist das jetzt nur ein Anfang!

3. Wenn dann endlich die öffentliche Meinung genügend aufgepeitscht sein wird, wenn die Vorstellung von der deutschen Gefahr in den Köpfen genügend festsetzt, dann werden die englischen Geschwader in einer Nacht mit Volldampf nach Vlissingen fahren. Ungefähr um dieselbe Zeit werden die preußischen Regimenter von Aachen in Schnellzügen auf Antwerpen losfahren.

Als bald wird wie üblich die französische Regierung die Hand auf alle Telegramme legen, wird alle Briefe anhalten, die über Truppenbewegungen berichten könnten, und dann wird eine amtliche Notiz der Presse übermittelt werden.

Am nächsten Morgen werden in allen Blättern mit handgroßen Buchstaben die schicksalsschweren Worte stehen:

Die belgische Neutralität ist verletzt worden!

Die deutsche Armee marschiert auf Lille los!

Denn das ist gerade der Witz bei der Sache: man wird nicht sagen, dass nur das Armeekorps von Aachen nach Antwerpen marschiert, sondern man wird die deutsche Armee sich gegen die französische Grenze bewegen lassen. Auf diese furchtbare Nachricht hin, die die Presse in weitestem Umkreis verbreiten wird, wird der Bauer aus der Bretagne oder aus dem Cantal, ebenso wie der schlecht informierte französische Kleinbürger überzeugt sein, dass Frankreich angegriffen ist. Ohne dass sie Zeit haben nachzudenken, in größter Hast wird man sie in die Viehwagen packen und sie auf die belgischen Schlachtfelder schicken. Und die deutsche Armee wird, auf ihrem Marsch nach Antwerpen gestört, mit ihnen zusammenstoßen.

So wird durch die Ränke einer kleinen Gruppe von Geldmensch und Diplomaten ein großes Volk sich plötzlich in einen Krieg verwickelt sehen, den es gar nicht gewollt hat.

## Die einzige Möglichkeit für den Frieden.

Ist demnach der Krieg ganz unvermeidlich? Ich glaube doch nicht.

Wenn es sich in dem schonungslosen wirtschaftlichen Wettkampf zwischen England und Deutschland um vitale Interessen der beiden Länder handelt, so gilt das noch nicht für Frankreich. Und man kann immer noch hoffen, dass das Volksgewissen sich regt, und dass die Furcht vor einer allgemeinen Erhebung die Finanzkoterie abhalten wird, ihre gefährlichen Intrigen zu Ende zu bringen. Das Volksgewissen wird sich aber nicht regen, wenn die Völker nicht zeitig gewarnt werden. Die Finanzkreise, die in den Staatskanzleien ihre Umtriebe machen, sind an sich nicht zahlreich, aber sie haben einen gefährlichen Trumpf für sich: die Unwissenheit des Volkes.

Die großen Worte „Ehre“, „Vaterland“, „Fahne“, „nationale Verteidigung“, in deren Namen seit Jahrhunderten so viel Verbrechen begangen und so viele unnötige und ungerechte Kriege geführt wurden, sie haben noch immer die alte Macht über die Massen. Damit die Geldmensch sich ihrer

nicht bedienen, muss man die öffentliche Meinung aus dem Schlummer erwecken, in dem sie erstarrt ist. Und vor allem muss man den Friedensaposteln misstrauen, die uns in falsche Sicherheit wiegen wollen. Es könnte einigen Politikern und einigen Naivlingen passen, sich in der Hoffnung auf allgemeine Schiedsgerichte zu beruhigen.

In Wirklichkeit hat Deutschland ganz offen erklärt, dass es kein allgemeines Schiedsgericht anerkennen wird. Und Sir John Fisher, der oberste Chef der englischen Flotte und Delegierter auf der Haager Konferenz, hat mit brutaler Offenheit erklärt: „Im Kriegsfall würde ich alle Vorschriften von allen Friedenskonferenzen verletzen. Denn es gibt dann nur ein Ziel: Siegen. Die Diplomaten werden sich dann später schon verständigen.“

Es ist daher nur eine gefährliche Illusion, auf eine friedliche Beilegung eines großen internationalen Konflikts durch irgendein Schiedsgericht zu hoffen.

Man kann übrigens zurzeit im kleinbürgerlichen Milieu unter dem Druck der Regierungen und der feindlichen Finanzgruppen sogar ein Abflauen der Friedenspropaganda feststellen. Selbst die Arbeitermassen, die doch jeden Militarismus bisher abgelehnt hatten, versucht man militaristisch aufzupeitschen.

In Deutschland haben sozialistische Politiker, und gar nicht die schlechtesten, von der Rednertribüne des Reichstags erklärt, dass im Kriegsfall kein deutscher Sozialist beim Appell fehlen würde. In England hat der Sozialist Blatchford eine alarmierende Broschüre mit dem Titel „Die deutsche Gefahr“ geschrieben, die direkt an die chauvinistischen Instinkte appelliert, und der Kongress der Arbeiterpartei hat mit Hyndman für die Verstärkung der Kriegsflotte gestimmt.

Selbst in Frankreich hat Jaures den alten Ruf seiner Partei, „Lieber Auflehnung als Krieg“, vergessen und hat unter dem Vorwand, die neue Armee zu organisieren, den Vorschlag gemacht, schon die Kinder in der Schule zu militarisieren, hat verlangt, dass alle Advokaten, Ärzte, Professoren und Männer des Mittelstandes Offiziere werden sollen, und predigt unumwunden die Rückkehr zu den patriotischen und kriegerischen Traditionen von 1792.

Gegen diese allgemeine Erweckung chauvinistische Leidenschaften heißt es sich jetzt zu verteidigen.

Dafür gibt es nur ein einziges Mittel: Man muss das Volk über die wahre politische Situation von Europa aufklären, muss es daran gewöhnen, in den diplomatischen Konflikten die Intrigen der Geldmensen zu erkennen und ihm die Augen darüber öffnen, dass hinter den großen Worten „Ehre“, „Vaterland“, „nationale Sicherheit“ nur die Geschäftsaufträge, Konzessionen und Anleihen als wahre Kriegsgründe bestehen.

Dann wird an dem Tage, wo man dem Volk zumutet sich für die Erhaltung der Dividenden der Creusot-Werk auf den belgischen Schlachtfeldern totschießen zu lassen ein so gewaltiges Erwachen über das Volksgewissen kommen, dass die Finanzoligarchie und die Raubmenschen auf ihre Pläne endgültig verzichten müssen. Das ist die einzige Möglichkeit, uns den Frieden noch zu erhalten. Wer ein mutiges Herz hat, muss wagen können, die Wahrheit auszusprechen.



Francis Delaisi, 1873-1947 (Wikipedia)

**Vor und nach**  
**dem 4. August 1914.**

**Hat die deutsche  
Sozialdemokratie abgedankt?**

Von  
**Julian Borchardt.**

Vierte unveränderte Auflage.  
(11.—15. Tausend)

Preis 70 Pfennig.

1919

Verlag der Lichtstrahlen. Julian Borchardt.  
\* Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1. \*

## Julian Borchardt: Vor und nach dem 4. August 1914

### Vorwort zur 3. Auflage.<sup>1</sup>

Die kleine Schrift, deren dritte Auflage hiermit der Öffentlichkeit überreicht wird, hat einem Teil der sozialdemokratischen Redakteure und Parteiführer nicht gefallen. Das hatte ich erwartet, und für eine sachliche Kritik meiner Ausführungen wäre ich dankbar gewesen. Leider war es mir nicht vergönnt, unter den zahlreichen Gegenäußerungen, die mir zu Gesicht kamen, auch nur einen einzigen Versuch sachlicher Widerlegung zu finden. Zahlreich dagegen fand ich Verdächtigungen und Beschimpfungen meiner Person.

Das sozialdemokratische Pressebureau hat es für gut befunden, in einer im ganzen Deutschen Reich verbreiteten Erklärung einen Teil meiner Angaben als „in jeder Beziehung erfunden“ zu verdächtigen. Nämlich die Angabe, dass die Furcht vor Zertrümmerung der Organisationen, Verbot der Zeitungen usw. für die Haltung der Partei im Kriege ausschlaggebend gewesen sei. Nun, die Redakteure des Pressebureaus wohnen ja in Berlin, und in Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass die Dinge so sind wie ich sie schildere. In welchem Zahlabend, in welcher Zusammenkunft etwa ein Genosse die Haltung der Partei zu kritisieren wagt – sofort wird ihm entgegengehalten, was wäre dann aus unseren Organisationen, aus unseren Zeitungen geworden! Auch hat – um nur einen herauszugreifen – der Reichstagsabgeordnete *Fritz Zubeil* in zahlreichen Versammlungen ganz ungeschminkt mitgeteilt, dass die Sorge um Vernichtung der Organisationen und der Presse für seine Abstimmung den Ausschlag gegeben hat. Die Redakteure des Pressebureaus können sich leicht bei ihm darüber erkundigen. Auf Wunsch können sie auch noch andere Namen von mir erfahren.

Da wird er schon wieder indiskret, wird *Hans Block* von der *Leipziger Volkszeitung* sagen. Ihn hat nämlich die Veröffentlichung vertraulicher Mitteilungen in meiner Schrift „unangenehm berührt“. Da es mir hier an Raum gebricht, werde ich mich an anderer Stelle über das Recht der Vertraulichkeiten ausführlich äußern. Hier nur so viel, dass in einer demokratischen Partei die Instanzen nur im Auftrag der Mitglieder handeln. Die Mitglieder haben also ein Recht zu erfahren, was in den Sitzungen der Instanzen vorgeht; und wer ihnen das durch ein Schweigegebot, durch einen Mantel der „Vertraulichkeit“ zu wehren sucht, der erweckt den Anschein, als ob er die Verantwortung scheute. Die Erklärung des Pressebureaus hat einige Parteiredakteure ermutigt, ihrem Groll gegen mich die Zügel schießen zu lassen. Die *Volkswacht* in *Bielefeld* (Nr. 36 vom 12. Februar 1915) schreibt:

„Was Borchardt wollte, nämlich eine gewisse Clique in der Partei in Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Reichstagsfraktion noch zu übertrumpfen, ist ihm jetzt glänzend gelungen. Er ist fortan der Kronzeuge der *Kreuzzeitung*, der *Post* und Blätter ähnlichen Schlages. So taucht er doch wieder aus der Versenkung auf, in die ihn sein, sagen wir einmal sonderbares Verhalten alten bewährten Parteigenossen gegenüber hinabgestoßen hatte. Auf dem Hintergrunde der *Post* und der *Kreuzzeitung* hebt sich das Relief Borchardts parteiretterischer Tätigkeit besonders wirkungsvoll ab.“

Die *Rheinische Zeitung* in *Köln* (Nr. 26 vom 1. Februar 1915) lässt sich wie folgt vernehmen:

„Dieser Borchardt, der seiner Landtagskandidatur unter Umständen verlustig ging, mit denen er beim besten Willen keinen Staat machen kann, betreibt das Geschäft der Parteikritik nicht allein

---

<sup>1</sup> Vorlage: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/borchardt/1915/august1914/abgedankt.htm>

in seinen Lichtstrahlen und in der Auslandspresse, sondern auch in Broschüren. Der wissenschaftliche Sozialismus wird darin malträtiert, dass es einen Hund jammern könnte.“

Das *Volksblatt für Hamburg* behauptet, meine Klagen richteten sich nur gegen die Zeitungen, die meine Artikel nicht drucken. – Dieses eifrige Bemühen, eine sachliche Kritik meiner Broschüre durch Verunglimpfung meiner Person zu ersetzen, ist aber, soweit ich sehen kann, keinem so gut gelungen, wie der *Chemnitzer Volksstimme*, in welcher am 12. Februar 1915 (Nr. 35) zu lesen war:

„Es ist ganz selbstverständlich, dass die Auslassungen des Julian Borchardt in seiner Broschüre die Partei auf das schwerste schädigen müssen. Das ist ja auch der *einzig* Zweck dieser Schrift gewesen. Wir möchten der bürgerlichen Presse sagen, dass dieser Julian Borchardt ein notorischer Lump ist, der, wenn nicht der Krieg dazwischengekommen wäre, längst zur Partei hinausgeschmissen worden wäre. Nun benutzt er die Galgenfrist, die ihm der Krieg gegeben hat, um durch gewissenloseste Niederträchtigkeiten die Arbeiterbewegung zu schädigen. Wir möchten dringend bitten, dem Treiben dieses Burschen nicht die mindeste Beachtung zu schenken.“ Red.

Der verantwortliche Redakteur dieses Blattes war an jenem Tage *Erich Kuttner*.

Wer an der Straße bauet, muss die Leute reden lassen. Und wenn es einem Gassenbuben beliebt, mich mit Schmutz zu bewerfen, kann ich auch nicht gleich hinter ihm herlaufen. Es wäre mir ein leichtes, den Mann, der das geschrieben, durch die Gerichte bestrafen zu lassen. Aber „die Welt wird durch keine Strafe gebessert, kehret sich nichts daran, sie prallet und bellet dawider“, sagt Dr. Martin Luther. Es kann mir deshalb nicht einfallen, gegen solche Anwürfe etwas anderes zu unternehmen, als – ihnen möglichst weite Verbreitung zu geben. Den Lesern meiner Broschüre aber bin ich die Mitteilung schuldig, dass das Schiedsgericht, vor dem man mich im vorigen Jahre anklagte (und auf dessen Verhandlungen jene Anwürfe hinzielen) nicht nur meinen Ausschluss aus der Partei einstimmig abgelehnt, sondern auch ebenso einstimmig ausgesprochen hat, dass ich würdig bin, Vertrauensämter zu bekleiden. Mich dünkt, die Gehässigkeit, welche meine Schrift bei den genannten und noch einigen anderen Personen ausgelöst hat, ist ein Zeichen dafür, dass sie doch wohl so ungefähr das Richtige getroffen haben muss.

*Lichterfelde*, den 20. Februar 1915

Julian Borchardt

## Vorbemerkung zur 4. Auflage.

Die vorliegende Schrift stammt aus den ersten Monaten des Weltkrieges. Sie erschien im Januar 1915 und ist, nächst der Zeitschrift Lichtstrahlen, das erste an die Öffentlichkeit getretene Dokument derjenigen, die in Deutschland unter den Orgien, welche die nationale Verhetzung damals feierte, der Sache des Sozialismus und Kommunismus treu geblieben sind. Infolgedessen hat sie nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande weiteste Beachtung gefunden, und die 10 000 Exemplare der drei ersten Auflagen waren schon nach wenigen Monaten vergriffen.

Da seit der November-Revolution 1918 das Interesse für diese Schrift sich wieder stark gezeigt hat, geben wir sie hiermit in unveränderter Form von neuem heraus.

Berlin-Lichterfelde, im April 1919.

Hedwigstr. 1.

Verlag der Lichtstrahlen.

## 1. Die Gründe der Reichstagsfraktion.

Als am 4. August 1914 die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags einmütig für Bewilligung der Kriegskredite stimmte, hat dies viele überrascht. Welches waren ihre Gründe!

Im Namen der Fraktion gab ihr Vorsitzender *Hugo Haase* die folgende Erklärung ab (worin diejenigen Stellen, die als Gründe in Betracht kommen, hier durch den Druck hervorgehoben werden):

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern für Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. *Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.*

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

*Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.* Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die *das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung* jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, dass die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.

Die hier angegebenen Gründe wurden ergänzt und erweitert durch ein Schreiben, welches *Philipp Scheidemann*, zugleich Mitglied der Fraktion und des Parteivorstandes, am 21. August 1914

an die New Yorker Volkszeitung richtete (in dieser veröffentlicht am 19. September). Ihm seien die folgenden Sätze entnommen:

*„Den Krieg hat in Deutschland niemand gewollt. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache der deutschen Kriegserklärung an Russland und schließlich auch an Frankreich. Hätte Deutschland, das über die Vorbereitungen seiner Nachbarn genau unterrichtet war, noch einige Zeit gezögert, dann wäre Russland mit seiner längst heimlich betriebenen Mobilmachung fertig geworden und hätte unser im Osten nur mäßig geschütztes Land mit seinen Kosaken überflutet. Und dann wehe uns! ...“*

*„Auf Russland lastet die Hauptschuld an dem jetzigen Kriege. Noch während der Zar mit dem deutschen Kaiser im Depeschenwechsel stand, um scheinbar für den Frieden zu wirken, ließ er heimlich nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen Deutschland rüsten.“*

*„Dass Frankreich, das republikanische Frankreich, auf Tod und Verderben mit dem russischen Absolutismus verbunden ist, ist eine schier unfassbare Tatsache. Und dass England, das parlamentarisch regierte, demokratische England, Seite an Seite mit den Russen gegen Deutschland kämpft, um „für Freiheit und Kultur“ einzutreten, das ist eine Heuchelei von wahrhaft gigantischer Schamlosigkeit...“*

*„Die Sozialdemokratie der europäischen Westmächte hat getan, was in ihren Kräften stand, um den Krieg zu verhüten. Ihre Macht reichte dazu noch nicht aus. Am 1. August 1914 sah sich die Sozialdemokratie eines jeden einzelnen Landes vor die entsetzliche Tatsache des Krieges gestellt. Was tun? ...“*

*„Wir in Deutschland hatten die Pflicht, uns gegen den Zarismus zu wehren, hatten die Aufgabe zu erfüllen, das Land der am meisten entwickelten Sozialdemokratie zu schützen vor der drohenden Knechtschaft durch Russland ... Ein von dem Zaren geknechtetes Deutschland hätte die sozialistische Bewegung der ganzen Welt, nicht nur die Deutschlands, um Jahrzehnte zurückgeworfen ...“*

*„Wir verlangen in unserem Programm das Volksheer an Stelle des stehenden Heeres. Warum verlangen wir das Volksheer? Weil wir es für den besten Schutz gegen jeden Angriff auf das Vaterland halten. Also! Auch wir wollen unser Vaterland schützen. Hätten wir nun in der Stunde der Not sagen sollen: ja, das Vaterland wollen wir gegen das Knutenregiment des Zaren auch schützen, aber wir verlangen den Schutz durch eine Miliz! Da wir eine Miliz noch nicht haben, bedienen wir uns des stehenden Heeres nicht, da lassen wir lieber die Kosaken ins Land!! ...“*

*„Eine geradezu schändliche Rolle spielt England in diesem Kriege. Wenn Frankreich gegenüber Russland durch einen unglückseligen Vertrag gebunden ist, England war nicht gebunden! England aber, das neidisch ist auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, benutzte den von Deutschland an Belgien in der Not begangenen, vom Reichskanzler im Reichstag offen und ehrlich zugegebenen Neutralitätsbruch als Vorwand, um uns den Krieg zu erklären. Und England krönte sein abscheuliches Verhalten, indem es sogar ein ostasiatisches Land gegen uns mobil machte. Japan, dessen Söhne bei uns wirklich weitgehende Gastfreundschaft genossen, ihr Wissen bei uns bereichert und ihre industriellen Kenntnisse bei uns erworben haben, erweist sich nun als das wirklich widerwärtigste und verlogenste Volk der Welt ...“*

Stellt man die in diesen beiden Auslassungen angegebenen Gründe sinngemäß zusammen, so ergibt sich der folgende Gedankengang:

Die Sozialdemokratie der europäischen Westmächte (darunter die deutsche Sozialdemokratie) hat getan, was in ihren Kräften stand, um den Krieg zu verhüten. Sie war zu schwach.

So hatte sie seit dem 1. August nicht zu entscheiden, ob sie zur Verhütung des Krieges noch etwas tun könne, sondern wie sie sich in dem tatsächlich ausgebrochenen Kriege zu verhalten habe.

Hierbei war maßgebend, dass in Deutschland niemand den Krieg gewollt hat, die Hauptschuld vielmehr auf der russischen und demnächst auf der englischen Regierung lastet.

Ferner war maßgebend, dass das eigene Land vor feindlichen Invasionen geschützt werden musste; sodann, dass bei einer deutschen Niederlage das Land zerstückelt werden und in die Knechtschaft des Zarismus geraten würde, was nicht nur die deutsche, sondern die gesamte sozialistische Bewegung der ganzen Welt um Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Endlich galt es, die Kultur und Selbständigkeit der deutschen Nation sicherzustellen.

Hierzu kommt noch ein weiterer Grund, der zwar in beiden Erklärungen nicht angegeben wird, aber in den Sitzungen der zuständigen Parteikörperschaften tatsächlich den Ausschlag gegeben hat. Das war die Überzeugung, dass bei einem anderen Verhalten auf der Stelle eine grausame Verfolgung der Partei wie der freien Gewerkschaften eingetreten wäre, Auflösung der Vereine und Verbände, Konfiskation der Kassen, Zertrümmerung der Organisationen usw.

Bezeichnungen, wie die Japans als „wirklich widerwärtigsten und verlogenen Volkes der Welt“, oder die, dass England eine „Heuchelei von wahrhaft gigantischer Schamlosigkeit“ begehe und „neidisch sei auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes“, können hier füglich übergangen werden. Denn hier handelt sich's darum, die Gründe und Zusammenhänge zu *verstehen*. Dazu helfen aber solche Bezeichnungen, wie sie schon im Kampf um Troja die Helden des alten Homer sich gegenseitig an den Kopf zu werfen pflegten, nicht im allergeringsten.

## 2. Was tat die Sozialdemokratie für den Frieden?

Wie man sieht, ist die Voraussetzung alles weiteren die, dass die Sozialdemokratie vor dem Ausbruch des Krieges alles getan habe, was in ihren Kräften stand, um ihn zu verhüten. Es ist nicht von ungefähr, dass Scheidemann dies mit solchem Nachdruck behauptet. Denn in der Tat hatte das Proletariat der ganzen Welt dies von der Sozialdemokratie, und zumal von der deutschen Sozialdemokratie, erwartet, weil sie sich in feierlichster Form dazu verpflichtet hatte. Das geschah auf dem Internationalen Sozialistenkongress zu Basel am 24. und 25. November 1912. In dem Protokoll jenes Kongresses kann man es (auf S. 23) nachlesen, dass das damals beschlossene Manifest mit den Worten beginnt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“

„Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale“ – so heißt es dann weiter in dem Manifest (S. 25, 26 bis 27) – fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu ... Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Gräueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.“

Der deutsche Parteivorsitzende Hugo Haase, der als Beauftragter der deutschen Delegation und damit der gesamten deutschen Partei sprach, erklärte dazu (S. 29 bis 30 des Protokolls):

„Namens der deutschen Delegation erkläre ich die Zustimmung zu dem Manifest ... Soviel an uns liegt, soll die Zukunft (der aufsteigenden Klasse) nicht aus einem Meer von Blut und Gräueltaten hervorgehen. Wir werden deshalb unter Anwendung der Methoden, die unsere Verhältnisse, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zulassen, das Maximum unserer Kraft einsetzen, um das zu sichern, was wir alle sichern wollen, den Weltfrieden und unsere Zukunft ...“

Wenn diese Reden und die ganze Veranstaltung zu Basel nicht als hohles Theaterspiel gelten sollen, so sind dies Versprechungen in denkbar feierlichster Form, welche insbesondere die sozialdemokratischen Parteien Englands, Frankreichs und Deutschlands abgegeben haben. – Wie sind sie gehalten worden, als ihre Stunde schlug?

Was die Sozialdemokratie in England und Frankreich getan hat, wissen wir noch nicht. Hoffentlich erfahren wir es dereinst. Allzu viel wird's wohl nicht sein, wenn man aus ihrer eifrigen Kriegstätigkeit, die nach Kriegsausbruch begann, schließen darf. Was aber die deutsche Sozialdemokratie getan hat, das sei an dem Beispiel Berlins illustriert.

Das österreichische Ultimatum an Serbien datiert von Donnerstag, dem 23. Juli. Am Freitag früh war es in allen Berliner Zeitungen zu lesen – ausgenommen den Vorwärts! Die Sozialdemokraten von Groß-Berlin, soweit sie auf den Vorwärts angewiesen sind, wussten am ganzen Freitag noch nichts von der drohenden Kriegsgefahr. Erst Sonnabend früh erfuhren sie davon. Inzwischen hatten schon Freitagabend Unter den Linden die bekannten patriotischen Straßenkundgebungen begonnen. Sie wiederholten sich am Sonnabend spät und am Sonntag von Mittag an. Die Sozialdemokraten aber wurden zu Versammlungen am folgenden – Dienstag einberufen. In der Zwischenzeit verbot der Polizeipräsident weitere Straßenumzüge. Am Dienstag in den sozialdemokratischen Versammlungen wurden weitere Veranstaltungen für den kommenden – Sonntag (2. August) angekündigt. In diesen fünf Tagen stand aber die Weltgeschichte nicht still. Am Donnerstagnachmittag stieg die Erregung aufs höchste, weil der Lokalanzeiger durch Extrablätter die (noch verfrühte) Nachricht von der Mobilmachung verbreitete. Am Freitag wurde der Kriegszustand verhängt, am Sonnabend erging der Befehl zur Mobilmachung und die Kriegserklärung. Damit hörte jede weitere sozialdemokratische Massenaktion auf.

Inzwischen aber fanden die ganze Woche hindurch Verhandlungen statt zwischen dem Parteivorstand und dem Reichskanzler, über deren Inhalt und Ergebnis bisher nichts öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Das ist, soweit Groß-Berlin in Betracht kommt, die Tätigkeit der Sozialdemokratie gewesen, von der Scheidemann behauptet, sie habe getan, was in ihren Kräften stand, um den Krieg zu verhüten.

Aber hätte sie denn mehr tun können? Den Gedanken, etwa durch einen Generalstreik die Mobilmachung zu stören, hat sie stets klar und unumwunden abgelehnt; auch in Basel. Die Wahl der Mittel zur Kriegsverhütung hätte sie sich ausdrücklich vorbehalten. Vielleicht standen ihr keine Mittel zur Verfügung?

Wir begnügen uns mit Anführung dessen, was die maßgebenden Führer der deutschen Sozialdemokratie vor zwei Jahren zu Basel unter dem jubelnden Beifall sämtlicher Delegierten gesagt haben, wobei noch bemerkt werden mag, dass die Erörterungen in Basel gerade dem Kriege galten, der im August 1914 ausgebrochen ist, und den man damals schon befürchtete.

Der Parteivorsitzende *Hugo Haase* (S. 13 des Protokolls) sagte:

„Die großen Demonstrationen des Proletariats ... müssen wie ein Menetekel in Flammenschrift an den Wänden der Paläste der Könige, der Minister und Botschafter erscheinen, gerade jetzt, wo der Balkankrieg unseren Herrschenden, wenn sie nur lernen wollten, die Lehre

zu Gemüte führt, dass eine Truppe keinen Sieg erringt, die nicht mit voller Begeisterung und Hingabe für eine große Sache in die Schlacht zieht, sondern lediglich gezwungen von dem eisernen Arm der militärischen Disziplin. Die Herrschenden sollen wissen, dass das internationale Proletariat aus tiefster Seele den Krieg verabscheut und dass sie es nie dazu bringen werden, mit Begeisterung in den Kampf zu ziehen und auf die zu schießen, die es schätzt, die es liebt, seine proletarischen Brüder.“ (Stürmischer Beifall.)

Am Ende dieser Rede Haases verzeichnet der Bericht noch einmal: „Stürmischer, lang anhaltender Beifall.“

In dem *Manifest*, das nachher vom Kongress einstimmig beschlossen wurde, heißt es (S. 24):

„Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge des Weltkrieges hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.“

Und am Schluss (S. 27) wendet sich das Manifest an die Proletarier und Sozialisten aller Länder mit dem Ruf:

„Sorgt dafür, dass die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben.“

*Jean Jaures* aber, der hier im Namen des Internationalen Bureaus, also im Namen der gesamten Sozialdemokratie aller Länder sprach, sagte (S. 27):

„Wenn wirklich das ungeheure Verbrechen des Weltkrieges vollbracht würde, die Proletarier werden im Fühlen und Denken geeint sein, und die Regierenden müssen wissen, dass sie den Arbeitern zumuten würden, dann nicht nur ihr Leben, nein, auch ihr Gewissen preiszugeben.“

Als aber im August 1914 der Krieg wirklich ausbrach, da haben die berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, nämlich, die Reichstagsfraktion, der Parteivorstand und der allergrößte Teil ihrer Presse, alles getan, was in ihren Kräften stand, um die deutsche Arbeiterschaft – mit Begeisterung für den Krieg zu erfüllen.

Mit tiefer Verachtung sprach *August Bebel* am Schluss des Kongresses zu Basel (S. 41 des Protokolls) von denjenigen Pfaffen, die am Weihnachtsfest Frieden predigen würden, ohne selbst zu glauben, was sie sagen:

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, davon werden in den nächsten Wochen wieder Hunderttausende von Kanzeln in den christlichen Kirchen widerhallen, und doch ist es in Wahrheit die größte Heuchelei. Denn dieselben Männer, die so predigen, würden vielleicht mit noch größerer Wollust auf die Kanzel steigen und das Volk zu dem mörderischen, menschenvernichtenden, alles zerstörenden Kriege zu begeistern trachten.“

„Sehr wahr“ verzeichnet hier das Protokoll und zeigt durch diesen Zuruf, dass die Teilnehmer des Kongresses mit dieser Äußerung *Bebels* einverstanden waren.

### 3. Wer ist schuld am Kriege?

Jedoch, die in Basel abgegebenen Versprechungen galten nur einem Angriffskriege. Dieser Krieg ist aber für Deutschland eine Verteidigung, Deutschland ist von seinen Feinden überfallen worden, „auf Russland lastet die Hauptschuld“, sagt *Scheidemann*.

In den langen, dem Krieg vorangegangenen Jahrzehnten haben wir von der sozialdemokratischen Partei anderes über die Triebfeder geschichtlicher Entwicklung gehört. Und

auch die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie, hat für Leute, die gleich Scheidemann die Ursachen des Krieges in der Bosheit einzelnen Personen suchen, nur Spott und Hohn übrig. In ihrer Nr. 2 (vom 16. Oktober 1914, S. 35) schreibt *Gustav Eckstein* über einige bürgerliche Professoren und Dichter:

„Sie scheinen sich der landläufigen Vorstellung hinzugeben, das bürgerliche Leben Mitteleuropas, das seit 43 Jahren äußerlich so ruhig und ungestört dahinfloss, hätte auch weiter noch durch Jahrhunderte so ruhig weiterfließen können, wenn nicht irgendein ruchloser Bösewicht, ein Fürst oder ein Volk, diese schöne Ruhe gestört hätte, und nun handle es sich darum, nach Art eines Sherlock Holmes den schuldigen Übeltäter zu ermitteln.“

In der Tat genügt ja einiges Nachdenken, um zu erkennen, dass das zutrifft, was die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gelehrt hat, und dass es absurd ist, die Schuld bei einzelnen Personen zu suchen. Bekanntlich war es der deutsche Kaiser, der den Krieg zuerst an Russland, dann an Frankreich erklärte. Warum hat er ihn erklärt? Weil die russische Regierung ihre gesamte Heeresmacht sowohl gegen die österreichische wie gegen die deutsche Grenze mobil machte. Kein vernünftiger Mensch kann hieraus dem deutschen Kaiser oder seinen verantwortlichen Räten einen Vorwurf machen. War nicht in der Tat durch den Kriegszustand der gesamten russischen Armee die Sicherheit des Deutschen Reiches bedroht, und war nicht mithin die deutsche Regierung verpflichtet, den Vorsprung auszunutzen, den die schnellere Kriegsbereitschaft des deutschen Heeres gegenüber der langsameren Mobilmachung der ungeheuren russischen Truppenmassen gewährte? Wer möchte auf gleichem Posten anders handeln? Keine Schuld trifft diese Männer, sondern sie haben einfach ihre Pflicht getan.

Also dann läge die Schuld bei der russischen Regierung? Warum machte sie gegen Deutschland mobil, dadurch dessen Sicherheit bedrohend! – Stellt man die Frage so, dann liegt darin schon das Eingeständnis, dass die russische Mobilmachung gegen Österreich gerechtfertigt war. Gibt man dies jedoch zu, dann muss man auch weiter zugeben: die russische Regierung wusste doch, dass Deutschlands leitende Männer entschlossen waren, der österreichischen Regierung zu helfen, sofern Russland sich in ihren Konflikt mit Serbien einmischte. Und sie wusste überdies, dass ihre Mobilmachung viel länger dauert als die deutsche. Ist also die russische Mobilmachung gegen Österreich gerechtfertigt, dann ergab sich die gegen Deutschland von selbst. Kein Verschulden trifft die Männer, die sie anordneten, sondern sie haben ihre Pflicht getan.

Aber mussten sie denn gegen Österreich mobil machen? Darauf werden sie antworten: Österreich hat ja zuerst gegen Russland mobil gemacht: wir mussten unsere Grenzen sichern. Und so müssen wir weiter gehen und die Schuld bei der österreichischen Regierung suchen. Wenn sie Händel mit Serbien hatte, was brauchte sie gegen Russland das Heer auf Kriegsfuß zu stellen? – Natürlich musste sie das, denn es war seit Jahrzehnten kein Geheimnis, dass die russische Regierung sich in ihre Abrechnung mit Serbien einmischen werde.

So sitzt das Karnickel, das angefangen hat, doch wieder in der russischen Regierung? Konnte sie nicht Serbien seinem Schicksal überlassen, der gerechten Strafe für den Meuchelmord in Serajewo? – Es ist nicht nötig und an dieser Stelle nicht möglich, den ganzen Komplex der Balkanfragen aufzurollen, welche zeigen, aus welchen tief verankerten Notwendigkeiten heraus die russische Regierung sich mit Serbiens Geschick verknüpfen musste. Mit der Mobilmachung gegen Österreich tat sie, was ihres Amtes war.

Bleibe endlich noch einmal die österreichische Regierung übrig. Konnte sie nicht dem Konflikt mit Serbien aus dem Wege gehen, da man doch seit vielen Jahren wusste, dass er den Weltkrieg

entfesseln werde?<sup>2</sup> – Aber nein doch, sie konnte es nicht. Man lese das deutsche Weißbuch, und man wird sich schnell überzeugen, dass durch die großserbische Propaganda der österreichisch-ungarische Staat in seinem Bestande bedroht war. Dem endlos untätig zuzuschauen, wäre eine grobe Pflichtverletzung der österreichischen Staatsmänner gewesen. Und die Serben? Will man ihnen einen Vorwurf daraus machen, dass sie aus der Zerrissenheit und Zersprengtheit in drei, vier fremde Staaten zu einem unabhängigen Nationalstaat zu gelangen trachten? Dann mache man den Deutschen von 1866 und 1870 den gleichen Vorwurf.

Also wohin wir blicken, treffen wir nirgends auf Bösewichte, die das Völkermorden „anzettelten“, sondern nur auf Staatsbeamte, die die Pflichten ihres Amtes erfüllten. Nicht anders im Westen. Deutschland konnte nicht nur gegen Russland mobil machen, sondern in Anbetracht des russisch-französischen Bündnisses musste es dasselbe zugleich gegen Frankreich tun. Damit trat für Frankreich gegenüber Deutschland genau die gleiche Situation ein, wie für Deutschland gegenüber Russland. Nicht Personen sind am Ausbruch des Krieges schuld, sondern die allgemeinen politischen Zusammenhänge.

#### 4. Die Gründe der Diplomaten.

Nun aber steht Scheidemanns Behauptung, dass auf Russland die Hauptschuld am Kriege laste, überdies noch im Widerspruch zu dem, was die sozialdemokratische Partei bis unmittelbar vor Ausbruch des Krieges sagte, und zu dem, was berufene bürgerliche Federn bis auf den heutigen Tag verkünden. In dem erwähnten *Berliner Mitteilungsblatt*, das von der Leitung der Berliner Sozialdemokratie herausgegeben wird, ist die Rede von einer kleinen, aber einflussreichen Clique, die innerhalb der *schwarzgelben Grenzpfähle* (d. h. also in Österreich) das Kriegsfeuer schürt und vor allem gegen Serbien hetzt. In der Woche, welche der Kriegserklärung voranging, betonte der Vorwärts Tag für Tag, dass die *österreichische* Regierung den Konflikt mit Serbien vom Zaun gebrochen habe, und dass es Pflicht der deutschen Regierung sei, ihrer österreichischen Bundesgenossin in den Arm zu fallen; tue sie es nicht, so sei sie, das heißt die *deutsche* Regierung, schuld an den Folgen. Allerdings ist Scheidemann nicht Redakteur des Vorwärts, aber da in denselben Tagen eifrig zwischen Parteivorstand und Regierung verhandelt wurde, darf man es als sicher annehmen, dass der Vorwärts damals über diese Dinge nicht ein Wort anders als im Einverständnis mit dem Parteivorstand geschrieben hat. Und auch der württembergische Landesvorstand schrieb in einem Flugblatt, das zur Verbreitung am 2. August bestimmt war: „Die österreichische Kriegspartei wollte den Krieg“. Und als vor zwei Jahren der erste Balkankrieg ausgebrochen war und schon damals alle Welt die österreichische Einmischung befürchtete, da sagte auf dem Internationalen Kongress zu Basel im Namen der deutschen Delegation der Parteivorsitzende *Hugo Haase* (S. 30 des Protokolls):

---

<sup>2</sup> Zu Dutzenden könnten die Publikationen aufgezählt werden, die das seit Jahren voraussahen. Hier sei nur verwiesen auf das „Mitteilungsblatt der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins“, das bereits am 11. Dezember 1912 schrieb: „Hinter dem kleinen Serbien steht Russland. Versagt also die Rosstäuscherkunst der Diplomaten, geht der Wahnwitz der Herrschenden so weit, die Kriegsbestie zu entfesseln, dann tritt nach Herrn v. Bethmann Hollwegs Versicherung Deutschland mit ‚schimmernder Wehr‘ an Österreichs Seite. Frankreich ist aber dank der Bündnispolitik der herrschenden Klassen Europas Russland zur Waffenhilfe verpflichtet, und auch England wird bei dem allgemeinen Kriegstanze nicht Mauerblümchen spielen wollen.“ So klar wusste man schon 2 Jahre zuvor, wie die Dinge sich entwickeln würden, sobald die österreichische Regierung an Serbien den Krieg erklärt.

„In Übereinstimmung mit unseren Brüdern in Österreich-Ungarn halten wir es für die Pflicht der deutschen Regierung, der österreichisch-ungarischen Regierung ein entschiedenes Halt zuzurufen auf der Bahn, die sie beschritten hat.“

Natürlich ist hiermit noch nichts darüber entschieden, ob der Vorwärts, der Parteivorstand und der württembergische Landesvorstand vor dem 3. August oder Scheidemann nach dem 3. August recht hat. Nur steht fest, dass die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vom 3. August, an dem Tage, an welchem die Reichstagsfraktion in geschlossener Sitzung ihre Beschlüsse fasste, das Gegenteil dessen verkündeten, was ihnen bis zum 3. August als richtig gegolten hatte.

Wie es in Wirklichkeit um die Gründe bestellt war, die den Ausbruch des Krieges in jenem Augenblick veranlassten, das ist leicht zu erkennen, wenn man sich an die Schriften von Sachkennern aus den bürgerlichen Parteien hält. Der bekannte Weltpolitiker Paul Rohrbach veröffentlichte im Oktober ein Flugblatt „Warum es der deutsche Krieg ist“. Darin schildert er, wie seit 1909 in Russland wie in Frankreich in beschleunigtem Tempo gerüstet wird und wie im Jahre 1912 dem französisch-russischen Bündnis der ausgesprochene Kriegsscharakter gegeben wird. Dann sagt er weiter:

„Die Antwort darauf waren unsere große Militärvorlage und die Wehrsteuer. Der Überfall auf Deutschland-Österreich wurde zwischen der französischen und der russischen Militärverwaltung, wie man annehmen darf, für den Anfang oder die erste Hälfte 1916 geplant. Wir waren davon unterrichtet. Menschlicher Voraussicht nach waren wir nicht imstande, dem Angriff zu entgehen. Wir konnten uns rüsten, aber wir änderten damit nichts an der Tatsache, dass durch das Fortrüsten unserer Gegner die Waagschale tiefer zu ihren Gunsten sank, als wir durch unsere Vorbereitungen auszugleichen imstande waren. Noch besaß zwar Frankreich ein Gewehr, das unserem unterlegen war, aber es war drauf und dran, eine automatische Mehrladewaffe einzuführen, die möglicherweise jenen Mangel mehr als gutgemacht hätte. Noch hat die französische Artillerie keine schweren Feldgeschütze, aber bis 1916 könnte sie solche ebenso gut haben wie wir. Noch war ein großer Teil der französischen Festungen nicht modernisiert, aber sie waren im Begriff, es zu werden. Noch war die Aufstellung der ungeheuren Friedensformationen in Russland nicht vollkommen durchgeführt, aber mit jedem Vierteljahr kamen die Russen diesem Ziel näher.“

Da kam der Meuchelmord in Serajewo, und „mit einem Schlage wurde Österreich-Ungarn vor die Frage gestellt: Sein oder Nichtsein. Damit war auch für Deutschland eine Politik ohne weitere Wahl gegeben“. Zwar habe die russische Regierung schon vorher versucht, Deutschland dem österreichischen Bündnis zu entfremden durch das Anerbieten der Eingliederung von Deutsch-Österreich. Aber das wäre ja doch nicht für lange gewesen. Ein paar Jahre später wäre dann das durch die Zertrümmerung Österreichs um so stärker gewordene Russland im Verein mit Frankreich und England doch über uns hergefallen.

„Als daher Österreich nach der serbischen Untat die Frage an uns richtete, ob wir fest an seiner Seite stehen wollten, sobald es sich entschloss, zum Gang auf Tod und Leben anzutreten, statt zu dem Selbstmord, der ihm zugemutet wurde, da konnte unsere Antwort nicht zweifelhaft sein. Indem wir sie aber gaben, mussten wir uns klar sein, und waren uns auch darüber klar, dass wir, wenn auch nicht ohne weiteres den Krieg, so doch die nahe Möglichkeit des Krieges wählten. In Wahrheit stand unsere Wahl ebenso wie die Österreich-Ungarns nicht zwischen Krieg und Frieden, sondern zwischen dem Krieg von heute und dem Krieg ein oder zwei Jahre später: nur dass er dann unendlich gefährlicher für uns geworden wäre.“

Genauso wie Rohrbach haben alle bürgerlichen Weltpolitiker die Lage beurteilt. Insbesondere wurde sie so auch von den leitenden Stellen der Armee beurteilt. Zum Beweise genügt es, die bekannte Broschüre des Oberstleutnants *Frobenius* „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“

anzuführen. Sie erregte im Frühjahr 1914 großes Aufsehen, weil der deutsche Kronprinz dem Verfasser telegraphisch seine Anerkennung ausgesprochen hat. Die Broschüre ist die gründlich durchdachte, sehr sorgfältige Arbeit eines außerordentlich guten Kenners der militärischen Verhältnisse. Sie zeigt, dass sowohl Russland als auch Frankreich im Sommer 1914 sehr wenig kriegsbereit waren, dagegen mit Macht darauf hinarbeiteten, spätestens im Frühjahr 1916 kriegsbereit zu sein. Wir können hier leider aus der sehr lehrreichen Schrift keine langen Auszüge bringen und müssen auf sie selbst verweisen. Nur folgende auf Frankreich bezügliche Stellen seien wiedergegeben:

(S. 72 bis 74.) „Da sich der im zweiten Jahr dienende Jahrgang der 1890 Geborenen weigerte, noch ein Jahr länger bei der Fahne zu bleiben ... entschloss man sich, ihn im Herbst 1913 zu entlassen und dafür zwei Rekrutenjahrgänge, nämlich die 1892 und 1893 Geborenen, gleichzeitig einzustellen. Infolgedessen sind jetzt (Frühjahr 1914) zwei Jahrgänge gleichzeitig durch den einen, schon ein Jahr dienenden auszubilden, *ein Umstand, der es der französischen Armee beinahe unmöglich machen würde, sich jetzt in einen Krieg einzulassen.*“

Dagegen werde im Herbst 1914 ein weiterer Jahrgang, 1894, einberufen werden, ohne dass der Jahrgang 1891 entlassen wird.

„Die Folge wird sein, dass man nicht nur drei, sondern sogar vier Jahrgänge im nächsten Jahr (1915) in der stehenden Armee haben kann, d. h. eine größere Stärke, als für den Kriegsstand notwendig ist.“

Der gleiche Zustand werde auch 1916 wieder eintreten, dann aber nicht mehr. „Hat Frankreich bis dahin den Zweck der überstarken Rüstung nicht erreicht, hat es nicht vermocht, Russland und England mitzureißen zum Angriff auf Deutschland, so wird es voraussichtlich vorläufig auf den Rachekrieg verzichten müssen, wenn es nicht sich selbst wirtschaftlich ruinieren will. Der Zustand, den Frankreich sich durch diese ausnahmslose dreijährige Dienstzeit bei der Fahne geschaffen hat, ist nichts anderes als eine andauernde Kriegsbereitschaft.“ Die aber könne es auf die Dauer nicht ertragen:

*„Deshalb ist die Konsequenz der militärischen Maßnahmen Frankreichs, dass es auf den Beginn des Krieges gegen Deutschland im Jahr 1915 oder 1916 unter allen Umständen drängen muss.“*

Aus diesen und vielen ähnlichen Auslassungen folgt, dass die entscheidenden Stellen in Deutschland einen Angriff von Russland und Frankreich in ein bis zwei Jahren mit Sicherheit erwarteten. Hält man sich dies vor Augen und nimmt dann das deutsche Weißbuch zur Hand, so ist jeder Zweifel ausgeschlossen.

Am 23. Juli stellte die österreichische Regierung an die serbische eine Reihe von Forderungen, die in die Selbständigkeit des serbischen Staates eingriffen. Die serbische Regierung hat mehrere dieser tief einschneidenden Forderungen bewilligt, z. B. die Auflösung eines Vereins, der gegen Österreich-Ungarn agitierte; die Umgestaltung des öffentlichen Unterrichts; die Entlassung bestimmter Offiziere und Beamten. Andere Forderungen hat sie abgelehnt. So war verlangt worden, „jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hass und zur Verachtung gegen die (österreichisch-ungarische) Monarchie aufreizt“. Die serbische Regierung erwiderte, dass dazu erst das serbische Pressgesetz und die serbische Verfassung geändert werden müssen; sie erklärte sich bereit die erforderlichen Änderungen bei ihrem Parlament zu beantragen. Es war verlangt worden, österreichische Beamte bei der Unterdrückung der antiösterreichischen Bewegung in Serbien mitwirken zu lassen. Die serbische Regierung erklärte sich bereit, „jede Mitwirkung anzunehmen, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde“. Verlangt war, österreichische Beamte in Serbien an der polizeilichen Untersuchung gegen Teilnehmer der Verschwörung vom 28. Juni mitwirken zu lassen.

Diese Forderung hat die serbische Regierung abgelehnt. Sie hat sich aber bereit erklärt, soweit die österreichische Regierung durch ihre Antwort nicht befriedigt sei, die Entscheidung dem Internationalen Schiedsgericht im Haag oder einer Konferenz der Großmächte zu überlassen.

Wer wollte sich darüber täuschen, dass die österreichische Regierung die Annahme ihrer Forderungen gar nicht erwartete und dass umgekehrt die serbische Regierung den ihr damals unerwünschten Krieg durch jede irgendwie mögliche Nachgiebigkeit zu vermeiden suchte? Man stelle sich vor, die englische Regierung hätte bei der deutschen die Unterdrückung jeder gegen England gerichteten Propaganda beantragt, oder sie hätte gar verlangt, bei irgendwelchen polizeilichen Amtshandlungen gegen deutsche Staatsbürger in Deutschland sollten englische Beamte mitwirken! Hätte sie vernünftigerweise auf die Erfüllung solcher Forderungen rechnen können? Nein, wenn ein Staatsmann derartige Forderungen stellt, so weiß er, dass sie abgelehnt werden. Und wenn er für diesen Fall Krieg androht, so war Krieg seine Absicht. Nun aber gibt die deutsche Regierung – im deutschen Weißbuch – bekannt, dass sie ihrem Bundesgenossen versichert hatte, „dass eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, ihre Billigung finden würde“, und dass sie sich dabei „wohl bewusst war, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bundespflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte“. Nimmt man dies hinzu, so haben wir die Tatsachen beisammen, die zur Beurteilung dieses Punktes gehören.

Darum wäre es aber doch ganz falsch, der deutschen und österreichischen Regierung aus ihrem Verhalten irgendeinen Vorwurf zu machen. Sie waren überzeugt, dass die Feinde sie in ein bis zwei Jahren überfallen würden; sie waren überzeugt, dass den Feinden der Krieg *jetzt* sehr unangelegen kam; sie waren überzeugt, dass jede Verzögerung den Feinden Stärkung bringen müsse; sie waren überzeugt, dass die eigenen Armeen jetzt besser als in Zukunft kriegsbereit seien – da haben sie getan, was ihres Amtes war. Die landläufige Unterscheidung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg ist eben hinfällig. Jeder wusste, dass der Krieg früher oder später kommen werde, so war jeder in Verteidigungsstellung. Die beste Deckung aber ist der Hieb, und man kann der deutschen wie der österreichischen Regierung das Zeugnis nicht versagen, dass sie zur Verteidigung den Hieb glänzend geführt haben.

## 5. Die Grundlagen des Sozialismus.

Wenn aber die Sache so lag, wenn die deutsche wie die österreichische Regierung von ihrem Standpunkt aus nur die Pflichten ihres Amtes erfüllt haben, um ihre Länder gegen feindliche Angriffe rechtzeitig zu sichern, war dann nicht auch die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet, sie nach Kräften dabei zu unterstützen?

Dem zu widersprechen, geht in der Zeit des Burgfriedens nicht an. Nur darf ganz bescheiden daran erinnert werden, dass diese Entwicklung der Dinge die deutsche Sozialdemokratie nicht überrascht haben kann. Sie war von ihr genauso vorausgesagt worden, und es war ihr zur Zeit, als sie in Basel ihre Versprechungen abgab, schon bekannt, dass die Dinge so und nicht anders verlaufen würden.

Woher konnte die Sozialdemokratie so gut prophezeien?

Hier ist es nötig, in aller Nüchternheit auf die Grundlagen des Sozialismus einzugehen, trotzdem das vermutlich ein wenig langweilig wird. Hoffentlich wird niemand, der für Vaterland und Sozialismus so große Opfer bringen soll, das kleine Opfer ein paar langweiliger Minuten scheuen.

Die Lehre des Sozialismus beruht auf zwei tragenden Pfeilern: dem historischen Materialismus und der Werttheorie. Will man Sinn und Inhalt des historischen Materialismus ganz kurz

zusammenfassen, so besagt er, dass das geschichtliche Werden der Menschheit von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Folglich, um die *Geschichte* der Gegenwart zu verstehen, müssen wir die *Wirtschaft* der Gegenwart kennen. Diese wird uns durch die Werttheorie erschlossen. Deren Inhalt ist kurz und bündig der folgende: aller vorhandene Wert und Reichtum wird durch menschliche Arbeit geschaffen; ohne Arbeit, von Menschen geleistet, gibt es keinen Wert.<sup>3</sup> Aller durch die Arbeit geschaffene Wert geht alsdann in zwei Teile; den einen bekommen die Arbeiter als Lohn den anderen behalten die Besitzer des Kapitals als Mehrwert.

Wir wollen hier, wohl verstanden, nicht darüber diskutieren, ob diese Lehre richtig ist; wir wollen nur zeigen, dass und wie auf ihr der Sozialismus beruht. Man mag diese Lehre für falsch halten, und niemandem, dem ihre Richtigkeit nicht bewiesen erscheint, können wir zumuten, sich zu ihr zu bekennen. Aber wer sie bestreitet, ist kein Sozialist. Nur dies zu zeigen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Weil es nämlich eine bestimmte, gegebene Summe Wert ist, die sich Kapitalisten und Arbeiter teilen müssen, so folgt daraus: je größer der eine Teil, desto geringer der andere. Jede Steigerung des Anteils der Arbeiter kann nirgendwoher sonst genommen werden als aus dem Anteil der Kapitalisten. Außer dem ist nichts da. Und ebenso umgekehrt. Folglich, indem die Arbeiter streben, ihre Löhne zu erhöhen, streben sie nach Verringerung der Kapitalprofite, und die Kapitalisten, wenn sie ihre Profite zu erhöhen suchen, wirken auf Verringerung des Arbeitslohnes hin. Dieser Tatbestand ist auf den ersten Blick nicht immer sichtbar. Wenn die Kapitalisten die Erhöhung des Profits durch Preissteigerung zu erreichen suchen, dann holen sie ihn direkt aus dem Konsumenten heraus, worunter ja auch viele Kapitalisten sind. Es bedarf tieferer Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge, um zu erkennen, dass dies nur Umwege sind, die an der Tatsache nichts ändern, dass letzten Endes doch aller Profit aus der menschlichen Arbeit gezogen wird.

Nun hat sich der Sozialismus zum Ziel gesetzt, die Arbeiter zu befreien. – Befreien wovon? Von der Ausbeutung. – Worin besteht die Ausbeutung? Eben in der Tatsache, dass der allein von der menschlichen Arbeit geschaffene Wert zu einem erheblichen Teil Profit wird. Diese rein objektive Tatsache ist es, die wissenschaftlich mit dem Ausdruck Ausbeutung bezeichnet wird. Es liegt darin kein persönlicher Vorwurf und folglich auch keine Aufreizung gegen die Personen der Kapitalisten. Im Gegenteil, der Sozialismus ist weit entfernt davon, die Kapitalisten persönlich für diejenigen Zustände verantwortlich zu machen, aus denen er die Arbeiter befreien will. Aber er lehrt, dass aus der Ausbeutung (im wissenschaftlichen Sinne des Worts) die Übelstände entspringen, unter denen die Völker der Gegenwart leiden. Und darum geht sein Streben dahin, die Ausbeutung zu beseitigen, d. h. die ganze gegenwärtige Wirtschaftsweise in eine andere umzuwandeln.

Bestimmte Gründe zwingen die Kapitalisten, auf eine beständige Vergrößerung ihres Mehrwerts bedacht zu sein. (Schon deshalb, weil er sonst, wie wir noch sehen werden, abnehmen und zuletzt verschwinden müsste.) Ihn zu steigern gibt es zwei Möglichkeiten, die wir an einem Beispiel erläutern wollen. Man stelle sich vor, dass allgemein 10 Stunden täglich gearbeitet wird. In 8 Stunden werde der Wert erzeugt, welchen die Arbeiter als Lohn erhalten. Dann bleiben 2 Stunden übrig für die Produktion des Mehrwerts. Drückt man den Lohn der Arbeiter herunter, so dass sie nur noch das Produkt von 7 Stunden bekommen, so ist der Mehrwert um das Produkt einer Stunde vergrößert. Dieses Mittel kann aber die Bedürfnisse des Kapitals auf die Dauer nicht befriedigen,

---

<sup>3</sup> Manche Kritiker des Sozialismus behaupten gern, hiermit nur die körperliche Arbeit gemeint. Das ist natürlich falsch. Einmal lässt sich eine strenge Grenze zwischen „körperlicher“ und „geistiger“ Arbeit überhaupt nicht ziehen, zu jeder Arbeit brauchen wir Körper *und* Geist. Sodann erzeugt jede Arbeit Wert, sofern sie nur nützlich und für die Gesellschaft notwendig ist.

weil der Lohn doch nicht allzu tief heruntergedrückt werden kann. So hoch, dass die Arbeiter davon existieren können, muss er schon bleiben. – Ein anderes Mittel wirkt nachhaltiger.

Im obigen Beispiel war angenommen, dass der Lebensunterhalt der gesamten Arbeiter – oder dessen Wert – in 8 Stunden täglich produziert wird. Wenn es nun gelingt, die Ergiebigkeit der Arbeit so zu steigern, dass die gleichen Bedarfsgegenstände in 7 Stunden täglich erzeugt werden, dann können die Arbeiter nach wie vor auskömmlichen Lohn kriegen; dessen Wert ist aber verringert und der Mehrwert ist um das Produkt einer Stunde vergrößert.

Diesen Weg ist das Kapital vornehmlich gegangen. Er heißt Steigerung der Produktivität, Fortschritt der Technik. Auf diesem Wege stößt das Kapital auf keine Grenzen. Nichts hindert, die Ergiebigkeit der Arbeit immer weiter und immer weiter zu steigern, so dass der Lebensunterhalt der Masse mit immer weniger Arbeit produziert wird und für den Mehrwert immer mehr übrigbleibt.

Als bald aber macht sich ein innerer Widerspruch geltend. Steigerung der Produktivität, Fortschritt der Technik, die das Kapital aus so gewichtigen Gründen unablässig betreibt, bedeutet, dass immer weniger menschliche Arbeit nötig ist, um immer größere Produktenmassen herzustellen. Es werden also Arbeiter überflüssig. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter nimmt ab. Selbst wenn sie an und für sich noch wächst, so wächst das Kapital, das sie beschäftigt, weit schneller. Sie sinkt also mindestens im Verhältnis zum angewandten Kapital.

Nun aber wird Wert und folglich auch Mehrwert nur von der lebendigen menschlichen Arbeit erzeugt, nicht von den Maschinen und Werkzeugen. Indem also das Kapital das einzige Mittel anwendet, das dauernd den Profit steigern kann, schwächt es die Quelle, aus der allein sein Profit fließt. Der Profit wächst, aber die Profitrate (d. h. das Verhältnis des Profits zum angewandten Kapital) sinkt. Die Kapitalisten wissen das auch ganz gut, und dies treibt sie zu immer rapiderer Steigerung der Technik.

Und noch ein anderer Widerspruch macht sich geltend. Die unaufhörlich wachsende Produktivität liefert immer riesigere Warenmassen, vornehmlich solche für den Bedarf der Arbeiter, denn reiche Leute gibt es so wenig, dass deren Bedarf keine Rolle spielt. Sollen die Kapitalisten in den Genuss des Profits kommen, so müssen diese Warenmassen zuvor verkauft werden. Die Arbeiter sollen sie kaufen. Das aber können die Arbeiter nicht. Von vornherein betrug ja ihr Lohn nur einen Teil des Wertes der Waren, die sie produzieren. Sie können also nicht die Gesamtheit dieser Waren kaufen, ein Rest bleibt unverkäuflich. Und dieses Missverhältnis wächst gerade durch die Steigerung der Produktivität. Denn es nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, und auch die Beschäftigten bekommen von dem Wert der Waren, die sie produzieren, einen immer kleineren Teil. Das war ja gerade der Zweck des technischen Fortschritts, den anderen Teil, den Mehrwert zu vergrößern. Also wohlverstanden: der Lohn, den die beschäftigten Arbeiter kriegen, kann wachsen; aber der diesen Lohn übersteigende Betrag des Warenwertes wächst noch schneller. Immer gewaltigere Warenmassen bleiben unverkäuflich. Dies ist die letzte Ursache der Krisen und Zusammenbrüche.

Ein radikales Mittel dagegen wäre denkbar: nämlich eine solche Steigerung der Löhne, dass die Arbeiter die liegengebliebenen Warenmassen wegkaufen können. Aber das würde eine entsprechende Verminderung des Profits bedeuten, also gerade den Zweck vereiteln, den das Kapital verfolgt.

In dieser Bedrängnis weiß sich das Kapital keinen anderen Rat, als für die Waren, die es im Inlande nicht loswerden kann, Absatz im Auslande zu suchen, oder auch die Produktion teilweise ins Ausland zu verlegen. Dem dient die Kolonialpolitik aller kapitalistischen Staaten, wozu nicht nur die Erwerbung von Kolonien in wilden Ländern gehört, sondern auch die Kapitalanlagen in der

Türkei, in Persien, China usw. Da jedoch die Kapitalisten aller Nationen zu dem gleichen Ausdehnungszwang gezwungen sind, so entstehen Gegensätze zwischen ihnen, die zu feindlichen Zusammenstößen führen können. Das haben sie von jeher klar erkannt, und daher ihr Streben, ihre ausländischen Kapitalunternehmungen durch Waffenrüstungen zu sichern: Weltmachtspolitik.

Diese Wirtschaftstheorie des Sozialismus lehrt uns den sozialen Aufbau der Staaten verstehen und aus ihm ihre politische Betätigung, d. h. ihre Geschichte begreifen. So geartete Wirtschaftskörper, die als selbständige Staaten nebeneinander existieren, müssen früher oder später in Konflikte geraten. Auf Grund dieser Theorie hat deshalb die Sozialdemokratie das Kommen des Weltkrieges seit vielen Jahren vorausgesagt. Dass übrigens der Krieg zwischen den Staaten entbrannt ist aus den Gegensätzen zwischen ihren Kapitalisten und dass er um deren Anteil am Weltmarkt geführt wird, das bestätigen auch die Weltpolitiker bürgerlicher Parteien. Wir zitieren zum Beweis folgende Stellen aus einer kürzlich erschienenen Broschüre „Der Weltwirtschaftskrieg“ von *Arthur Dix* (S. 4-5):

„Russland befand sich in einer großzügigen Agrarreform, die seiner landwirtschaftlichen Produktion eine wesentliche Steigerung der Erträge in Aussicht stellte. Für dieses Mehr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen sollte ein willfähriger Absatzmarkt erzwungen werden ... Dazu kam die Entwicklung der Industrie im westlichen Russland, der es an ungehemmtem Zugang zum offenen Weltmarkt über das natürliche Ausfalltor der Weichselmündung gebracht. Auch diesen Zugang zu erzwingen, war ein ausgesprochenes Ziel weltpolitischen Strebens in Russland ...

... England neidete dem Deutschen Reich nicht nur seinen Weltmachtanteil ..., es neidete Deutschland vor allen Dingen seinen Weltmarktanteil! Für England ist der große Krieg 1914 ganz ausgesprochenermaßen ein Wirtschaftskrieg ... Der alte Zwischenhändler Europas wollte nicht dulden, dass im eigentlichen Herzen dieses Erdteils eine Volkswirtschaft sich entwickelte, die so mächtig hineinwuchs in die Weltwirtschaft ...“

Wenn also der Krieg geführt wird, um den Kapitalisten des einen oder des anderen Landes die Ausdehnung auf dem Weltmarkt zu sichern, so soll er an dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem natürlich nichts ändern. Im Gegenteil, er soll ja gerade den Kapitalisten des einen oder des anderen Landes den Raum und die Möglichkeiten zur Erhaltung ihres Wirtschaftssystems verschaffen.

Noch einmal wiederholen wir: diese Theorie kann vielleicht falsch sein. Wir haben sie hier nur dargelegt, nicht bewiesen. Und niemand ist verpflichtet, sie ohne Beweis als richtig hinzunehmen. Aber es ist die Theorie des Sozialismus. Wer die Sicherung der Ausdehnungsmöglichkeiten des Kapitals als im Interesse der Arbeiter selbst liegend bezeichnet, der setzt voraus, dass keine Ausbeutung der Arbeiter stattfindet. Er mag vielleicht recht haben. Aber wenn die Arbeiter nicht ausgebeutet werden, dann brauchen sie auch nicht von der Ausbeutung befreit zu werden. Dann ist der Sozialismus falsch, und die Tätigkeit sozialdemokratischer Parteien ist dann überflüssig.

## 6. Zweckmäßigkeitsgründe.

Hier sieht man so recht, wie die graue Theorie so einen „gelehrten Stubenhocker“ an seinem grünen Tisch in die Irre führen kann! Bekommt es der Mensch fertig, nur weil die Konsequenzen einer Theorie es verlangen, die praktischen Verhältnisse völlig aus dem Auge zu verlieren! Wenn also die sozialdemokratische Fraktion, um das Prinzip zu wahren, die Kredite abgelehnt hätte, wenn die sozialdemokratische Presse jener Theorie entsprechend sich verhalten hätte, was wäre die unweigerliche Folge gewesen? Auflösung der Wahlvereine und Gewerkschaften, Verbot der Zeitungen, das Standrecht gegen alle irgendwie bekannten Führer, vielleicht sogar gegen die

Abgeordneten. Was aber wäre dann aus der Sozialdemokratie geworden? Völlige Vernichtung wäre ihr Los gewesen.

Wie bereits erwähnt, hat dieses Argument den eigentlichen Ausschlag gegeben. Am 28. September 1914, in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure, setzte der Kassierer des Parteivorstandes, *Otto Braun*, auseinander, dass in den geschäftlichen Unternehmungen der Partei 20 Millionen Mark Kapital stecken und ca. 11 000 Angestellte beschäftigt werden. Als um dieselbe Zeit der Vorwärts verboten war und die zuständigen Körperschaften berieten, was zu tun sei, hieß das Losungswort: ein Kapital von einer Million Mark steht auf dem Spiel. So entschloss man sich, die Erlaubnis zum Wiedererscheinen des Vorwärts mit der bekannten Versicherung zu erkaufen, dass er während des Krieges das Thema Klassenkampf nicht behandeln werde.

Was ist hierzu zu sagen? – Nichts als dies, dass man dann aber auch ehrlich und konsequent eingestehen soll, dass man früher Falsches gelehrt, und dass die Sozialdemokratie abgedankt hat. Nichts als dies, dass eine Sache von vornherein verloren ist, sobald ihre Anhänger sich scheuen, Opfer für sie zu tragen. Es bedeutet den vollständigen Bankrott der Sozialdemokratie, dass im Momente der Organisation, unsere Kassen, unsere Existenzen, wenn es nottut, dem Ideal aufzuopfern haben! Noch ist keine Sache groß geworden ohne Opfer. Wo wäre das Christentum, wo das Vaterland, ja, wie wäre der Sozialismus je zu seiner heutigen Größe angewachsen, wenn sich nicht Tausende und Zehntausende dafür geopfert hätten! Doch auch hierüber ist auf dem Baseler Kongress – und wiederum unter jubelnder Zustimmung sämtlicher Delegierten – das Notwendige gesagt worden. Wir brauchen nur zu zitieren.

Jene Rede, die *Jean Jaures* im Auftrage des Internationalen Bureaus hielt, schloss er mit den Worten (S. 27):

„Nicht nur leichthin gesprochen, nein, aus dem Tiefsten unseres Wesens erklären wir: wir sind zu allen Opfern bereit.“ (Große Bewegung und langanhaltender stürmischer Beifall.)

Und aus Klara Zetkins Rede, die, von lebhaftem Beifall empfangen, im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder sprach, seien folgende Sätze in Erinnerung gebracht:

(S. 35.) „Uns (den sozialistischen Frauen und Müttern) ist die Stärke zu Opfern gekommen, die viel schwerer fallen als die Hingabe unseres eigenen Blutes. Darum können wir die Unserigen kämpfen und fallen sehen, wenn es der Sache der Freiheit gilt. Für diesen Kampf wollen wir dafür sorgen, dass die Frauen der Massen erfüllt werden von dem Geist jener sagenhaften antiken Mütter, die ihren Söhnen den Schild reichten mit den Worten: entweder mit ihm oder auf ihm!<sup>4</sup> Unsere brennende Sorge soll eine geistige Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts sein, die unsere Söhne davor bewahrt, zum Brudermord für kapitalistische und dynastische Interessen, für die kulturwidrigen Zwecke des Profits, der Herrschsucht, des Ehrgeizes einer Minderheit gezwungen zu werden, die sie aber gleichzeitig stark und reif macht, in freiem, zielbewusstem Wollen ihre ganze Existenz im Freiheitskampfe einzusetzen.“

„Stürmischer Beifall“ verzeichnet hier wieder der Bericht. Als aber im August 1914 die große Stunde schlug, da entschied für die Reichstagsfraktion, den Parteivorstand und den größten Teil der Parteipresse – *nicht* für Klara Zetkin, wie eingeschaltet sein mag, um Irrtümern vorzubeugen – die

---

<sup>4</sup> Das bedeutet: entweder siegreich oder tot will ich dich wiedersehen. – In Sparta wurde der gefallene Krieger auf seinem Schild nach Hause gebracht.

Rücksicht auf 20 Millionen Mark Kapitaleinlage in den Parteigeschäften. Aber nein doch! Nicht die Rücksicht auf den schnöden Mammon war es, sondern die Sorge um die Erhaltung der Organisationen, die später, nach dem Kriege, wieder den Freiheitskampf in alter Weise aufnehmen sollen!

In alter Weise? Ebenso wie im August 1914?

„Ich flieh, um öfter noch zu streiten,  
Rief Fix, der Kern von tapferen Leuten.  
Das hieß (so übersetz ich ihn):  
Ich flieh, um öfter noch zu flieh'n!“

So hat Lessing das schon vor rund 150 Jahren im Voraus gekennzeichnet. Wozu inzwischen, bis der spätere Freiheitskampf kommt, die sozialdemokratischen Organisationen gedient haben, das finden wir mit Klarheit von dem konservativen Professor *Hans Delbrück* angegeben. Er schreibt in seinen Preußischen Jahrbüchern (September 1914, S. 562 bis 563):

„Wie weggeblasen war (von der deutschen Sozialdemokratie am 4. August) der ganze Schwulst der staatsfeindlichen Redensarten; der internationale Proletarier erwies sich als eine bloße Kampfesmaske; mit einem Ruck war sie heruntergerissen, und es erschien das ehrliche Gesicht des deutschen Arbeiters, der nichts anderes begehrt, als an der Seite seiner Volksgenossen, wenn das Vaterland ruft, zu streiten ...“

„ ... Es genügt nicht, den Sozialdemokraten zu danken, dass sie ihr Parteiprogramm in die Ecke gestellt haben und unter der nationalen Fahne mitmarschieren, sondern man muss sich auch klar machen, welches Verdienst sie sich direkt durch ihre Organisationen erworben haben. Stellen wir uns vor, wir hätten diese großen Arbeitervereinigungen nicht, sondern diese Millionen ständen dem Staat nur als Individuen gegenüber, so ist es doch sehr wahrscheinlich, dass sich sehr viele unter ihnen finden würden, die, nicht von der allgemeinen Bewegung ergriffen, der Einberufung zur Armee passiven oder auch aktiven Widerstand entgegengesetzt hätten. Vor 1870 haben die Mobilmachungen an nicht wenigen Orten oft nur mit Gewalt durchgesetzt werden können. Das ist sogar hier und da 1813 vorgekommen: diesmal hat sich auch nicht das geringste dergleichen ereignet. Das macht: heute ist in Deutschland sozusagen jedermann organisiert und folgt seiner Organisation. Indem diese gesellschaftlichen Kräfte mit der staatlichen Autorität zusammenwirkten, bildete sich erst jene ungeheure Kraft, die wir in dieser Mobilmachung vor unseren Augen sich haben entfalten sehen“

## 7. Sozialdemokratie und Patriotismus.

Aber – sagt die Erklärung der Fraktion vom 4. August – wir machen ja nur wahr, was wir immer betont haben. Haben wir je den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit auf uns sitzen lassen? Haben wir nicht stets beteuert, dass wir mindestens ebenso gute Patrioten sind, wie die bürgerlichen Parteien?

In der Tat, das haben wir getan. Nur haben wir dabei stets einen sorglichen Unterschied gemacht zwischen unserem Patriotismus und dem des Kapitals. Im Jahre 1907 erschien eine Schrift von *Karl Kautsky* über „Patriotismus und Sozialdemokratie“, die auch heute noch sehr lesenswert ist. Wir lesen darin auf S. 9 bis 10:

„Wie jede Klasse, setzt auch die Kapitalistenklasse ihre Interessen gleich denen der gesamten Nation. Ihr Interesse beruht aber auf dem Mehrwert. Je größer der Mehrwert der Kapitalisten einer Nation, desto mehr gedeiht – ihrer Ansicht nach – die Nation selbst. Patriotismus bedeutet für sie die Verfechtung der Interessen des Mehrwerts, den die Ausbeuter der eigenen Nation einstecken.“

Es war wohl nicht ganz derselbe Patriotismus, den die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nahm. – Und weiter schreibt *Kautsky* (an derselben Stelle):

„Der Mehrwert, das heißt Profit, Zins, Grundrente steigt aber umso höher, je geringer die Löhne, je länger die Arbeitszeit, je mehr teure und widerstandsfähige durch billige und willige Arbeitskräfte, Frauen, Kinder und rückständige Ausländer, ersetzt werden. Die Verelendung der Masse des Volkes ... die körperliche und geistige Herabdrückung der Masse des Volkes ist nicht immer das Ergebnis, stets aber das Ziel des Strebens der Kapitalistenklasse. Die Nation dem Verkommen zu überliefern, das gehört zum Patriotismus der Kapitalistenklasse.“

War es dieser Patriotismus, den wir meinten? – Sodann schildert *Kautsky*, wie das Streben nach Steigerung des Mehrwerts die Kapitalisten zur Expansion über die Grenzen des eigenen Landes, zur Weltmarkt- und Weltmachtspolitik führt, wie hierbei die Kapitalisten der verschiedenen Nationen feindlich aufeinanderstoßen und wie dann ihr Patriotismus auf seinen Gipfel steigt:

(S. 11:) „Dieser Patriotismus bedeutet für sie nicht Hingabe an das Vaterland, das Opfern von Gut und Blut für das Vaterland, sondern die Ausbeutung des Vaterlandes, das Gut und Blut seiner Volksmassen einsetzen soll, um den Profit seiner Kapitalisten im Ausland zu schützen. Das Vaterland ist nicht für das Volk da, sondern die Volksmassen sind für das Vaterland da, dieses aber ist für die großen Ausbeuter da: das ist die Quintessenz des kapitalistischen Patriotismus.“

War es wirklich *dieser* Patriotismus, den die Sozialdemokratie meinte, wenn sie früher sich patriotisch nannte? – Und immer noch deutlicher wird *Kautsky*. Auf S. 11 spricht er davon, wie die Volksmasse gezwungen wird,

„ihre ohnehin schon dürftige Existenz noch mehr einzuschränken, um die Kosten einer ungeheuren Wehrmacht zu bezahlen, die angeblich der Verteidigung des Vaterlandes dienen soll, unter den heutigen Verhältnissen tatsächlich nichts anderem dient als der Verteidigung des Profits“,

um dann auf S. 12 zu sagen:

„Daher bedeutet der kapitalistische Patriotismus nicht bloß eine wachsende Verschärfung der Gegensätze der Nationen, ein Wachstum der Gefahr eines Weltkrieges ... er bedeutet auch immer mehr das Hinarbeiten auf den Ruin der eigenen Nation.“

Dies war – nach Angabe der Sozialdemokraten – der Patriotismus ihrer Gegner. Welches war ihr eigener? Das hat gar schön einer von denen ausgedrückt, die heute mit am lautesten für Kriegsbegeisterung schwärmen.

Als am 4. August 1914 der Reichskanzler seine patriotische Rede hielt, da wurde er von brausenden Beifallsrufen und Händeklatschen vieler Abgeordneten begleitet. Einer der eifrigsten darunter war der Sozialdemokrat *Eduard David*. Dieser selbe Eduard David hat am 4. März 1907 im Reichstage folgende Worte über den sozialdemokratischen Patriotismus gesprochen:

„Vaterlandsliebe, das ist für uns: tatkräftiges Eintreten für die Hebung der Volksmassen, und zwar von unten herauf. Dadurch hebt man das Ganze; nicht dadurch, dass man die Reichen noch reicher macht und die Untenstehenden noch tiefer sinken lässt. Unsere zweite nationale Forderung ist, dass unser Volk zur Kultur geführt werde. Wenn Sie uns antinational nennen, dann frage ich: wer hat Ihnen den Patriotismus in Alleinpacht gegeben? Die Sozialdemokratie hat für die Wohlfahrt und die Ehre des deutschen Vaterlandes mehr geleistet als die Parteien der Rechten. Also wir verlangen als erste nationale Forderung: materielle Hebung der breiten Massen des Volkes in Stand und Land, von unten auf. Das ist der Leitstern unserer nationalen

Wirtschaftspolitik, das ist unsere Heimatspolitik. Und die zweite nationale Forderung lautet: Bildung für das ganze Volk. Wer kennt denn im Volke unsere nationalen Denker und Dichter. Wer kann sie lesen, wer hat die Zeit dazu? Sind die großen Schöpfungen unserer Wissenschaft, unserer Kunst eingedrungen ins Volk? Nein, sie sind heute nur ein Besitztum einer kleinen privilegierten Klasse. 90 Proz. des Volkes sind davon ausgeschlossen. Darum fordern wir Bildung für alle! Und der dritte, ebenso wichtige Punkt der nationalen Wohlfahrt und auch für unser Ansehen nach außen ist die Forderung der Mündigkeit unseres Volkes. Es ist für die Nation der Dichter und Denker ein beschämender Zustand, dass das Volk über seine Geschicke nichts zu sagen hat. Wir verlangen die volle Mitbestimmung des Volkes, ein demokratisches System, wo der Wille des Volkes und kein anderes oberstes Gesetz ist. Dieses unser nationale Programm halte ich für größer und schöner als das Ihrige.“

Sehr treffend wurde auch von einem Anonymus 1908 das in Worte gekleidet, was die Sozialdemokratie damals unter Patriotismus verstand. V. E. Teranus [Arthur Zapp] schrieb in seinem Buche „Hurraschreier“ (S. 178):

„In gewissem Sinne haben wir auch Patriotismus: wir lieben unsere heimische Kultur, die heimische Sprache, die Schätze unserer heimischen Literatur, und wir werden sie umso mehr lieben, je mehr uns die geistige Kultur erschlossen wird... Der offizielle Patriotismus ist ein politik-kriegerischer und stützt sich auf nationalen Dünkel und chauvinistische Überhebung und auf die Verachtung fremder Nationalitäten. Sein Gegenstand ist die zufällige jedesmalige staatsrechtliche Einheit. Solch ein Patriotismus erscheint uns unsinnig und lächerlich. So haben wir z. B. heute einen deutschen Reichspatriotismus, während wir vor 1870 nur einen preußischen, bayerischen, sächsischen und noch ungefähr einige andere 30 Patriotismusse kannten ... Diesen lächerlichen Patriotismus, der von heute auf morgen seinen Gegenstand wechselt, und heute verdammt, was ihm gestern heilig war, machen wir nicht mit ...

... Einen Patriotismus, der andere Völker mit Krieg überziehen will, um sie eines Teiles ihres Landes oder ihres Kolonialbesitzes gewalttätig zu berauben, einen solchen Patriotismus verachten wir, erklären wir für Barbarei ...

. . . Für uns ist der wahre Patriot der, der auch seinen ärmsten Volksgenossen an dem wirtschaftlichen Aufschwung und der steigenden Kultur teilnehmen lassen will, der dahin strebt, dass auch dem Niedrigstgeborenen sein Menschenrecht, sein Recht auf Genuss und Glück zuteilwird.“

## 8. Nation und Klasse.

Mit einem Wort, bis zum 4. August 1914 kannte die deutsche Sozialdemokratie – ihren Worten und ihren Werken nach – nur *einen* Feind der eigenen Nation: nämlich die Verelendung und Ausbeutung der Volksmassen, die verursacht sei durch die kapitalistische Produktionsweise. Deshalb, so lehrte sie bis zum 4. August gelte es, einzig und allein die kapitalistische Produktionsweise zu bekämpfen, und hierzu sei das internationale Zusammenwirken der Proletarier aller kapitalistischen Staaten unerlässlich. Wer demgegenüber verkündete, dass zuerst und vor allen Dingen alle Angehörigen derselben Nation zusammengehören, dass also die deutschen Arbeiter mit den deutschen Kapitalisten durch ein stärkeres Band vereinigt seien, als mit den Arbeitern der anderen Länder – der wurde von der deutschen Sozialdemokratie so halb und halb als ein Schwindler hingestellt, der die deutschen Arbeiter über ihre wahren Interessen zu täuschen sucht, um sie als Vorspann für die Interessen ihrer Feinde, der deutschen Kapitalisten, zu benutzen. Hören wir wieder *Karl Kautsky*.

In seiner Broschüre „Patriotismus und Sozialdemokratie“ sagt er (S. 8), dass

„das Aufsteigen und Erstarben des Proletariats jeder Nation aufs engste verknüpft ist mit dem Aufsteigen der Proletarier der anderen Nationen ... Auch die kleinbürgerliche Demokratie hat den Wunsch nach allgemeiner Friedfertigkeit, aber bloß das Proletariat empfindet das Bedürfnis nach innigem Zusammenwirken aller Nationen zu gemeinsamem Wohlstand, gemeinsamer Kultur. Und bloß das Proletariat empfindet die daraus hervorgehende Pflicht, den Unterdrückten und Ausgebeuteten jeder Nation in ihrem Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung hilfreich zur Seite zu stehen. Diese Pflicht empfindet es selbst dort, wo die Unterdrücker und Ausbeuter der eigenen Nation angehören und ihre Opfer einer fremden. Mit den letzteren fühlt es sich aufs engste verbunden, den ersteren steht es feindselig gegenüber.“

Und weiter auf S. 12:

„Das Kleinbürgertum ... mag sich durch die patriotische Phrase darüber täuschen lassen, als wären es nicht die eigenen Kapitalisten, sondern die fremden Nationen, die das Volk bedrohten. Das klassenbewusste Proletariat weiß, was es von dieser Art Patriotismus zu halten hat, dass sie in unversöhnlichem Gegensatz steht zu seinem eigenen Patriotismus der Sicherung von Wohlstand und Kultur für die gesamte Volksmasse; einer Sicherung, die erreicht werden soll nicht durch Förderung des Profits und des Militarismus, nicht durch Entfesselung von Kolonialkriegen und Vorbereitung von Weltkriegen, sondern durch die Bekämpfung des Kapitals, des Militarismus, der Expansionspolitik im Klassenkampf des durch die internationale Solidarität aufs engste verbundenen Proletariats.“

Gegensätze zwischen den Nationen – so lehrte die deutsche Sozialdemokratie bis zum 4. August 1914 – seien nur Gegensätze zwischen ihren Kapitalisten. Diese aber verfügen über die Staatsmacht und benutzen sie, um die Arbeiter zu schwersten Opfern für den Profit zu zwingen, unter dem Vorwande, dass es fürs Vaterland geschehe. *Karl Kautsky* schreibt (S. 18):

„Da die Kapitalistenklasse über die Staatsmacht verfügt, nützt sie diese aus, sich die Volksmasse ... auch noch als Steuerzahler zinsbar zu machen. Fast in allen Ländern sucht sie das Staatsgebiet durch Zölle vom Ausland abzuschließen, Zölle, die angeblich Industrie und Landwirtschaft vor dem Wettbewerb des Auslandes schützen sollen, die aber nichts anderes bezwecken als eine künstliche Erhöhung der Profite und Grundrenten. Indes begnügen sich die Kapitalisten nicht mit dieser Art Staatshilfe, sie streben in fast allen Großstaaten auch noch danach, dass der Staat in überseeischen Ländern auf eigene Kosten und Gefahr für sie neue Ausbeutungsgebiete erobere und so die Möglichkeit neuer und hoher Profite für sie vergrößere. Diese Politik bedeutet aber nichts anderes als die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Staaten, die Vermehrung der Lasten und Gefahren, die den Völkern daraus erwachsen – einzig um der Vermehrung des Profits willen.“

(S. 19/20:) „Auch wenn diese Situation nicht zum Kriege führt, so führt sie doch zu vermehrter Kriegsbereitschaft, zu einer enormen Vermehrung der Militärlasten, da zu dem Wettrüsten zu Land nun ein Wettrüsten zur See getreten ist, das ein immer rasender werdendes Tempo einschlägt. Sie führt dazu, dass die Völker Europas immer mehr ausgepowert werden, die Staaten alle finanzielle Kraft zu sozialen Reformen und Kulturwerken verlieren, die Verelendung immer weitere Volksschichten bedroht. Und das alles um keines anderen Zieles willen als der Vermehrung des Profits ... Einzig und allein die Profitgier des Kapitals, sein unablässiges Ausdehnungsstreben bringt die jetzige Lage voll Lasten und Gefahren herbei.“

(S. 20): „Der Gegensatz, der heute die auswärtigen Verhältnisse der Großmächte beherrscht ... ist nur der Gegensatz zwischen dem Profithunger der Kapitalistenklassen der verschiedenen Nationen.“

(S. 23:) „Wir haben gesehen, dass der heutige Militarismus auch nicht im Entferntesten mehr der Verfechtung wichtiger Volksinteressen, sondern nur der Verfechtung des Profits gilt, nicht der Sicherstellung der Unabhängigkeit und Unverletztheit des eigenen Volkstums, das niemand bedroht, sondern nur der Sicherstellung und Erweiterung der überseeischen Eroberungen, die bloß der Förderung des kapitalistischen Profits dienen. Die heutigen Gegensätze der Staaten können keinen Krieg mehr bringen, dem der proletarische Patriotismus nicht aufs entschiedenste zu widerstreben hätte.“

## 9. Zusammenfassung.

Kurz zusammengefasst war also die Lehre der deutschen Sozialdemokratie bis zum 4. August 1914 die folgende:

Um seinen Profit zu sichern und zu steigern, benutzt das Kapital die Staatsmacht zur Erwerbung von Kolonien sowie zur wirtschaftlichen Unterjochung solcher Länder wie die Türkei, Persien, China, die bisher der kapitalistischen Ausbeutung noch nicht erschlossen waren. Da hierbei feindliche Zusammenstöße mit dem Kapital anderer Länder vorauszusehen waren, so benutzte das Kapital außerdem die Staatsmacht zu kolossalen militärischen Rüstungen zu Lande, zu Wasser und neuerdings auch in der Luft. Damit das Proletariat die ungeheuren Lasten, die ihm dies auferlegt, geduldig trage, werde ihm fälschlicherweise erzählt, dies alles geschehe im Interesse des Vaterlandes, geschehe im Interesse des Proletariats selbst. Auf diese Weise muss früher oder später die Zeit kommen, wo der eine oder der andere Staat die fortgesetzten Rüstungen nicht mehr aushält. Dann wird entweder er selbst auf den günstigsten Moment des Losschlagens lauern, oder die anderen werden – in der sicheren Voraussicht sonst in Nachteil zu geraten – über ihn herfallen, und das entsetzliche Morden zwischen Millionen geht los; der Weltkrieg ist da.

So die deutsche Sozialdemokratie bis zum 4. August. Seit diesem Tage sagt sie das Gegenteil, und – was wichtiger ist – seit diesem Tage handelt sie im Gegensatz zu ihrer früheren Lehre. Sie verkündet den deutschen Arbeitern, dass es jetzt keine Parteien mehr gibt; dass sie ihren Streit mit den deutschen Kapitalisten bis nach dem Kriege zurückstellen müssen; dass sie mit Begeisterung in den Kampf für das gemeinsame Vaterland ziehen müssen; ja, manche sozialdemokratischen Blätter verkünden sogar, dass die Arbeiter noch mehr als die Kapitalisten auf den Sieg der deutschen Waffen angewiesen sind.

Offenbar kann nur eins von beiden richtig sein: entweder hat die deutsche Sozialdemokratie *vor* dem 4. August recht gehabt oder *nach* dem 4. August.

Was sie *vor* dem 4. August verkündete, war die Lehre des Sozialismus. Ist diese Lehre richtig, dann ist die deutsche Sozialdemokratie an dem Tage, wo es ernst wurde, zu einer Schutztruppe des Kapitals geworden; dann sind diejenigen, die sie diesen Weg führten, genauso zu bewerten, wie ein Feldherr, der mit seiner Armee im Augenblick der Schlacht zum Feinde überläuft. Ist aber ihre jetzige Haltung richtig, dann ist der Sozialismus falsch. Dann ist nicht das deutsche Kapital der Feind, von dem allein (wie Kautsky 1907 sagte) dem deutschen Volke Gefahren drohen. Dann ist das deutsche Kapital vielmehr der Freund, von dem die deutschen Arbeiter vermittelt des Lohnes Nahrung, Kleidung, Obdach empfangen; dann sind die Feinde des deutschen Kapitals zugleich die Feinde der deutschen Arbeiter und kein Opfer kann zu groß sein, um sie abzuwehren.

Aber dann – und diese Konsequenz muss nun auch gezogen werden – dann ist alles, was die deutsche Sozialdemokratie fünfzig Jahre lang gelehrt und gearbeitet hat, falsch gewesen. Dann war es ein Verbrechen, auch nur eine einzige Militärvorlage abzulehnen, und dann hat der Reichsverband recht gehabt, als er die Sozialdemokratie deswegen vaterlandslos schalt. Eine reinliche Rechnung bitte ich mir aus, sagte Lassalle. Wenn das deutsche Kapital des deutschen

Julian Borchardt: Vor und nach dem 4. August 1914

Arbeiters Freund ist, dem er alles Gute verdankt, wie darf dann eine Partei, die des Arbeiters Interessen wahrnehmen will, das deutsche Kapital bekämpfen?

So bedeutet der 4. August 1914 die Abdankung der deutschen Sozialdemokratie.





# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Arbeiterpolitik Nr. 21 / 1918 vom 25. Mai 1918.

---

## Arbeiterpolitik 21 / 1918: Krieg aus Konkurrenzneid?

Dass der gegenwärtige Krieg ein Wirtschaftskrieg sei, darüber herrscht heute durchgehende Übereinstimmung. Aber was soll unter „Wirtschaftskrieg“ verstanden werden? Natürlich ein Krieg, der aus wirtschaftlichen Ursachen entbrannt ist. Und was sind „wirtschaftliche Ursachen“? Darunter wird meist ein rein äußerliches wirtschaftliches Begehren der Völker verstanden, oder kurz gesagt, *Konkurrenzneid*. „Deutschland war ein gefährlicher Mitbewerber auf dem Weltmarkt geworden. Das sollte nicht geduldet werden.“ So lasen wir noch in den letzten Wochen in den konservativen Zeitungen, und zweifellos ist das die allgemeine, landläufige Vorstellung.

Suchen wir uns nach ihr den Hergang im Einzelnen klarzumachen. Danach hätten in den letzten 5 oder 10 oder 20 oder noch mehr Jahren – der gemeine Mann kennt die Statistik nicht und zerbricht sich auch nicht viel den Kopf darüber – die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands sich schneller und kraftvoller entfaltet als die Englands; die Folge sei gewesen, dass die Deutschen immer mehr Waren zu exportieren in der Lage waren; sie mussten sich nach Absatzmärkten umsehen und haben so allmählich mehr und mehr den englischen Handel aus seinen früheren Absatzgebieten verdrängt. Selbstverständlich erregte das bei den Engländern Unbehagen und Ärger, die sich schließlich bis zu Hass und offener Feindschaft steigerten. Und in der Sorge, zuletzt ganz und gar von Deutschland überflügelt zu werden, sei man in England zu dem Entschluss gekommen, den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands mit den Waffen ein Ende zu bereiten.

Das dürfte so ungefähr der Gedankengang des durchschnittlichen deutschen Staatsbürgers sein. Der englische denkt natürlich entsprechend umgekehrt und schiebt den Deutschen Raub- und Eroberungsgelüste zu, um sich mit Gewalt in Besitz der englischen Absatzmärkte zu setzen. Kurzum, auf beiden Seiten stellt man sich das Verhältnis etwa nach dem Muster zweier Kleinkrämer vor, die in derselben Straße wohnen, sich gegenseitig um jeden einzelnen Kunden beneiden, dadurch in immer tieferen Groll gegeneinander geraten, bis zuletzt offene Prügelei zwischen ihnen ausbricht.

Das Verhältnis zwischen zwei Nationen ist aber doch wohl nicht ganz dasselbe wie zwischen zwei Krämer. Zwingt z.B. Schulz den Müller durch Schikane oder Gewalt zur Aufgabe seines Geschäfts, so kann er hoffen, die Lieferung für Müllers sämtliche Kunden an sich zu bringen. Wenn es aber den Engländern gelingt, sagen wir die Steinkohlenausfuhr aus Deutschland zu verhindern, können sie dann Deutschlands bisherige Kunden mit Steinkohle versorgen? Keinesfalls, sie können nicht mehr Steinkohle exportieren, als von ihrer eigenen Produktion nach Abzug ihres eigenen Verbrauchs übrigbleibt. – Oder vielleicht liegt ihnen daran, Deutschlands Waren als Zwischenhändler durch ihre Hände zu leiten, um Nutzen daran zu haben? Dazu brauchten sie keinen Krieg, denn das geschah bereits im Frieden in großem Umfange.

„England befürchtete, von Deutschland überflügelt zu werden.“ Überflügelt worin? Nur im Außenhandel, oder noch genauer in der Ausfuhr nach überseeischen Ländern und Kolonien. Nun fällt uns gewiss nicht ein, die Wichtigkeit zu leugnen, die für England die Ausfuhr nach Kolonialländern besitzt. Hält man sich aber nicht an Redensarten, sondern an die Ziffern der Statistik, so zeigt sich, dass die überseeische Ausfuhr im Rahmen des englischen Wirtschaftslebens jene überragende Bedeutung, die man ihr in der Tagespresse gewöhnlich zuschreibt, tatsächlich nicht hat.

Im Jahre 1912 z.B. betrug der Gesamtwert der englischen Ausfuhr rund 9900 Millionen Mark. Ihr stand gegenüber eine Einfuhr von 15 190 Millionen Mark. Zieht man aber selbst von dieser die wieder exportierten Waren ab, so bleibt immer noch eine Einfuhr von 12 910 Millionen Mark. Allein die Einfuhr der im Lande verbrauchten Waren war also sehr viel größer als die gesamte Ausfuhr. Dazu kommt der Handel im Lande selbst, die Industrie, die Landwirtschaft usw. Das alles muss man berücksichtigen, um die tatsächliche Stellung der Ausfuhr im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft zu erkennen.

Von dieser Ausfuhr ging aber auch nur ein geringer Teil nach fremden Kolonien und sonstigen Übersee-Ländern. Nach den eigenen Kolonien allerdings trieb England einen erheblichen Handel. Es verkaufte 1912 nach den eigenen Kolonien für ca. 3600 Millionen Mark., also rund ein Drittel seiner gesamten Ausfuhr. Wenn wir aber diesen Betrag bei Seite stellen, weil dort von einem irgendwie bedrohlichen Eindringen Deutschlands nichts zu merken war, so bleibt eine Ausfuhr von 6300 Millionen Mark. Hiervon wurden zwei Drittel, nämlich für 4300 Millionen Mark, nach den Ländern Europas und den Vereinigten Staaten verkauft, und nur nicht ganz 2000 Millionen Mark, also nur etwa der fünfte Teil der Gesamtausfuhr bleibt für die sonstigen Überseeländer übrig. Daneben betrug aber die englische Ausfuhr nach Deutschland allein etwa 820 Millionen Mark. Der Handel mit diesem einen europäischen Lande wog also für England schon fast die Hälfte alles Überseehandels auf. (Abgesehen natürlich von den britischen Kolonien selbst, für die aber, wie gesagt, eine deutsche Gefahr nicht existierte.)

Aber vielleicht hat das schnellere Wachstum des deutschen Handels, der deutschen Produktion usw. den Wohlstand der Engländer gefährdet? Auch das trifft nicht zu. Es ist richtig, dass die Statistik für Deutschland im Allgemeinen (nicht durchgängig) schneller wachsende Zahlen zeigt als für England. Aber ganz abgesehen davon, dass die Statistik heute noch auf einer recht jugendlichen Stufe steht und wichtige Teile des Wirtschaftslebens, wie z.B. den Innenhandel, überhaupt nicht zu zeigen vermag - abgesehen hiervon ist trotz des schnelleren Wachstums in Deutschland auch in England von einem wirtschaftlichen Rückgang keine Spur zu sehen. Im Gegenteil zeigt sich auch dort Fortschritt, Steigerung des Wohlstandes auf allen Gebieten.

Nun wird der „gesunde Menschenverstand“ vielleicht sagen: das macht nichts; auch wenn es dem Krämer Müller ganz gut geht, neidet er doch seinen Konkurrenten Schulze jeden Kunden; das liegt eben in der „menschlichen Natur“. - Da ist nur merkwürdig, warum der Groll der Engländer sich gerade gegen Deutschland gerichtet hat. In Amerika nämlich war der wirtschaftliche Aufschwung noch viel größer und rapider. Nur ein paar Zahlen darüber.

An Kohlen wurden gefördert in:			
	Großbritannien	Deutschland	Verein. Staaten
1860	81	17	15 Mill. Tonnen
1910	269	222	455 Mill. Tonnen
mehr	188	205	410 Mill. Tonnen
An Roheisen wurde produziert:			
1860	4	0.5	0.8 Mill. Tonnen

## Arbeiterpolitik 21 / 1918: Krieg aus Konkurrenzneid?

1910	10.5	15	28 Mill. Tonnen
mehr	6.5	14.5	27.2 Mill. Tonnen
Die gesteigerte Produktion macht sich auch in der Ausfuhr deutlich bemerkbar. Deren Wert betrug in:			
	Großbritannien	Deutschland	Verein. Staaten
1862	4000	1100	1550 Mill. Mark
1912	13 500	8900	10 000 Mill. Mark
mehr	9550	7800	8450 Mill. Mark

Ohne uns für heute in die Einzelheiten dieser und anderer Zahlen zu vertiefen – so viel zeigen sie doch, dass die Vereinigten Staaten ein mindestens ebenso gefährlicher Konkurrent Englands sind wie Deutschland. Ja, von wegen des viel schnelleren Wachstums ihrer Produktion sogar ein weit gefährlicherer. Warum, wenn der Krieg aus Konkurrenzneid entstanden ist, warum hat sich der englische Hass nicht zuerst gegen Amerika gewendet?

Es gibt Leute, denen diese wenigen Tatsachen, die ja auch noch immer sehr an der Oberfläche bleiben bereits so durchschlagend erscheinen, dass sie hiernach dem Krieg seinen wirtschaftlichen Charakter absprechen. Die englischen Staatsmänner, denen die hier erwähnten Zahlen doch auch bekannt sind, hätten sich nicht durch wirtschaftliche Motive zum Kriege bestimmen lassen, sondern durch die rein politische Erwägung, dass es Aufgabe des Staates sei, Macht zu erwerben, weil nur auf der Grundlage einer starken Staatsmacht der Wohlstand der Bürger erblühen könne.

Hiermit wird jedoch nur etwas widerlegt, was gewiss kein Mensch behauptet hat. Sollte wohl selbst der kindlichste „gesunde Menschenverstand“ sich den Hergang so vorgestellt haben, dass Lord Grey, Asquith und wie sie alle heißen, aus *unmittelbar* wirtschaftlichen Gründen in den Krieg eingegriffen haben? Auch der naivste Verstand wird sicherlich nichts anderes annehmen, als dass die Männer der englischen Regierung die Gelegenheit ergriffen oder herbeigeführt haben, um die Macht ihres Staates auf Kosten der Macht des Deutschen Reiches zu erhöhen und dadurch, also auf diesem *indirekten* Wege, die deutsche Konkurrenz zurückzudrängen. Ihre persönlichen *Motive* mögen rein politische gewesen sein, die *Ursachen* des Krieges waren darum nicht weniger wirtschaftlich. Aber die Frage, warum man sich dann seit 20 Jahren den weniger gefährlichen – und dabei militärisch stärkeren – Konkurrenten zuerst aufs Korn genommen hat, bleibt hierdurch ungelöst.

Und dies ist nur erst die eine Seite der Sache. Dazu kommt folgende zweite.

Schon im Jahre 1911 hat der Engländer Normann Angell sein Buch über „*Die falsche Rechnung*“ veröffentlicht, das in allen möglichen, selbst asiatischen Sprachen übersetzt worden ist, eine gewaltige Verbreitung gefunden und ungeheures Aufsehen erregt hat. Es ist also ganz sicher von den englischen Ministern gelesen worden. Der Verfasser beweist darin ausführlich, dass der etwa erhoffte Erfolg, Verdrängung einer fremden Konkurrenz durch einen Krieg gar nicht erreicht werden kann!

In der Tat dürfte kaum etwas leichter einleuchten als die folgenden Sätze Angells: „Keine Nation kann in unseren Tagen durch militärische Eroberung dauernd oder für längere Zeit den Handel einer anderen Nation zerstören oder wesentlich einschränken, weil der Handel von dem Vorhandensein natürlichen Reichtums abhängig ist und von der Existenz einer Bevölkerung, die ihn erzeugen kann. Solange der natürliche Reichtum eines Landes und die Bevölkerung, die ihn erzeugt, im Lande bestehen bleiben, kann kein Eroberer ersteren völlig zerstören ...“ „Ebenso wenig kann ein Eroberer die Konkurrenz der eroberten Nation durch die Annexion ihres Gebietes vernichten; der Wettbewerb würde ungehindert weitergehen. Wenn Deutschland Holland eroberte, würden die

deutschen Kaufleute ebenso wie bisher mit der holländischen Konkurrenz zu rechnen haben, und dies umso mehr, als dann die holländischen Kaufleute innerhalb der Zollgrenzen des Deutschen Reiches wirken würden.“ Dazu etwa noch folgende Sätze: „Reichtum, Wohlfahrt und Wohlbefinden einer Nation hängen in keiner Weise von ihrer politischen Macht ab ... Die Einwohner der Schweiz, Hollands, Belgiens, Dänemarks sind in jeder Beziehung so wohl daran wie die Bürger Deutschlands, Russlands, Österreichs und Frankreichs.“

Wir können hiernach folgendes als feststehend ansehen:

1. Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten ist für England in jedem Betracht erheblicher als die Konkurrenz Deutschlands.
2. Der Überseehandel, außer mit den eigenen Kolonien, indem allein die Konkurrenz als unmittelbar gefahrdrohend empfunden sein soll, hat im englischen Wirtschaftsleben nicht die richtige Bedeutung, die ihm eine oberflächliche Betrachtung zuschreibt. Er steht hinter dem Handel mit Ländern europäischer Kultur weit zurück.
3. Der Wohlstand Englands hat unter der steigenden Handelskonkurrenz anderer Länder nicht gelitten. Im Gegenteil, er hat sich bis zum Beginn des Krieges andauernd zu höherer Blüte entfaltet.
4. Ein siegreicher Krieg vermag nicht ein Land von der Konkurrenz eines anderen zu befreien.

Man wird, wie gesagt, nicht annehmen dürfen, dass diese klaren und einleuchtenden Tatsachen den Ministern irgendeines Staates sollten unbekannt geblieben sein. Aus wirtschaftlichen *Motiven* kann also der Krieg unmöglich begonnen worden sein. Es kann nicht so gewesen sein, dass irgendein Staatsmann der Welt sich gesagt habe, er wolle zum Kriege treiben, um durch Krieg seinem Lande eine Konkurrenz vom Halse zu schaffen oder sonst direkte wirtschaftliche Vorteile zu gewinnen.

Aber wenn auch nicht aus wirtschaftlichen *Motiven*, so kann der Krieg doch sehr wohl aus wirtschaftlichen *Ursachen* entstanden sein. Das ist ein Unterschied. Wer aus den hier angestellten Erwägungen heraus dem Krieg seinen wirtschaftlichen Charakter abspricht, der gibt sich zu leicht zufrieden, weil er die Frage falsch gestellt hat. Nicht darauf kommt es an, was die Staatsmänner bei der Kriegserklärung oder bei ihrer zum Kriege treibenden Politik gedacht und gewollt haben. Die Frage ist vielmehr, warum trotz der Einsicht der Staatsmänner in jene Tatsachen es dennoch zum Kriege gekommen ist. In diesem Sinne gedenken wir der Frage in Zukunft noch tiefer auf den Grund zu gehen.

Serie II

Hochaktuell!

**Vom  
Zusammenbruch des  
deutschen Imperialismus  
bis zum Beginn der  
proletarischen  
Revolution**

\*

Von  
Peter Unruh

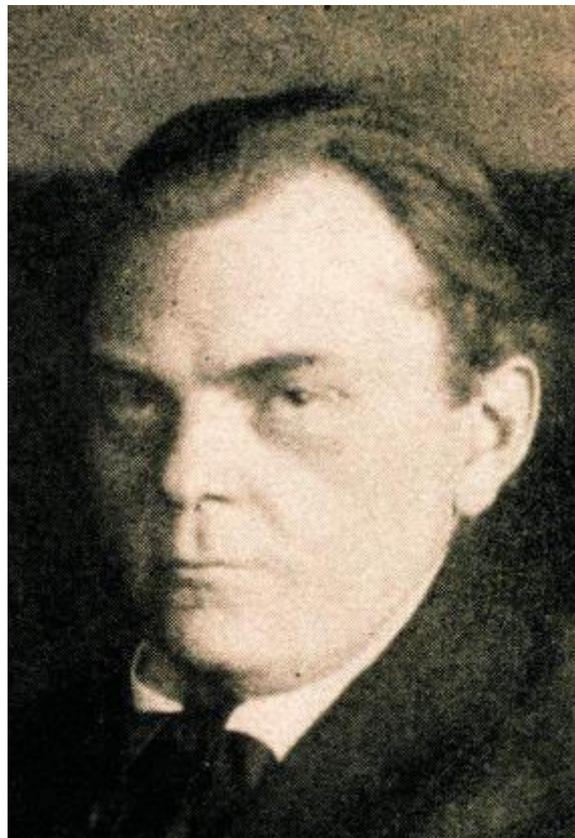
Hochaktuell!

---

B E R L I N  
im Januar 1919

## **Peter Unruh: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution**

Berlin  
Im Januar 1919



Johann Knief alias Peter Unruh (\*20. April 1880 in Bremen; † 6. April 1919 in Bremen) war ein deutscher Lehrer, Redakteur und Politiker. (Staatsarchiv Bremen)

## Einleitung.

Der Weltkrieg ist beendet. Er führte in Russland zum Zusammenbruch des zaristischen Systems und zur Etablierung der kommunistischen Sowjetrepublik. Er löste den Bund der Mittelmächte in seine Bestandteile auf, brachte die Türkei unter die Herrschaft Englands, löste in Bulgarien revolutionäre Strömungen von tiefgreifendster Wirkung aus, zerschlug die alte morsche Donaumonarchie und trieb Deutschland auf den Weg zur sozialdemokratischen Republik. Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa – das ist das vorläufige Ergebnis des gigantischen Ringens von viereinhalb Jahren.

Der Weltkrieg ist beendet. Aber der Weltfrieden ist noch nicht da. Und es hat den Anschein, dass er heute fern ist, denn je. Wäre das alte imperialistische Regiment der Mittelmächte nur militärisch niedergeworfen worden, ohne in seinem politischen Bestand angetastet worden zu sein, nun, so wäre der Friedensschluss der rein mechanische Abschluss des Krieges und verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen, jetzt aber sind die alten imperialistischen Regierungen der Mittelmächte zum Teil gestürzt, zum Teil mit kleinbürgerlich-sozialdemokratisch-republikanischen Elementen durchsetzt; das heißt, es ist dem Weltkrieg eine Periode politischer Umwälzungen gefolgt, und es machen sich Zeichen genug bemerkbar, dass diese politische Umwälzung sich zu einer sozialen Revolution auswachsen wird. In einer solchen Zeit stetiger Umwälzung, stetiger Unruhe, stetiger Neubildungen kann vom Frieden nicht geredet werden. Heute stehen die Ententemächte noch in all ihrer Siegerherrlichkeit da. Aber in Frankreich, in Italien gärt es. Aus England, namentlich aus Schottland, kommen Meldungen über zunehmende Streikbewegungen. Andere Meldungen lassen die in die Entente bestehenden Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und England einerseits, zwischen den Vereinigten Staaten und Japan andererseits immer deutlicher erkennen. Dazu operiert die Entente noch aktiv militärisch in Russland, um die Sowjetrepublik zu stürzen und kapitalistische Verhältnisse wiederherzustellen. Eins ist sicher: auch die Entente hat keine Ruhe. Sie will gewiss den Frieden; aber auch sie wird ihn nicht finden.

Was geht aus alledem hervor?

Wir sind in eine Epoche politischer und sozialer Umwälzungen eingetreten, die weit über den Rahmen der Mittelmächte hinausgreifen, die den ganzen europäischen Kontinent erfasst, die den Ausgangspunkt bilden für die Weltrevolution. Die Weltrevolution – sie ist das ureigene Ergebnis des Weltkrieges.

In einer solchen Zeit riesigster historischer Begebenheiten ist es nötig, sich Rechenschaft abzulegen über das, was vorgeht, in aller Klarheit die Geschehnisse zu zergliedern, um ihres Wesens Kern zu erkennen. Nur aus dieser Erkenntnis heraus kann man den Platz wählen, auf dem einer stehen muss, um in die Ereignisse dieser bewegten Zeit aktiv eingreifen zu können. Heute muss sich jeder entscheiden. Heute gilt nur ein Für oder Wider, ein Hüben oder Drüben. Heute muss jeder wählen, ob er mit den Ergebnissen sich abfinden will, oder ob er sich einsetzen muss für die Fortentwicklung der Dinge. Wir wollen durch eine ganz sachliche, objektive Darlegung der Verhältnisse den Boden untersuchen, auf dem sich die Kämpfe dieser Zeit abspielen. Die Kämpfer mögen sich dann ihren Kampfplatz wählen.

## Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus

Der Weltkrieg war der Zusammenprall weltpolitischer Gegensätze, namentlich des Gegensatzes zwischen dem alten Weltreich England und der jungen Weltmacht Deutschland. Das Ziel war auf der einen Seite die Festigung der englischen Weltmacht durch die Herstellung eines geschlossenen afrikanischen Reiches, das mit Hilfe des syrisch-mesopotamisch-persischen Gürtels mit Vorderindien verbunden werden sollte. Dieses Ziel setzte die Aufteilung der Türkei voraus. Auf der

anderen Seite erstrebte Deutschland die Durchdringung der Türkei, des Reiches sämtlicher Muselmanen, mit deutschem Kapital. Dieses Ziel setzte die Erhaltung der Türkei voraus und darüber hinaus die Ausbreitung der türkischen Herrschaft über ganz Vorderasien und Nordafrika. Hier kollidierten Interessen von so tiefer Gegensätzlichkeit, dass die blutige Austragung die unvermeidliche Folge war. Wohl weiß man, dass die unmittelbare Veranlassung zum Kriege das provokatorische Ultimatum Österreichs an Serbien bildete; aber die Ursache zum Kriege lag im gesamten weltpolitischen System, das durch die neueste Entwicklung des Kapitalismus und des Imperialismus hervorgebracht wurde. Weltkriege sind vom Imperialismus unzertrennlich; ja, der Imperialismus treibt in seinen tiefsten Tendenzen immer wieder zu weltpolitischen Gegensätzen von solcher Spannkraft, dass sie schließlich in Weltkriegen ihre Lösung suchen. Sieht man nur auf die äußeren Anlässe, so *gibt* es Schuldige am Kriege. Bohrt man in die tieferen Zusammenhänge hinein, so stößt man auf objektive Kräfte, die jene Schuldigen mit innerer Notwendigkeit in ihren Dienst ziehen. Die Bestrafung von Schuldigen schafft keine Weltkriege aus der Welt. Die Beseitigung jener objektiven wirtschaftlichen Triebkräfte macht jeden Weltkrieg in aller Zukunft unmöglich.

Was damals unter einem Schwall von Phrasen über die angebliche Verteidigung des Vaterlandes bis zur Undurchsichtigkeit verhüllt wurde, liegt jetzt klar vor aller Augen: nicht um die Verteidigung des Vaterlandes ging dieser Weltkrieg, sondern um die Eroberung ausgedehntester Absatzgebiete für das internationale Kapital. Nur durch den Zusammenprall so riesiger Interessengegensätze war es möglich, dass der europäische Krieg zum Weltkrieg wurde.

Als der deutsche Imperialismus in den Krieg zog, tat er es im Vollbewusstsein seiner jungen Kraft. Er glaubte es mit einer Welt von Feinden aufnehmen zu können. Aber die erste Marneschlacht zog ihm bereits eine deutlich erkennbare und nicht mehr überschreitbare Grenze. Nicht die Tatsache, dass der große Einbruch in Frankreich mit dem Ziel Paris nicht auf den ersten Hieb gelang, leitete die deutsche Katastrophe ein, sondern die Tatsache, dass durch das Fortwälzen der Westfront von den Vogesen bis an die Nordsee eine Kampfform geschaffen wurde, an der der deutsche Militarismus sich zerreiben musste. In den Unterständen der Westfront ging der deutsche Militarismus unter. Nach den ersten Einbrüchen in Frankreich, nach dem Siegesmarsch durch Belgien ist der deutschen Strategie im Westen keine militärische Operation mehr geglückt.

Sie hat im Osten den großen Durchbruch erwirkt und damit den Sturz des Zarismus herbeiführen helfen. Aber an dem Feuer, das die deutschen Waffen im Osten entfachten, hat der deutsche Militarismus sich selbst die Finger verbrannt. Kein noch so durchgreifender militärischer Erfolg im Osten vermochte die Widerstandskraft des deutschen Militarismus mehr zu erhöhen. Im Gegenteil. Jeder neue Sieg brachte die Heere tiefer in das revolutionäre Russland hinein, erhöhte den Machthunger der alldeutschen Welteroberer, er höhte damit den Widerstand der revolutionären Energien in Russland. Jeder neue Sieg durchsetzte die deutschen Ostheere mit revolutionären Elementen, breitete den Bazillus des Bolschewismus auch in den Reihen der deutschen Soldaten aus.

Im Westen gab das Stillliegen in den Schützengräben den Millionen Zeit und Muße, über den Sinn des Krieges nachzudenken. Im Osten schlug die revolutionäre Woge direkt in die deutschen Kadres hinein. So wurde das stolzeste Heer, das je die Weltgeschichte gesehen hat, innerlich zermürbt.

Und dann kamen die ungeheuren Vernichtungsschläge der Entente. Der Eintritt Amerikas in den Krieg, das Heranwälzen riesiger Tankmassen, riesiger Heeresmassen, riesiger Waffen- und Munitionsvorräte, – das besiegelte das Schicksal der ohnehin schon zermürbten deutschen Armeen. Zu alledem kamen noch die Nöte im Innern: Lebensmittelnot, Bekleidungsnot, Wohnungsnot. Der Zusammenbruch war unvermeidlich, zumal da die Bundesgenossen schon mürber waren als Deutschland selbst. Die Türkei, durch den Tripoliskrieg, den Balkankrieg, durch innere Wirren, durch Finanznöte schon beim Eintritt in den Krieg aufs äußerste geschwächt; Bulgarien noch im Blute der großer Entscheidungsschlachten des zweiten Balkankrieges, Österreich-Ungarn, eine

überlebte historische Rumpelkammer: das waren die Bundesgenossen, mit denen Deutschland einer Welt von Feinden zu trotzen wagte. Der Zusammenbruch musste kommen.

## Die Politik der Sozialdemokratie

Der Kriegsbeginn brachte eine für viele betäubende Überraschung: die internationale revolutionäre völkerbefreiende Sozialdemokratie trat bedingungslos an die Seite der stockreaktionären imperialistischen völkermordenden Machthaber. Sie verleugnete den grundsätzlichen Teil ihres Programms und stützte sich auf die Zustimmung zur Landesverteidigung. Jedoch die Triebkräfte für die Haltung der Sozialdemokratie lagen nicht in Programmpunkten, Parteitagebeschlüssen, Übereinkommen auf internationalen Kongressen. Sie lagen vielmehr in dem Mechanismus des organisatorischen Apparates, den die Arbeiterbewegung sich in der politischen Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften gebaut hatte. Diese riesenhaften, Millionen von Arbeitern umfassenden Organisationen beruhten in ihrer materiellen Grundlage auf der Existenz des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist kein Zufall, dass die Sozialdemokratie den revolutionären Charakter der Maifeier von einem Jahr zum andern gründlicher abstreifte, dass sie, um Störungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens zu vermeiden, den 1. Mai selbstherrlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegte und selbst an diesem allgemeinen Feiertag ihre Umzüge noch mit ausdrücklicher Erlaubnis der Polizei arrangierte. Es war kein Zufall, dass die deutsche Sozialdemokratie selbst nach der Auseinandersetzung auf dem Dresdener Parteitag von 1913 nicht imstande war, das Band zwischen den Radikalen und Revisionisten zu lösen. Es war kein Zufall, dass sie sich die revisionistische Taktik immer fester an die bürgerliche Welt fesseln ließ. Es war kein Zufall, dass die Sozialdemokratie das Prinzip des Massenstreiks, zu dem sie sich noch 1905 in Jena bekannt hatte, bereits im Jahre 1906 auf dem Parteitag in Mannheim wieder fallen ließ; denn dieses Prinzip war der Ausdruck des schroffsten Gegensatzes zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt. Es war kein Zufall, dass die Sozialdemokratie den preußischen Wahlrechtskampf abwürgte, kein Zufall, dass sie bei den Reichstagswahlen 1912 die Dämpfungstaktik gegenüber den Liberalen empfahl, kein Zufall, dass sie die große Militärvorlage 1912 nicht grundsätzlich bekämpfte, sondern sie mit der Deckungsfrage kompromisslich begünstigte. Es war kein Zufall, dass in der Reichstagsfraktion die Politik der Gewerkschaften den Ton angaben. Und es war schließlich kein Zufall, dass der große Werftarbeiterstreik von 1913 von den offiziellen Instanzen der Partei und Gewerkschaften in einem Wust von Beschlüssen erstickt wurde. Das alles war nur der Ausdruck für die unumstößliche Tatsache, dass die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft auf Gedeih und Verderb verbunden war und dass sie jeden revolutionären Charakter abgestreift hatte, lange bevor der Krieg ausbrach. Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie, die in der Bewilligung der Kredite nur ihren alleräußerlichsten Ausdruck fand, war die konsequente Fortführung aller bisherigen Haltung der Partei und der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie musste, wenn sie ihr eigenes Wesen nicht aufgeben wollte, die Kriegspolitik der Imperialisten unterstützen. Sie war längst zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei geworden und damit in die absolute Abhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft geraten.

Es gilt, diese Tatsachen in aller Kühle zu betrachten. Nicht ein Verrat der Führer liegt hier vor, sondern eine ganz konsequente Entwicklung. Nur von diesem Standpunkt aus gelangt man zur Einsicht in das bürgerliche Wesen der Sozialdemokratie, gewinnt man die Überzeugung, dass diese Partei und ihre Politik mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Politik der Sozialdemokratie war die Politik des fortgeschrittenen Teils des Bürgertums, und es war nur der Punkt über dem J, als Scheidemann, David und Bauer kurz vor dem Zusammenbruch in die sogenannte Volksregierung eintrafen, um in zwölfter Stunde zu retten, was nicht mehr zu retten war. Als der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bereits unvermeidlich geworden war, da pflanzte die Sozialdemokratie im Bunde mit dem Zentrum und den Liberalen, ja selbst der Konservativen noch eine letzte Hoffnung auf die Fortsetzung und glückliche Beendigung des

Krieges an der Bahre der nationalen Verteidigung auf. Trotz aller Friedensbemühungen, trotz aller Friedensreden und Friedensartikel hat die Sozialdemokratie ihre Kriegspolitik doch praktisch völlig konsequent bis zu Ende geführt. Sie ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Partei geworden mit einem für bürgerliche Begriffe immerhin ausgedehnten sozialen Reformprogramm. Aber die Partei des Umsturzes ist sie *gewesen* – wenn sie es überhaupt jemals war.

## Die Politik der Unabhängigen

In der entscheidenden Fraktionssitzung vor Kriegsausbruch erklärten sich einige Mitglieder der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit auch gegen den Krieg. Unter ihnen war auch Haase. In der entscheidenden Plenarsitzung des Reichstages vom 4. August stimmte die gesamte Fraktion, mit Ausnahme Kuhnerts, der nicht anwesend war, für die Kriegskredite und damit für den Krieg. Und Haase war der Wortführer. Diese zwiespältige Haltung der Oppositionellen kennzeichnet die ganze weitere Politik der späteren Unabhängigen. Aus Parteidisziplin stimmten sie für die Kredite. Aus Parteidisziplin blieben sie in den Reihen der Sozialdemokratie auch dann noch, als sie sich, im Dezember 1915, zum ersten Male gegen die Bewilligung der Kredite wandten und im Frühjahr 1916 die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft bildeten. Noch ein weiteres Jahr musste vergehen, ehe die offizielle Sozialdemokratie die Oppositionellen zur Gründung ihrer eigenen Partei zwang. Von dem Augenblick an nannten sie sich Unabhängige.

Die Unabhängigen haben die Kriegskredite abgelehnt. Damit bekundeten sie ihre oppositionelle Haltung gegenüber allen anderen Parteien des Reichstags. Diese Ablehnung sollte das Bekenntnis zur Ablehnung des Krieges sein. Aber den Krieg ablehnen, setzt voraus, dass man die Landesverteidigung ablehnt. Wie stand es damit in den Reihen der Unabhängigen? Haase hatte am 4. August 1914 erklärt: Im Falle der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Bei der zweiten Kriegsleihe widersetzte sich die oppositionelle Richtung der Fraktion diesem Argument immer noch nicht. Die Erklärung Geyers in der Dezembersitzung 1915 war ein direktes Bekenntnis zur Landesverteidigung. Ledebour erklärte: Wenn die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder stehen, verteidigen wir das Vaterland. Bernstein schrieb mehr als zehnmal, dass kein Mensch daran denke, die Landesverteidigung abzulehnen. In allen Erklärungen und Proklamationen der Unabhängigen findet sich kein einziges Wort der Ablehnung der Landesverteidigung. Und bis heute haben die Unabhängigen diese Frage nicht geklärt.

Wozu also die Ablehnung der Kriegskredite? Welches war der Sinn? Es war lediglich eine parlamentarische Aktion, die eine formelle Demonstration bedeuten sollte. Solange die Unabhängigen die Landesverteidigung im imperialistischen Kriege nicht verneinten, war die Ablehnung der Kriegskredite für die Regierung keine Gefahr. Solange blieb es eine parlamentarische Demonstration; gefürchtet wurde nur die politische Aktion.

In der Friedensfrage unterschieden sich die Unabhängigen nicht von den Sozialdemokraten. Beide erstrebten den Frieden der Verständigung; beide vertraten die Auffassung, dass es in diesem Riesenkrieg keine Sieger und keine Besiegten geben werde; beide wandten sich gegen Annexionen und Kontributionen. Beide wollten das Schwergewicht künftiger internationaler Entscheidungen in die Schiedsgerichte verlegen. Beide vertraten die Forderung der Abrüstung. Beide verlangten das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie trieben diese Politik angesichts der Niederwerfung des Zarismus, des ersten großen Besiegten, angesichts der Niedertrampelpolitik Belgiens, Serbiens, Griechenlands, der ersten Opfer der Gewaltherrschaft der großkapitalistischen Militärmacht, angesichts des Friedens von Brest-Litowsk, der ein Faustschlag gegen die Forderungen der Annexionslosigkeit, des Selbstbestimmungsrechts und des Verzichts auf Kriegsentschädigung war. Die Unabhängigen und die Sozialdemokraten blieben bei ihrer Politik und ihren pazifistischen

Idealen der Abrüstung auch dann noch, als Amerika mit seinen Riesenrüstungen in den Krieg eintrat.

Heute ist der Weltkrieg beendet. Wo sind die Ideale der Unabhängigen geblieben? Wird die siegreiche Entente auf Annexionen, etwa auf Elsass-Lothringen, verzichten? Wird sie verzichten auf Kriegsentschädigungen? Wird sie den Deutschen ein Selbstbestimmungsrecht lassen? Wird sie abrüsten, da sie sich noch im Kampfe mit zahllosen Mächten innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Reihen sieht? Wird sie darauf verzichten, als Sieger zu gelten und als Sieger zu handeln? Die Politik der Unabhängigen ist durch den Gang der Ereignisse in die schwerste Bedrängnis geraten.

Die Unabhängigen waren nach der Verurteilung Liebknechts die einzige oppositionelle Gruppe im Reichstag. Wir sehen, dass sie sich in wesentlichen Punkten ihrer Politik nicht von den Sozialdemokraten unterschieden. Haben die Sozialdemokraten die Kriegspolitik grundsätzlich mitgemacht, so haben die Unabhängigen diese Kriegspolitik nicht grundsätzlich bekämpft.

## Der Militärputsch

Die Politik der Großindustriellen, der Großagrarien und der Großfinanz, die tonangebend in Deutschland war, hat den Krieg bis in seine letzten Konsequenzen getrieben. Jede Friedensmöglichkeit hat sie als Verbrechen, jedes Friedensangebot als Schwäche denunziert. Der Friede von Brest-Litowsk, diktiert vom Gewaltwillen des Siegers, hat den Alldeutschen die Hoffnung auf den Endsieg zur Gewissheit gemacht. Das Millionenheer von der Ostfront nach der Westfront geworfen, unterstützt von Österreichern, Ungarn, Bulgaren – das musste die Stellungen der Alliierten überrennen: der Endkampf stand bevor; der Sieg konnte nicht ausbleiben. Nur ein übermächtiger Offensivstoß – und das heißersehnte Ziel war erreicht.

In Brest-Litowsk rangen zwei unversöhnbare Welten miteinander: Imperialismus und Kommunismus standen einander als Todfeinde gegenüber. Und draußen lagerten die Heere, die Millionen todesmüder Soldaten. Die einen, denen der nahe Friede winkte. Die andern, vor denen die Hölle des Westens lag. Und es wurden Verbrüderungsszenen gefeiert. Russische und deutsche Soldaten lagen einander in den Armen. Aber das russische Heer war verseucht; es trug in sich den Bazillus der proletarischen Revolution, da die alte staatliche Herrlichkeit zu zersetzen begann. Es war ein sehr gefährlicher Bazillus, für den Imperialisten gefährlicher als Seuche und Pest. Und in den Freudenfesten an der Ostfront breitete er sich über die deutschen, österreichischen und bulgarischen Heere aus. Im Blut der Schlachten war der Tod dem deutschen Imperialismus als Freund genaht. Im Freudentaumel des Waffenstillstandes nahte er ihm als Würger. „Die Verbrüderungsszenen müssen aufhören!“ Das war der erste Angstschrei des in seinem innersten Wesen Getroffenen. Mit diesem Heer, das den Bazillus der Zersetzung in sich trug, ließen sich keine Riesenschlachten mehr schlagen, keine Weltkriege mehr gewinnen. Ein einziger kurzer Vorstoß im Westen gelang noch. Dann kam das Stocken, der Misserfolg, das immer vergebliche Versuchen, der Rückschlag, die Rückzüge, die Katastrophe.

Der Krieg hatte das Volk in Waffen geschaffen; er hatte die Bewaffnung des Volkes restlos durchgeführt, und er hatte alles, was seine Hände noch rühren konnte, in den Dienst der Kriegführung gepresst. Aber die Gleichheit der Uniformen, das Einerlei des Grau in Grau, schuf noch längst keine Gleichheit der Interessen, keine Gleichheit des Denkens, des Fühlens und Wollens. Im ersten Rausch wurde alles Denken umnebelt von dem Gedanken an das Vaterland. Der Krieg löste langsam aber sicher die Interessengegensätze, die im Volksheere nur schlummerten aber nicht gestorben waren, wieder aus und rief sie ins historische Leben zurück. Lange schon ging ein Murren durch das Heer. Die Zahl der Deserteure und Überläufer wurde legionenhaft. Meutereien kleiner und großer Verbände wurden zu Tagesbegebenheiten. Es war in allem kein offener Kampf gegen den Krieg; es war passive Resistenz. Diese zermürbten Heere waren *für* den Krieg nicht mehr zu

gebrauchen; aber sie wollten auch nicht gegen den Krieg kämpfen. Darum brach die Bewegung unter den Soldaten hoch, nicht, als der deutsche Imperialismus noch an den Sieg glaubte, sondern als Hindenburg und Ludendorff selbst zum Frieden gedrängt hatten, als der Friede sozusagen eine offizielle Angelegenheit geworden war. Darum waren die Begebenheiten vom November keine Revolution, sondern vorwiegend ein Militärputsch. Und es ist eine der großen Ironien, die sich die Weltgeschichte hin und wieder erlaubt, dass die Sozialdemokratie, die mit voller Überzeugung sich dagegen verwahrt hat, jahrzehntelang, mit Hilfe eines Putsches zur Macht gelangen zu wollen, ausgerechnet durch den größten Putsch aller Zeiten in den Besitz der politischen Gewalt kam. Putsche sind Ergebnisse des Augenblicks. Was sie hervorbringen, ist nicht von Dauer. Die Soldaten warfen ihre Waffen weg, rissen die Kokarden herunter, schwenkten rote Fahnen, fuhren in Automobilen durch die Stadt und hielten Reden, räumten verwaiste Kommandanturen, besetzten öffentliche Gebäude der alten Regierung: alles, ohne erheblichen Widerstand zu finden. Die Bewegung war legalisiert. Die Regierungen waren darauf gefasst und widersetzten sich nicht. Der einzige Widerstand kam, an wenigen Orten, von dem klassenbewusstesten Teil der Bourgeoisie, den Alldeutschen, Offizieren, Kadetten, Jungdeutschlandbündlern. Im Übrigen aber fügte sich die Bourgeoisie in das, was sie selber wollte. Sie begehrte den Frieden. Warum sollte sie sich einer Bewegung widersetzen, die diesem Begehren erhöhten Nachdruck verlieh?

Dennoch bezeugte der Militärputsch ein Ereignis von höchster historischer und politischer Bedeutung. Die Armee, das Volksheer, die Stütze der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, war zusammengebrochen. Die Bourgeoisie hatte im Augenblick kein politisches Machtmittel mehr in der Hand. Das war das Entscheidende. Und aller Fortgang der Bewegung hing nur noch davon ab, ob die Bourgeoisie imstande war, sich schnell wieder in den Besitz politischer Machtmittel zu bringen oder nicht.

## Sozialdemokraten und Unabhängige in der Regierung

Der Militärputsch brachte die Sozialdemokratie und die Unabhängigen in die Regierung. Die bürgerlichen Parteien hielten sich zurück. Sie mussten sich erst finden, um ihre besonderen Ansprüche anmelden zu können.

Die sozialistische Regierung begann damit, dass sie die alten Regierungsorgane bestehen ließ. „Am Tage nach der Revolution“ wurden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekannt. Wer sollte sie beantworten? Herr Ebert? Herr Scheidemann? Herr David? Sie, die die politische Macht in Händen hatten, wie sie sagten? Die Entente hätte ihnen erklärt: Wir wissen nichts von einer Regierung Ebert. Das wussten die Sozialdemokraten. Darum verzichteten sie auf eine so wichtige politische Mission. Die Antwort wurde durch Herrn Dr. Solf erteilt. Herr Dr. Solf? Woher kam er? Er war geblieben, wo er gewesen war. Niemand hatte sich um das alte Auswärtige Amt gekümmert. Die Bewegung war an den Ministersesseln derer um Solf vorübergerauscht. Warum sollte Herr Solf die Sache der sozialistischen Regierung nicht in die Hand nehmen? Er erwirkte innerhalb 24 Stunden mildere Bedingungen. Die Entente wusste damit, dass die deutsche Regierung noch auf ihren alten Füßen stand.

Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden deutscherseits durch Herrn Erzberger geführt. Herr Erzberger? War er über Nacht zum Sozialisten avanciert? Es war wieder ein kleines Versehen passiert. Auch in der Waffenstillstandskommission war die Bewegung vorübergerauscht. Sie stammte zwar noch aus der Zeit der Volksregierung der Mehrheitsparteien. Aber die Regierung Ebert-Haase hatte keinen Anlass, sie ihres Amtes zu entheben. Herr Erzberger verhandelte weiter. Herr Solf verhandelte weiter. Beide im Namen der rein sozialistischen Regierung in Deutschland. Ein paar Tage später gab die rein sozialistische Regierung bekannt, dass alle alten Ressortminister des Auswärtigen Amtes wieder amtierten.

Und auch an Herrn Scheüch war die Bewegung vorübergerauscht. Herr Scheüch? Hatte er nicht die Kriegspolitik der letzten Zeit betrieben? Hatte er nicht den Gedanken der nationalen Verteidigung propagiert? Hatte er nicht gegen die Presse der Unabhängigen seine Kanonen aufgefahren? Auch Herr Scheüch, auch das alte Kriegsministerium war ein unentbehrliches Glied der neuen, rein sozialistischen Regierung. Und dann kamen die alten Polizeiorgane, die alten Justizorgane. Das Bürgertum erkannte, dass die Säulen seiner politischen Macht noch nicht alle geborsten waren. Es besann sich, dass es an der Zeit sei, sich zur Verfügung zu stellen. Die rein sozialistische Regierung Ebert-Haase stützte sich auf den alten Machtapparat der Bourgeoisie. Aber man kann nicht regieren, ohne positive Arbeit zu leisten. Die Sozialdemokraten vereinigten sich mit den Unabhängigen, um das neue Deutschland aufzubauen. Haase, Ledebour, Dittmann, der ehemalige Landesverräter, Strobel, Kautsky, Rosenfeld, Eichhorn, Adolf Hoffmann – sie alle stellten sich in den Dienst der Sozialdemokratie. Der Bruderzwist war beseitigt, die Streitaxt begraben. Die neue Republik reichte von Solf und Scheüch über Ebert und David bis zu Haase und Ledebour. Und diesen Kreis umspannte auch die rein sozialistische Regierung. Was kann, was muss eine rein sozialistische Regierung als erstes schaffen?

## Das Erfurter Programm

Keine Regierung kann auch nur einen Tag bestehen ohne materielle Gewalt hinter sich. Die materielle Gewalt besteht im Besitz der Gewehre. Das Erfurter Programm, das unter der rein sozialistischen Regierung seiner Verwirklichung harret, fordert die *allgemeine Volksbewaffnung* als Vorbedingung für die politische Macht der Arbeiterklasse. Allgemeine Volksbewaffnung. Volkswehr. Hat nicht der Krieg das Volk in Waffen hergestellt? Hat damit nicht der Imperialismus eine seiner wichtigsten historischen Aufgaben erfüllt? War das Volksheer des Imperialismus nicht die Volkswehr? In der Tat; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volksbewaffnung – das war das Werk des Imperialismus. Er konnte es nicht gründlicher durchführen, und er hat diesen Einrichtungen internationale Geltung verschafft. England und die Vereinigten Staaten mussten die allgemeine Wehrpflicht durchführen. Was aber war die erste Tat der rein sozialistischen Regierung? Setzte sie fort, was der Imperialismus begonnen? „Jeder taugliche Bürger sei Wehrmann, die Waffen mögen über seinem Herde hängen“ – sagt in Anlehnung an altgermanische Sitten das Erfurter Programm. Was aber tut die Sozialdemokratie? Lässt sie den wehrfähigen Arbeitern in der Montur die Waffen? Organisiert sie die Volksbewaffnung noch gründlicher, als es der Imperialismus vermochte? Sie setzt statt der Bewaffnung die Entwaffnung durch. Sie bedroht jeden Zivilisten, der mit der Waffe angetroffen wird, mit dem Standrecht und jede Militärperson, die unerlaubt Waffen trägt, mit Gefängnis. Sie bildet statt der Volkswehr Bürgerwehren. Statt der Abschaffung der stehenden Heere schafft sie neue Regierungsgarden. Der Bewaffnung der Arbeiterschaft aber widersetzt sie sich mit äußerster Gewalt. Das Militärprogramm der Sozialdemokratie ist durch die imperialistische Entwicklung überholt worden. Der Imperialismus hat gerade den bündigen Beweis geliefert, dass die Volkswehr keine zuverlässige Stütze ist; denn den Zusammenbruch der am festesten gefügten imperialistischen Volkswehr hat die Welt gerade in diesen Tagen erlebt. Die Demokratie des Heerwesens hat sich unter dem Imperialismus als undurchführbar, unter der rein sozialistischen Regierung als utopisch erwiesen.

Wie steht es mit den übrigen Forderungen des Erfurter Programms? Im preußischen Kultusministerium sitzt Adolf Hoffmann. Der Zehn-Gebote-Hoffmann, wie man ihn wegen seiner temperamentvollen antireligiösen Propaganda nannte. Er will in Preußen Ernst machen mit der Trennung von Staat und Kirche und der Erklärung der Religion zur Privatsache. Die nächste Folge ist, dass das katholische Rheinland mit dem territorialen Abfall von Preußen droht. In Bayern ist eine ähnlich starke Bewegung unter den Klerikalen gegen ähnliche Versuche Eisners im Gange. In anderen Gegenden kümmert sich die sozialistische Landesregierung nicht um die Durchführung dieses Programmpunktes. Und wo sie sich darum kümmert, ruft sie den Widerstand der

bürgerlichen Welt hervor. Wenn aber Truppen einziehen, wenn Soldaten vereidigt werden auf die junge Republik, dann läuten die Glocken der Kirchen wie zu einem hohen christlichen Festtage, und von den Kanzeln klingt das Lob der neuen Zeit, wie noch bis vor kurzem das Lob des Krieges erklang. Die Kirche lässt sich nicht vom Staate trennen, solange der Staat besteht. Und die Religion ist Privatsache des Privateigentums. Die Privatsache des Privateigentums aber ist die politische Herrschaft durch Bourgeoisie.

Wie steht es mit dem *Schulprogramm* der Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie fordert die Einheitsschule. Die Einheitsschule ist die Durchführung der Demokratie auf dem Gebiete des Schulwesens. Sie bedeutet die Abschaffung des Privilegs der besitzenden Klassen an dem höheren Schulwesen. Sie will es jedem Arbeiterkinde grundsätzlich ermöglichen, die Schulbildung bis zum Abschluss des Universitätsstudiums, der Akademie, des Polytechnikums zu absolvieren. Aber diese Gleichheit des Bildungsganges setzt die Gleichheit der sozialen Lage voraus; denn die Arbeiterkinder können keinen längeren Bildungsgang durchmachen, solange die soziale Lage ihrer Klasse sie mit Notwendigkeit in das Erwerbsleben zwingt. Die Einheitsschule ohne Aufhebung der Klassengesellschaft ist eine ebenso trügerische Utopie, wie die Aufhebung der stehenden Heere im Klassenstaat. Nur auf der Einheit der Klasse kann die Einheit des Bildungsganges erwachsen.

Abschaffung der *Todesstrafe*, fordert das Erfurter Programm. Die rein sozialistische Regierung proklamierte als eine ihrer ersten Handlungen das Standrecht.

Abschaffung aller *indirekten Steuern*, fordert das Erfurter Programm. Die rein sozialistische Regierung lässt ein Steuerbukett von vielen Millionen verkünden, zu dessen Deckung indirekte Steuern unentbehrlich sind.

Allgemeines, gleiches, direktes *Wahlrecht*, fordert das Erfurter Programm. Endlich ein Punkt, der verwirklicht werden soll! Die Nationalversammlung steht vor der Tür!

## Die Nationalversammlung

Die Nationalversammlung soll der neuen Republik eine feste gesetzgeberische Grundlage geben. Die materiell-ökonomische Grundlage der Republik aber ist nach wie vor das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Sozialdemokratie kann und will diese Grundlage nicht beseitigen. Sie hat seit Jahr und Tag gegen jede revolutionäre Erhebung des Proletariats gekämpft, sie hat während der ganzen Kriegszeit ihre Zustimmung und tatkräftige Unterstützung denen gegeben, die an dem Bestand und an der Kräftigung des bürgerlichen Privateigentums aufs tiefste interessiert waren. Sie ist mit ihren gesamten Organisationen in das Gewebe des modernen Finanzkapitals verflochten. Sie ruft die Maschinengewehre gegen den gewaltsamen Umsturz zu Hilfe. Sie vertreibt die Vertreter des kommunistischen Russlands aus den Grenzen des Reiches. Sie verbietet ihnen die Rückkehr. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Daran ist heute kein Zweifel mehr. Oder würden sich sonst ganze Armeen unter der Führung feudaler Generäle der Regierung Ebert-Haase als Schutz und Schirm zur Verfügung stellen?

Die Sozialdemokratie verlangt nach der Nationalversammlung. Die bürgerlichen Parteien verlangen nach ihr, Hindenburg und Sixt von Arnim, das Oberkommando Ost und das Große Hauptquartier – alle verlangen nach der Nationalversammlung. Glaubt jemand, dass sie nach dem Messer verlangen, das ihnen die Kehle durchschneiden soll?

Die Nationalversammlung soll auf Grund der Verhältniswahl durch das allgemeine Stimmrecht für Männer und Frauen zustande kommen. Sie wird, daran ist keinen Augenblick zu zweifeln, eine bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit hervorbringen. In der Minorität werden die äußerste Rechte und die äußerste Linke sein. Gegen die äußerste Linke aber wird der geeinte bürgerlich-sozialdemokratische Block zusammenstehen. Die Nationalversammlung des demokratischen

Wahlrechts ist in jedem Falle ein – wenn auch noch so schwaches und brüchiges – Bollwerk gegen links, gegen den Kommunismus. Und das soll so auch sein. In diesem Streben stimmen Bürgerliche und Sozialdemokraten, Unabhängige eingeschlossen, völlig überein. Die Nationalversammlung ist nur ein erneuter Beweis für den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie, für ihre historische Aufgabe, das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen und zu stützen. Mehr ist jetzt über die vielbegehrte Nationalversammlung nicht zu sagen. Das, was sie tun oder auch nicht tun wird, wird für oder gegen sie zeugen.

Das allgemeine Wahlrecht aber war das Zeichen, in welchem die Bourgeoisie über die Arbeiterklasse siegte. Es galt kein anderes für sie.

## Der Achtstundentag

Ein erster positiver Erfolg! Der Achtstundentag ist da! Die Debatten der ersten Internationale steigen in der Erinnerung auf: der Achtstundentag wurde in das Programm aufgenommen, und der 1. Mai sollte die Weltdemonstration sein für diesen Normalarbeitstag als einen ersten sichtbaren Beweis dafür, dass das internationale Proletariat aus der Dumpfheit und Stumpfheit der Ausbeutung zu dem Willen zum menschenwürdigen Dasein erwacht sei. Seitdem demonstriert das internationale Proletariat Mai für Mai für den Achtstundentag. Mai für Mai wird es in seiner Forderung weiter zurückgeschlagen, bis es den Mut verliert, den 1. Mai zu einem revolutionären Weltfeiertag zu gestalten und seine Maifeiern unter dem Segen der christlichen Kirchenglocken am ersten Sonntag des Mai festlich begeht. Die zweite Internationale wollte mit der Maifeier die bürgerliche Welt bezwingen. Die bürgerliche Welt hat indessen die Maifeier zur Legalität gezwungen. Plötzlich aber, am Ende des grausigsten aller imperialistischen Kriege, am Ende des internationalen Völkergemetzels wird der Achtstundentag Wirklichkeit.

Welch eine Wendung! Ist das nicht ein erster bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Sozialismus? Als die internationale Sozialdemokratie den Achtstundentag forderte, war sie sich darüber klar, dass seine Verwirklichung noch nicht im Geringsten an das Grundwerk der bürgerlichen Gesellschaft reichte. Der Achtstundentag bewirkte wohl eine Einschränkung der Ausbeutung, niemals aber ihre Aufhebung. Und tatsächlich ist lange vor dem Kriege, z. B. in der Feinmechanik, der Achtstundentag eingeführt worden. Wenn der Achtstundentag die Grundlage des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch nicht entwertet, so ist doch seine Bedeutung für den Fortgang der Revolution nicht zu unterschätzen, Achtstundentag – das bedeutet für die Arbeiter Muße für politische Weiterbildung, für Vertiefung der politischen Propaganda; es bedeutet die Erhöhung der wirtschaftlichen und kulturellen Ansprüche der Arbeiterklasse, es bedeutet die Ausbreitung des revolutionären Gedankens, den Sturz der Kapitalherrschaft und den Kommunismus unmittelbar herbeizuführen.

Indessen, die Durchführung des Achtstundentages durch die sozialdemokratisch-unabhängige Regierung ist noch längst keine Gewähr für das Fortbestehen dieser Errungenschaft. Die Blätter melden, dass die Ententebesatzung in den rheinischen Gebieten bereits den Achtstundentag wieder abgeschafft hat. Das Ententekapital ist noch nicht geneigt, den Arbeitern dieses Zugeständnis zu machen. Und sie wird überall, wo sie festen Fuß fasst und ihre Herrschaft etablieren kann, den Achtstundentag wieder beseitigen. Die deutsche „rein sozialistische Regierung“ aber kann nicht ohne die Hilfe der Entente bestehen, so wenig, wie das deutsche Kapital ohne die Entente bestehen kann. Die Entente wird, wenn sie mit der deutschen bürgerlichen Regierung Frieden schließt, das deutsche Kapital in völlige Abhängigkeit von den amerikanischen Milliarden bringen. Für die Arbeiterklasse aber bedeutet das den Verlust aller sozialpolitischen Errungenschaften. Die sozialdemokratisch-unabhängige Regierung hat den Achtstundentag unter dem Druck der Ereignisse einführen müssen; die Entente aber wird ihn ihr wieder aus der Hand schlagen. Und

selbst wenn die Entente ihren wirtschaftlichen und finanziellen Einmarsch in Deutschland nicht halten wird, so wird das deutsche Kapital, nachdem es mit Hilfe der Regierung Ebert-Haase sich wieder in den Besitz der politischen Gewalt gebracht hat, den Achtstundentag so schnell wie möglich aus eigener Machtvollkommenheit wieder beseitigen.

Der Reformteil des Erfurter Programms lässt sich in seinen wesentlichsten Bestandteilen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nicht verwirklichen. Das ist die Lehre, die sich aus der politischen Praxis der neuen Regierung ergibt.

## Die alte Regierung

Indem die Sozialpatrioten und die Unabhängigen die Leitung der Räte übernahmen, stempelten sie sie bereits zu Werkzeugen der bürgerlichen Gesellschaft. Aber damit nicht genug. Konterrevolutionär wie sie sind, übernahmen die Sozialpatrioten die Verwaltungseinrichtungen des bürgerlichen Staates und standen damit vor der unlösbaren Aufgabe, diesen Apparat durch eigene Kräfte zu bedienen. Der bürgerliche Staat ist auf der ökonomischen Grundlage des Kapitalismus entstanden; er ist das politische Organ der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer politischen Macht. Die staatliche Bürokratie ist mit dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb verschmolzen. Es ist unmöglich, den Kapitalismus von der staatlichen Verwaltungsbürokratie her zu beseitigen, ganz ebenso, wie es unmöglich ist, dem Kapitalismus eine wesentlich andere politische Verwaltungsform als den bürgerlichen Staat zu geben. Lässt man die ökonomischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, die kapitalistische, auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln basierende Produktionsweise unberührt, so muss man auch die gesamten staatlichen Einrichtungen mit übernehmen. Übernimmt man sie aber, so betreibt man nicht die Beseitigung des Kapitalismus, sondern seine Festigung und damit die Festigung der politischen Macht der Bourgeoisie. Die Sozialpatrioten, die Regierung Ebert-Haase, stehen und fallen mit dem Kapitalismus. Sie müssen die alte Staatsmaschine in Betrieb halten, wenn sie sich nicht selbst entleiben wollen. Sie begrüßten es daher mit großer Freude, dass die alten Behörden und ihre Organe sich ihnen „zur Verfügung“ stellten. Und nun kamen sie in Scharen, die alten Ministerien, die Verwaltungsbeamten, die ganze alte Polizei. Die Justiz hatte von vornherein eine Änderung überhaupt nicht erfahren. Und man sorgte so schnell wie möglich für die nötige Machtstütze. Man entwaffnete schleunigst die Masse der Soldaten, aber man bewaffnete die alte Schutzmannschaft, und man bewaffnete einen Teil der Armee, dessen Gefolgschaft man sich sicher glaubte. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben; Standgerichte aber wurden eingeführt. Das Privateigentum wurde für heilig und unverletzlich erklärt. Die Ruhe und Ordnung war wiederhergestellt, die Ruhe und Ordnung des bürgerlichen Staates zur Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; die Ruhe und Ordnung desselben Staates, dessen Politik zum Weltkrieg und zur Katastrophe des Imperialismus geführt hatte. Die Träger der alten Organe stellten sich „zur Verfügung“. Und in der Tat: Wenn schon der ganze alte Staatsapparat übernommen wurde, dann war es besser, ihn von denen bedienen zu lassen, die in seiner Handhabung geübt waren, als von den sozialpatriotischen Stümpfern. Die alte Regierung war wieder da. Ein paar Sozialpatrioten und Unabhängige wurden als Statisten in sie hineingestellt. Die Arbeit besorgten die, die etwas davon verstanden. Und diese Arbeit geschah im Dienste der Großbourgeoisie. Oder glaubt jemand, dass die Herren Solf und Scheüch über Nacht gelernt hatten, proletarische Politik zu treiben?

## Die Räte

Die Friedensbewegung hatte ein Novum geschaffen: die Räte der Arbeiter und Soldaten, Korporationen, auf die sich in Russland die Regierung der Sowjets stützt. Allein in Deutschland wurden diese Räte zunächst durch die alten Machthaber und ihren sozialpatriotischen Anhang

gefälscht. Ursprünglich die Klassenorgane des Proletariats, wurden sie zu Organen der Bourgeoisie.

Am meisten gilt das von den *Soldatenräten*. Man kennt die Art, wie die Soldatenräte daheim und an den Fronten entstanden. Man weiß, dass sich Hindenburg, das Oberkommando Ost, das Große Hauptquartier, die gesamte Generalität den Soldatenräten zur Verfügung gestellt haben. Nur an ganz wenigen Orten sind die Offiziere grundsätzlich von den Soldatenräten ausgeschlossen worden. Die Soldatenräte sind ihrer Mehrzahl nach ausgesprochene Organe der Gegenrevolution. Der Soldatenrat der IV. Armee unter Sixt von Arnim sendet seine Herolde durch das ganze Land, um Propaganda für die sozialpatriotische Regierung Ebert, für die Nationalversammlung, gegen den Spartakusbund zu betreiben.

Die Soldatenräte stützen sich auf die zusammengebrochene Armee, auf das „Volk in Waffen“, das sich in diesem Kriege in so ausgedehntem Maße gegen die Interessen des Volkes gebrauchen ließ. Dieses „Volk in Waffen“ setzte sich zusammen aus den männlichen Angehörigen des gesamten Volkes ohne Unterschied des Standes und der Klassen. Diesem Volksheer fehlte der Klassencharakter. Die Soldatenräte aber, die sich aus diesem Heere bildeten, setzen sich ebenfalls aus sehr verschiedenen Elementen zusammen. Bürgerliche stehen neben Sozialpatrioten und Unabhängigen, aber gegen Kommunisten. Die Äußerungen der meisten Soldatenräte lassen denn auch klar erkennen, dass sie gewillt sind, die „Errungenschaften“ der Revolution zu sichern, das Fortschreiten der Revolution aber auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes unter allen Umständen zu verhindern. Unter der Schreckformel: Gegen den Bolschewismus! verstecken sie ihre unausgesprochene Feindschaft gegen die proletarische Revolution.

Ganz ähnlich steht es um die *Arbeiterräte*. Hatte uns der Krieg nicht darüber aufgeklärt, dass die Arbeiterklasse keine homogene Masse mit ganz einheitlichen Interessen und einheitlichem Willen ist? Hatte sich die Sozialdemokratie nicht gespalten? Und war diese Spaltung nicht der Ausdruck der Tatsache, dass innerhalb der Arbeiterklasse verschiedene Schichten mit verschiedenen Interessen vorhanden sind? Haben die Sozialpatrioten um Ebert und Scheidemann nicht die unentwegteste Kriegspolitik getrieben? Waren die Unabhängigen nicht wie ein schwankendes Rohr im imperialistischen Weltsturm? und füllten die Vertreter der kommunistischen Politik nicht die Gefängnisse und Zuchthäuser? Die Arbeiterklasse ist kein einheitliches Ganzes. Sie ist als Ganzes nicht aktionsfähig. Ihre einzelnen Bestandteile gehen in ihren Interessen zu weit auseinander, als dass man sie zu einheitlichen Aktionen zusammenfassen könnte.

Aber auch ein Arbeiterrat, der aus dieser bunten Gefolgschaft hervorgegangen ist, ist nicht aktionsfähig. Sie bilden, da Sozialpatrioten und Unabhängige und Linksradikale in ihnen zusammensitzen, in denen keine praktische Revolutionsarbeit, sondern nur politische Polemik getrieben wird. Die Generalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die in Berlin tagte, hat im großen dasselbe Bild gezeigt, das sich in jedem Orte Deutschlands täglich im kleinen abspiegelt.

## Treibende Kräfte

Der Kapitalismus des mittleren und westlichen Europa hat einen Grad der Reife erlangt, dass seine Überführung in den Sozialismus längst zur historischen Notwendigkeit geworden ist. In Deutschland ganz besonders hat sich die Konzentration des Kapitals, diese ökonomische Vorbedingung für den Sozialismus, während des Krieges zu ganz ungeahnter Höhe gesteigert. Die großen Banken haben alle kleineren Bankunternehmungen aufgesogen, die großen Industriellen haben die kleinen Rivalen verschluckt, die große Landwirtschaft hat die engste Verbindung mit dem Bankkapital vollzogen. Es verging während der letzten Kriegsjahre kein Tag mehr, an dem man nicht von neuen Fusionen las. Die Macht des Kapitals konzentrierte sich von Tag zu Tag mehr in den wenigen Händen der ganz großen Industriellen. Diese Riesenkonzentration des Kapitals hat die

neue Regierung der Sozialpatrioten als historisches Erbe mit übernehmen müssen. Die Sozialpatrioten haben durch ihre Kriegsunterstützung der Kapitalkonzentration Vorschub geleistet. Jetzt ist es ihre Aufgabe, diese Zusammenballung des Kapitals mit den Interessen des rückständigen Teiles der Arbeiterschaft und der proletarisierten Kleinbürgerschichten zu vereinigen: eine Aufgabe, deren Lösung unmöglich ist. Denn Kapitalkonzentration bedeutet höchste Machtentfaltung der ausschlaggebenden Schichten des Bürgertums auf der einen und verstärkte Proletarisierung der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums auf der anderen Seite. Es ist daher kein Zufall, dass die von der Regierung der Sozialpatrioten niedergesetzte Sozialisierungskommission, die zudem zum größten Teil aus Kapitalisten bestand, die Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens für undurchführbar erklärte. In der Tat, man kann die Sozialisierung nicht durchführen, wenn man die Kapitalkonzentration als stehenden und weiterhin bestehenden Faktor zu behandeln hat. Das heißt, man kann die Interessen weder der Arbeiterklasse noch des Kleinbürgertums auf dem Grunde der hochentwickelten Kapitalkonzentration vertreten. Kapitalkonzentration und Proletarierinteressen sind unvereinbare Gegensätze.

Inzwischen wirken die kapitalistischen Tendenzen fort. Das Prinzip aller kapitalistischen Produktion ist der *Profit*. Niemals aber ist in den breiten Massen der *Bedarf* so dringend gewesen, wie gerade jetzt. An dem Widerspruch zwischen Profit und Bedarf wird der Kapitalismus zerschellen. Und der steigende Bedarf der Massen einerseits, die Profitsucht des Kapitals andererseits sind die wesentlichsten Triebkräfte für die Überwindung der bürgerlichen Republik durch die proletarische Revolution.

Um den schweren Konflikten aus dem Wege zu gehen, bemüht sich die sozialpatriotische Regierung um die Herbeiführung eines Scheinsozialismus. Sie sucht die Staatsmonopole zu fördern und damit einen Staatssozialismus zu etablieren. Allein zum Staatssozialismus ist es bereits zu spät. Der Staatssozialismus setzt eine ganz konzentrierte Staatsgewalt voraus, der er die ökonomische Basis geben soll. Allein die Tatsache, dass die Sozialpatrioten, die politischen Bankerotteure, das Staatsruder in die Hand bekommen haben, beweist, dass die Herrlichkeit des Staates sehr stark ins Wanken geraten ist. Es gibt keine politisch unselbständigeren Kreaturen wie die Sozialpatrioten und ihren unabhängigen Anhang. Ihre politische Macht bedeutet die Ohnmacht des Staates. Der Staat ist unter den Händen der Sozialpatrioten nicht mehr das wuchtige Herrschaftsmittel der Bourgeoisie; andererseits aber hat die revolutionäre Arbeiterklasse die politische Macht noch nicht in die Hand bekommen. In einer solchen Zeit, welche die revolutionären Arbeitermassen bereits in Bewegung sieht, ist kein Boden mehr für den Staatssozialismus, der, eine sehr starke Staatsfaust vorausgesetzt, die große Masse der Arbeiter unter ihren Willen zwingen kann. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist der Gegensatz unversöhnlich geworden und der Kampf in Fluss gekommen. Die Sozialpatrioten haben sich durch ihre Kriegspolitik vor den Arbeitermassen unheilbar kompromittiert und kompromittieren sich durch ihre Revolutionspolitik von Tag zu Tag mehr. Die alten Staatsgewalten der Bourgeoisie werden gehasst, die neuen Staatsgewalten der Sozialpatrioten werden verachtet. Beide werden bekämpft. Es ist keine politische Gewalt mehr da, die dem Staatssozialismus auf die Beine helfen könnte. Aber auch ökonomisch ist es für den Staatssozialismus zu spät. Die Konzentration des Kapitals ist zu weit vorgeschritten, als dass ihr durch die Überführung aus den Händen der Privatkapitalisten in die Hände des Staates noch eine erhöhte, vollkommener Form gegeben werden könnte. Der Ausweg, den die Sozialpatrioten im Staatssozialismus suchen, ist durch die historische Entwicklung verlegt.

So sehen sich die Sozialpatrioten vor unlöslichen Aufgaben. Die kapitalistische Profitmaschinerie geht weiter. Das Heer der Arbeitslosen wächst. An Rohstoffen fehlt es. Die deutsche Valuta sinkt mehr und mehr. Der finanzielle Bankrott steht vor der Tür. Die gepriesene Volksanleihe wird zum Menetekel für die, die sie arrangierten. Die Lebensmittelnot steigt drohend empor. Die Kohlennot kommt hinzu. Das neue Deutschland der Sozialverräter ist ein brodelnder Hexenkessel. Treibende

Kräfte, vorwärtstreibende Kräfte auf der ganzen Linie, unten im ökonomischen Unterbau und oben in allen Stockwerken des sozialen und politischen Überbaus. So sind die Massen in Fluss geraten. Wer soll helfen? Wer kann helfen? Hindenburg sitzt im Großen Hauptquartier und ist bald ein Generalissimus ohne Armee. Ludendorff sitzt irgendwo jenseits der Grenze. Mackensen biestert mit Heerestrümmern auf dem Balkan herum und ist dauernd in Gefahr, interniert zu werden. Die deutschen Heerführer sind, einer nach dem anderen, bankerott. Herr Helfferich kann auch nicht helfen. Was soll geschehen! Nur ein rettender Gedanke ist noch da: die Entente! Wenn nur die Entente einmarschieren wollte! Aber sie kommt nicht. Sie inspiziert in Kiel, sie inspiziert in Wilhelmshaven. Aber von dem brodelnden Hamburg und Bremen hält sie sich fern. Zu Weihnachten wollen die Inspektoren mit ihren Geschwadern daheim sein. Und im Körper der Entente frisst das Geschwür der Interessengegensätze. England und Frankreich wollen Annexionen in Deutschland. Wilson legt sein Veto ein. Er will Deutschland am Leben erhalten, damit der deutsch-englische Gegensatz nicht restlos verschwindet, sondern im japanisch-amerikanischen Gegensatz noch seine Rolle zugunsten der Union spielen wird. Kann die Entente noch helfen? In Frankreich streiken die Arbeiter, in Italien streiken die Arbeiter. Lloyd George muss sich, ein Beweis für den Widerstand der Arbeiter, für die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht erklären. Aus Amerika kommen Meldungen von umfassender Demobilisierung. Ob wahr oder nicht – jedenfalls ist die Union an den Vorgängen in Südamerika interessiert, die eine Auseinandersetzung der südamerikanischen Staaten unter sich andeuten. Kann die Entente noch helfen? Sie will in Russland einmarschieren und muss bis zum Frühjahr warten. Wer weiß, was in diesen bewegten Zeitläuften im nächsten Frühjahr zur Tagesordnung der Weltgeschichte steht? Aber mag die Entente helfen oder nicht: in jedem Falle treibt auch sie die Verhältnisse in Deutschland voran. Der Kapitalismus ist reif. Die Massen der Arbeiter erobern sich ihre politische Reife in Massenkämpfen. Für „Ruhe und Ordnung“ im kapitalistischen Staate ist es zu spät. Die proletarische Revolution beginnt.

## Die proletarische Revolution beginnt

Die proletarische Revolution beginnt mit den selbstständigen Aktionen der Arbeiterklasse. Sie hat sich bereits als Klassenbewegung des Proletariats aus der allgemeinen Volksbewegung vom November losgerungen. Sie manifestiert sich in Massenversammlungen, Massendemonstrationen, Massenstreiks. Sie führte bereits zur Bildung roter Garden. Sie drängt das Bürgertum in die politische Defensive. Sie zermürbt das alte, verfallende Heer noch mehr. Sie demonstriert gegen den sozialpatriotischen Verrat und den unabhängigen Klüngel in den Arbeiterräten. Sie bekämpft den Gedanken der Nationalversammlung und ist bereit, eine tagende Nationalversammlung mit der Tat zu bekämpfen. Sie beginnt sich über das ganze Land zu organisieren. Die proletarischen Massen sind in Bewegung geraten. Sie haben ihre Führung in den Kommunisten und den Spartakusbündlern. Sie wissen, dass der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit unmittelbar bevorsteht. Und sie rüsten sich auf diesen Kampf. Sie rüsten fieberhaft.

Die revolutionären Massen sehen die politische Abdankung der Bourgeoisie; sie sehen den politischen Verrat der Sozialpatrioten und sie sehen den politischen Bankerott der Unabhängigen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig als die revolutionäre Tat. Der Kampf hat begonnen. Aber er steht noch in seinen Anfängen. Die Massen, deren Tage durch die Not der Zeit bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, sehen nur noch den einen Ausweg: Sozialisierung, Sozialisierung um jeden Preis. Die proletarische Revolution hat begonnen. Schon die nächsten Wochen können Entscheidungen bringen.

# Literatur

Auf den Internetseiten von [raetekommunismus.de](http://raetekommunismus.de) werden zahlreiche Bücher und Broschüren im pdf-Format zum kostenlosen Download angeboten.

## **Holländische Rätekommunisten**

[Herman Gorter: Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie 1919](#)

[Gruppen Internationaler Kommunisten \(Holland\): Der Schwindel von München 1938](#)

[Groepen van Internationale Kommunisten \(Holland\): De Zwendel van München](#)

## **Arbeiter und Nation**

[Josef Strasser: Der Arbeiter und die Nation 1912](#)

[Max Adler: Der Arbeiter und sein Vaterland 1929](#)

## **KAPD und AAU**

[Proletarier - Zeitschrift für Kommunismus 1920 - 1923](#)

[Proletarier - Monatsschrift der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands \(KAPD\) 1924 - 1926](#)

[Proletarier - Monatsschrift der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands \(KAPD\) 1927](#)

[Geschichte: Klassenkämpfe in der UdSSR \(aus Proletarier\)](#)

## **Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung**

[Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung \(1930\)](#)

[Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung \(1935\)](#)

[Die Ausgangspunkte der Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung \(1931\)](#)

[Die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit als Grundlage der kommunistischen Produktion und Verteilung \(1935\)](#)

[Anhang 1: Entwicklungslinien in der Landwirtschaft \(1930\)](#)

[Anhang 2: Paul Mattick: Einleitung zu den Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung \(1970\)](#)

[Anhang 3: Dr. Otto Leichter: Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft \(Schluss\)](#)

[Anhang 4: Hermann Lueer: Die Übergangsperiode zum Kommunismus: Eine intellektuelle Verwirrung](#)

## **Publikationen der Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK)**

["Pressedienst" der Gruppe Internationaler Kommunisten \(GIK\)](#)

["Internationale Rätekorrespondenz" der Gruppe Internationaler Kommunisten \(GIK\)](#)

["Radencommunisme" der Gruppe Internationaler Kommunisten \(GIK\) \(niederländisch\)](#)

["Radencommunisme" der Gruppe Internationaler Kommunisten \(GIK\)\(deutsch\)](#)

## **Imperialismustheorien**

## Literatur

[Die Diskussion um die Schrift von Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals](#)

### **Die nationale Frage**

[Otto Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie Bd. I](#)

[Diskussion: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie Bd. II](#)

### **Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg**

[Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus 1916](#)

[Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus 1917 1. Band](#)

[Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus 1917 2. Band](#)

[Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus 1918/19 1. Band](#)

**Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus 1918/19 2. Band (erscheint am 30. September 2023)**

[Julian Borchardt: Vor und nach dem 4. August 1914](#)

[Peter Unruh / Johann Knief: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution](#)

### **Erziehung und Gesundheit**

**[Dr. med. Karl Kautsky:](#)**

[Soziale Hygiene der Frau](#)

[1931](#)

**[Anton Afritsch: Ins neue Leben 1921](#)**

**[Felix Kanitz: Kämpfer der Zukunft Eine systematische Darstellung der sozialistischen Erziehungsgrundsätze 1929](#)**

**[Otto Rühle: Grundfragen der Erziehung 1912](#)**

**[Otto Rühle: Kinder=Elend Proletarische Gegenwartsbilder 1906](#)**

**[Otto Rühle: Umgang mit Kindern Grundsätze + Winke + Beispiele 1924](#)**

[Otto Rühle: Das verwaorloste Kind 1926](#)

[Otto Rühle Das Kommunistische Schulprogramm 1920](#)Quelle: